

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: Preis 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 31. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgeheften Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedruckte und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Wertzuwachssteuer.

Heute Dienstag beginnt die dritte Lesung des Wertzuwachssteuergesetzes im Reichstag. Da die zweite, siebenstägige, erst Mittwoch voriger Woche zu Ende ging, liegen ganze sechs Tage, darunter ein Sonntag, zwischen beiden Lesungen. Die Regierung hat es also sehr eilig mit der Fertigstellung dieses Gesetzes!

Wer die Dinge auch nur einigermaßen näher kennt, dem ist das freilich nicht verwunderlich. Ehe das Wertzuwachssteuergesetz nicht zustande gekommen ist, schwebt der vielgerühmte Vermuthische Reichsetat für 1911 völlig in der Luft. Die paar Millionen, die die Zuwachssteuer bringen soll, im ersten Jahr 13-15, in dem folgenden 22-25 Millionen Mark, bilden geradezu die Grundlage, ohne die der Etat schlechterdings nicht ins Gleichgewicht zu setzen ist. Schon drohen selbst die Beratungen in der Budgetkommission ins Stocken zu geraten, wenn dieser Grund- und Eckstein im Etatgebäude noch länger fehlt. Was Wunder also, daß der Reichsschatzsekretär Vermuth und seine Kommissare fast sieberhaft hinter den Kulissen arbeiten, um allerhand Bedenken bürgerlicher Abgeordneter gegen den Entwurf der zweiten Lesung zu beseitigen, neue Verschlechterungskonzessionen zu machen und so das Gesetz so rasch als möglich unter Dach und Fach zu bringen. Am Abend des 1. Februar schon soll es angenommen sein.

Diese ganze Situation beweist uns unwiderleglich: Schon heute hat die Reichsfinanzreform von 1909 unseligen Angedenkens schmächtig Bankrott gemacht. Aller Jubel der Bethmann-Hollweg, Vermuth, Erzberger und Genossen, daß diese Finanzreform das Reich endgültig auf trockenen Boden und feste Füße gestellt, ist eitel Schaumflügel gewesen: das Geld, das man mit jenen neuen Hunderten von Millionen indirekter Steuern dem deutschen Volke auspreßt, langt schon heute wieder nicht aus, um den Etat trotz angeblicher höchster Sparsamkeit zu balancieren. Und schon beginnt dieselbe Komödie wieder wie nach 1906, nach der famosen Stenographen Finanzreform: Die Wertzuwachssteuer ist, fürchten wir, der Anfang eines neuen dritten, noch größeren Steuerraubzugs auf die Taschen der arbeitenden Massen. Eine zweite Etappe auf diesem Wege ist ebenfalls schon von weitem zu erkennen. Aus Andeutungen des Reichsschatzsekretärs und blauschwarzer Abgeordneter geht hervor, daß man auch an eine Besteuerung der Händlwarenartikeln denkt. So ist der Kampf um die Wertzuwachssteuer von besonderer symptomatischer Bedeutung. Das Volk hat alle Ursache, ihn gespannt zu verfolgen, mißtrauisch gegenüber dieser neuen Steuer zu bleiben.

Diese Darstellung wird noch durch einen anderen Umstand neu erhärtet. Während die Zuwachssteuer ursprünglich als eine Erbschaftsteuer gedacht war für einen Teil der ebenfalls 1909 beschlossenen Umsatzsteuer, hat sie sich jetzt zu einer ganz selbständigen Steuergröße ausgewachsen. Mindestens bis 1914, wahrscheinlich aber in alle Ewigkeit wird auch das zweite Drittel des Umsatzsteuers, das vom 1. April 1911 ab wegfallen sollte, bestehen bleiben, und daneben bei Grundstücksverkäufen nun auch noch Zuwachssteuer erhoben werden. Auch diese Tatsache beweist, wie schnell die Finanzreform von 1909 bankrott gemacht hat. Man braucht, das ist das Resultat, zu dem auch diese Tatsache führt, schon wieder Steuergroschen vom Volke, aber nicht für das Volk.

Dem charakteristisch für Deutschland freilich schon selbstverständlich, ist, daß die neuen Ertragnisse aus der Wertzuwachssteuer wieder fast ausschließlich für militärische Zwecke verwendet werden sollen. Mit fast aufdringlicher Deutlichkeit hat es der Reichsschatzsekretär in der Kommission wie im Plenum des Reichstags bei jeder sich bietenden Gelegenheit offen ausgesprochen: er brauche das Geld, um damit die neue Heeresvorlage des Kriegsministers bezahlen zu können. Auf fünf Jahre hinaus ist also bereits der Ertrag aus dieser in diesem Augenblick noch nicht einmal bewilligten neuen Steuer festgelegt und vorausbestimmt für den Moloch Militarismus. Angesichts dieser neuen Erfahrung ist es geradezu Wahnsinn, noch zu glauben, daß Deutschland jemals aus dem Steueretend herausgelangen könne ohne endgültige Vernichtung dieses Ungeheuers, dem alle Dinge, auch alle Steuern gegenwärtig zum Besten dienen müssen. Trotzdem hat die sozialdemokratische Fraktion wie schon in der Kommission so auch bei der zweiten Lesung des Wertzuwachssteuergesetzes im Plenum den Versuch gemacht, vor ihm zu retten, was noch etwa zu retten möglich schien. Sie beantragte Verwendung des Wertzuwachssteuereintrages zum Zweck einer Aufhebung des Händlwarensteuer-Gesetzes. Das wäre umso möglicher, als die Zuwachssteuer etwa dieselben Summen bringen soll, die man aus der Händlwarensteuer erhält und noch in Zukunft erwartet. Der Antrag aber fand nur bei der fortschrittlichen Volkspartei Unterstützung. Alle anderen lehnten ihn höhnlich ab. Als Genosse Göhre ihn mit nachdrücklichem Ernst begründete, stieß er gar auf stürmische Unruhe und lautes Gelächter. So sehr pfeift diese Gesellschaft vom schwarzblauen Block mit ihren national-

liberalen Trabanten auf die Not der Händlholzarbeiter und auf die Entrüstung des ganzen Volkes über die schmälende Händlholzsteuer! Auch das muß die Waffnen aufspalten, muß ihnen eine neue Lehre dafür sein, daß sie bei den nächsten Wahlen alle Kraft anwenden müssen, um ihre Peiniger endlich zur Reize zu bringen. Noch immer geben diese Hochmütigen ihr Spiel nicht verloren, noch immer hoffen sie, den deutschen Michel abermals über den Löffel barbieren zu können.

Ganz ähnlich ging es, als unsere Fraktion beantragte, im Wertzuwachssteuergesetz ausdrücklich eine Bestimmung aufzunehmen, den Veteranen 6 Millionen Mark aus den Ertragnissen der neuen Steuer zu reservieren. Sechs Millionen wären wenigstens annähernd ausreichend, um den Veteranen einen erträglichen Lebensabend zu schaffen. Aber wieder waren nur die Fortschrittler dafür zu haben. Alle anderen lehnten auch diesen Antrag kühl überlegen ab, nachdem der Reichsschatzsekretär versprochen hatte, an einer anderen Stelle des Etats eine Veteranenfürsorge vorzusehen. An Stelle wirklicher Hilfsaktion also nur ein neues Versprechen! Wenn es überhaupt eingelöst wird, so wird es jedenfalls nur in unendlich viel bescheidenem Umfang geschehen, als wir Sozialdemokraten es gefordert. Die Veteranen, die Opfer des Militarismus, werden, darüber besteht gar kein Zweifel, gerade so viel erhalten, als der Bedarf für die Heeresvorlage von dem Wertzuwachssteuergelde übrig läßt. Bleibt, was vielfach vermutet wird, der Ertrag gar hinter der Berechnung des Schatzsekretärs zurück, so wird, was die Veteranen erhalten werden, ein Pappentitel und Bettelpfennig sein. Abermals werden dann die Opfer des Militarismus ein Opfer des Militarismus werden. Was immer aber sie schließlich erhalten werden, ob mehr oder weniger, das werden sie den Sozialdemokraten zu danken haben. Denn nur indem diese immer und immer wieder während der Beratungen über dieses Gesetz die Veteranenfürsorge forderten, haben sie die Regierung zu Versprechungen gebracht, die sie nun schwerlich ganz unausgeführt lassen kann.

Neben der Regierung hat aber noch jemand ein brennendes Interesse daran, daß das Wertzuwachssteuergesetz so schnell als möglich zustande kommt. Das ist der blauschwarze Block, der jene aushält. Er hofft, mit der Durchsetzung der Wertzuwachssteuer das Schandmal von sich abwaschen zu können, das er sich durch Ablehnung der Erbschaftsteuer aufgebracht hat. Er kalkuliert so, daß auch die Wertzuwachssteuer genau wie die Erbschaftsteuer eine direkte Vermögenssteuer sei: jene könne also als ein vollwertiger Ersatz für diese angesehen werden. Freilich nur von einem politischen Blinden. Denn während eine gesunde, festzugreifende Erbschaftsteuer für das Reich Hunderte von Millionen bringen würde, bringt diese Wertzuwachssteuer im Beharrungszustande jährlich höchstens ein Viertelhundert Millionen. Aber die Blauschwarzen hoffen wahrscheinlich in ihrer Bauernschlauheit, daß das Volk diese ungeheure Differenz im Ertrag der beiden Steuern nicht bemerkt, und so gedenken sie denn bei den nächsten Wahlen mit Erfolg mit dieser Wertzuwachssteuer treiben gehen zu können. Das aber muß ihnen gründlich verfallen werden. Und schon der Hinweis auf jene Differenz im Ertrag ist ein erfolgreiches Hilfsmittel dabei.

Noch wirksamer aber, geradezu durchschlagend, wirkt in dieser Beziehung ein anderes. Die Tatsache nämlich, daß die Blauschwarzen alles, und zwar mit diabolischem Erfolge, alles daran gesetzt haben, um die Steuer so zu gestalten, daß von ihr die Agrarier so gut wie verschont bleiben werden, trotz der ungeheuren Wertsteigerungen, die auch der landwirtschaftliche Grundbesitz infolge der Zollpolitik von 1904 erfahren hat, und trotz der immer noch zunehmenden Zahl der Umsätze in landwirtschaftlichen Gütern, die die Folge dieser Preissteigerungen ist. Der blauschwarze Block hat also auch bei dieser Steuer genau so operiert, wie 1909 bei der großen Finanzreform: sich selbst hat er von so gut wie jeder Steuerbelastung gedrückt, dafür die schwachen Schultern der breiten, arbeitenden Massen nur um so schwerer belastet! In diesem Falle hat er das dadurch zu erreichen gewußt, daß er den an sich berechtigten Grundsat, jeden durch Arbeitsaufwendung verdienten Wertzuwachs steuerfrei zu lassen, für das platte Land ungeheuerlich überspannt. Von diesem Grundsat aus hat er dem ländlichen Grundbesitz das Recht zugeschanzt, von dem eingetretenen Wertzuwachs soviel Steuerabzüge vorzunehmen, daß es heute feststeht, daß der landwirtschaftliche Grundbesitz so gut wie steuerfrei bleibt. Selbst derjenige der sogenannten Millionenbauern vor den Toren der wachsenden Großstädte wird auf diese Weise ungeheuerlich bevorzugt; und auch die eigentlichen Terrainspekulanten, die man doch vor allem treffen wollte, werden durch diese agrarischen Manipulationen leicht in der Lage sein, sich wenigstens zu einem gut Teil von der Steuer zu drücken. So wenigstens hat einer von der Tribüne des Reichstags es verkündet, der es genau wissen muß, der freikonservative Herr Arendt. Die Hauptlast der neuen Steuer werden die mittleren und kleinen Haus- und Villenbesitzer in den Städten zu tragen haben. Auch sonst werden die Kommunen fast allein belastet werden. Zwar kommen nunmehr auch alle diejenigen Tausende von Gemeinden zu einer Wertzuwachssteuer, die bei dem herrschenden kommunalen Dreiklassenwahlrecht und der dadurch geschaffenen Uebermacht der Haus- und Grundbesitzer in der Gemeindevertretung noch auf lange hinaus eine solche Steuer nicht erhalten haben

würden, — dafür aber ist diese Steuer so roh zugeschnitten, so sehr Schablone, läßt den einzelnen Kommunen so wenig Bewegungsfreiheit, daß der geringe Anteil von 40 Proz., den ihnen das neue Gesetz nur zuweist, unverhältnismäßig geringer ausfällt, als er sein würde, wenn sie bei der Steuerveranlagung selbständiger verfahren und dabei sich den lokalen Bedürfnissen hätten anpassen können. So erweist sich in jeder Beziehung dieses Wertzuwachssteuergesetz als ein echtes Kind des blauschwarzen Blocks, das die Nationalliberalen natürlich pflichteifrig mit zur Welt bringen helfen: es ist ein durch und durch agrarisches Interessengesetz, ein Gesetz gegen die Städte, für die „Triarier seiner Majestät“. Der gute Grundgedanke, der jedem Wertzuwachssteuergesetz inneohnt, ist in ihm gänzlich blauschwarz verhascht, entstellt, verfaßt. Das Wertzuwachssteuergesetz ist so ein würdiger Gesandter der Steuererzögerer von 1909 geworden. Es wird Aufgabe der Agitation sein, dies vor dem Lande noch genauer darzulegen und dadurch die Hoffnungen zu zerstören, die die Blauschwarzen auf die Wirkung dieses Gesetzes in ihrem Interesse setzen.

Eine interessante Verhandlung wird es bei der dritten Lesung wegen der Steuerfreiheit der Landesfürsten geben. Es wird schon jetzt hinter den Kulissen alles versucht, um diese wieder in das Gesetz hineinzubringen. Wahrscheinlich werden die Polen, die sich in der zweiten Lesung an diesem Punkte der Stimme enthielten, gegen Verlesung umfallen. Auch sonst sollen, so munkelt man, neue Verschlechterungen vorbereitet sein. Es gilt also, daß das Volk mit denkbar größtem Mißtrauen die dritte Lesung dieses Gesetzes verfolgt.

## Der Aufstand in Ponape.

Ueber die Ermordung der vier weißen Beamten auf Ponape liegt nunmehr ein ausführlicher Bericht des Regierungsarztes Dr. Girschner vor. Danach ist die Erhebung auf den allzu harten Arbeitszwang gegenüber den Eingeborenen zurückzuführen. Wie wir seinerzeit bei dem Bekanntwerden mitteilten, hat die deutsche Regierung das Lehnverhältnis der Eingeborenen zu ihren Häuptlingen dadurch abzulösen versucht, daß sie den Häuptlingen eine Rente aussetzte, wofür die von der Lehnspflicht befreiten Eingeborenen der Regierung jährlich 15 Tage Zwangsarbeit zu leisten hatten. Die Eingeborenen der Landschaft Jekoh waren im vorigen Jahre noch nicht in die Vereinbarung über die Ablösung der Lehnverhältnisse hineingezogen worden, da dies aber nachgeholt wurde, sollten nunmehr die Eingeborenen in diesem Jahre die Zwangsarbeit leisten, die eigentlich auf zwei Jahre hätte verteilt werden müssen. Sie sollten also unentgeltlich 30 Tage arbeiten. Die Eingeborenen waren darüber begreiflicherweise unzufrieden. Am 17. Oktober vorigen Jahres kam es zu Zwistigkeiten zwischen dem Aufseher der Arbeit, dem Bureauassistenten Hollborn und den Eingeborenen. Einer dieser Letzteren zeigte sich bei der Arbeit ungehorsam, worauf er eine Strafe von 10 Stodhieben zubüßte, erhielt, deren Vollziehung den Aufruhr zur Folge hatte.

Die Eingeborenen legten die Arbeit nieder, bedrohten die weißen Aufsichtsbeteiligten, so daß sie sich in die Risikogefellschaft flüchteten. Der Regierungsrat Böder in der eigenen Anstellung der Weissen auf Ponape wurde um die Entsendung von Polizeisoldaten ersucht. Er fuhr jedoch mit seinem Sekretär und mehreren Dienern allein nach Jekoh. Dort wurde er mit Schüssen empfangen, die ihn tödlich verwundeten; auch sein Begleiter und mehrere Diener wurden von den Aufständischen erschlagen. Ebenso wurden die beiden Aufsichtsbeteiligten bei dem Versuch, sich in das Boot des Regierungsrats zu flüchten, getötet. Die beiden Väter dagegen wurden geschont und ebenso wurde ein Halbspanier, der im Dienst der Regierung stand und sich in Jekoh befand, zwar gefangen genommen, aber sonst gut behandelt und am 20. Oktober freigelassen.

Die übrigen Eingeborenenstämme schlossen sich der Erhebung nicht an, leisteten vielmehr den übrig gebliebenen Weissen jede mögliche Hilfe, so daß die Aufständischen bei ihren Versuchen, die Kolonie anzugreifen, zurückgeschlagen wurden. Es haben sich nunmehr in den eigentlichen Aufstehungsdistrikt nach der gleichen Insel Jekoh zurückgezogen. Diese Insel wird von einem steilen Berggipfel durchzogen, der an Schluchten und Höhlen gute Schutzpunkte gewähren soll. Auch haben die Aufständischen Schutzmauern errichtet, um sich der zu erwartenden Angriffe besser erwehren zu können.

Der Bericht des Dr. Girschner erklärt deshalb, daß Artillerie zur Ermöglichung der Landung unbedingt notwendig sei. Aus dieser Darstellung geht hervor, daß der Aufstand der Eingeborenen durch die harte und ungeschickte Maßregel der Verwahrung von Ponape und durch die rückwärtslose Verhängung von Prügelstrafen verschuldet worden ist. Und unserer Ansicht nach wäre es deshalb unbedingt Pflicht der Regierung, sich mit einer Verstrafung der wirklich Schuldigen zu begnügen und den übrigen Aufständischen Pardon zu gewähren. Durch eine längere Belagerung dürften zweifellos die Aufständischen zum Nachgeben zu zwingen sein, ohne daß ein großes Blutvergießen nötig wäre. Wir erwarten von der Regierung, daß sie ungesäumt derartige Instruktionen an die inzwischen am Tagoort angelangten Kriegsschiffe und Polizeimannschaften gelangen läßt.



## Petitionen.

Aus dem Reichstag, 30. Januar. Bei dem Zusammenbrängen der Reichstagsgeschäfte auf immer kürzere Perioden, wie sie durch die Regierung in den letzten Jahren betrieben wurde, sind besonders die Petitionen zu kurz gekommen. Die Sache war so schlimm geworden, daß die Petitionskommission mit dem Streit drohte, wenn nicht endlich einmal mit der Erörterung der Petitionsberichte im Plenum ein Anfang gemacht würde. Heute waren die fertig gestellten zwei Dutzend Berichte denn auch endlich auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Welt kam man aber nicht. Schon bei der dritten Petition blieb die Debatte stecken. Den Löwenanteil der Debatte verschlang die Petition eines früheren Intendanturrats Uhlenbrock betreffend die Dienstverhältnisse der Militärintendanten. Sie war aus einer früheren Debatte zurückgesetzt worden, weil damals keine Regierungsvertreter erschienen waren. Um so mehr waren heute zur Stelle. Zur allgemeinen Ueberraschung benutzte der Kriegsminister v. Heeringen diese Gelegenheit zu einer anderthalbstündigen Rede über die Geschäftstätigkeit der Intendanturbeamten. Die ministerielle Redefülle erklärt sich wohl daraus, daß der Herr General früher einmal als Abteilungsleiter dieses Ressort unter sich gehabt hat und nun zeigen wollte, was er konnte. Er hielt natürlich im Gegensatz zu dem Petenten das Intendanturwesen nicht für ernstlich verbesserungsbedürftig. In der Debatte wurde hauptsächlich darüber gekämpft, ob die Vorschläge des Petenten berücksichtigt werden sollten, wie Freisinnige und Sozialdemokraten forderten, oder nur der Regierung zur Erwägung zu überweisen seien. Dabei geriet Genosse Kunert hart mit dem Herrn Erzberger aneinander, weil die eifrige Unterstützung des Regierungsstandpunktes durch den Zentrumsredner von Kunert als die Rede eines freivoligen Regierungskommissars bezeichnet wurde. Nach vierstündiger Debatte — Herr v. Heeringen nahm zum zweiten Male das Wort — wurden die sachlichen Vorschläge der Regierung zur Erwägung überwiegen, über die Forderung des Herrn Uhlenbrock, wieder angestellt zu werden, ging die Mehrheit zur Tagesordnung über.

Eine Petition der Mainfischer und anderer Flußinteressenten gegen die Verunreinigung des Mains wurde sehr rasch durch Annahme des Antrages auf Ueberweisung als Material erledigt.

Eine lange Debatte spann sich dann aber aus über eine Petition der Impfgegner gegen das Impfgesetz. In dieser Frage, die ja keine politische Parteifrage ist, gehen die Meinungen in allen Fraktionen auseinander. Von einigen Seiten wird die Beseitigung des Impfwanges gefordert, von anderen eine gründliche Nachprüfung der Impfrage beantragt. Nachdem zwei Redner dazu gesprochen, wurde um 7 Uhr die Debatte wegen der Fülle der Redungen vertagt.

Am Dienstag steht die dritte Lesung der Wertgutsachstener auf der Tagesordnung.

## Das koalitionsfreundliche Zentrum.

Im preussischen Abgeordnetenhause ist es am Montag gelungen, dem Zentrum das wertvolle Jugendschutzgesetz zu entlocken, daß diese angeblich für Wahrheit und Recht kämpfende Partei die Koalitionsfreiheit schonungslos mit Füßen tritt. Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Forstgesetzes, die unsern Genossen Ströbel Veranlassung gab, in einer großzügigen Rede eine Reihe wichtiger Fragen anzuschneiden, darunter auch die Frage des Koalitionsrechts der Forstarbeiter, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse so viel wie alles zu wünschen übrig lassen.

Der neue Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer benutzte die Gelegenheit, vor dem Lande darzutun, daß er ein würdiges Mitglied des reaktionären, arbeiter- und volksfeindlichen Ministeriums Weismann ist. Mund heraus bespricht es das Bedürfnis für eine Organisation der Waldarbeiter und fügte als echter Scharfmacher hinzu, daß Arbeiter, die sich an sozialdemokratischer Agitation beteiligen, in forstwirtschaftlichen Betrieben nicht zu suchen haben. Ja, er munterte die Oberförster sogar auf, organisierte Arbeiter, die den Frieden zwischen Arbeitern und Unternehmern stören, kurzerhand zu entlassen.

Daß diese Worte den Konserverativen und Nationalliberalen aus dem Herzen gesprochen waren, versteht sich von selbst. Daß auch das Zentrum im Grunde seines Herzens durch und durch arbeiterfeindlich ist und nur, um Stimmenfang zu treiben, eine ihm durchaus fremde Arbeiterfreundlichkeit zur Schau trägt, ist gleichfalls kein Geheimnis. Aber während das Zentrum sich bisher gehütet hat, Redner vorzuschicken, die sein Parteigeheimnis preisgeben, war es diesmal so unvorsichtig, den Abg. Busch loszulassen, seines Zeichens Postdirektor und Vorstandsmitglied des rheinischen Bauernvereins, und dieser Herr plauderte aus der Schule in einer Weise, für die wir ihm unseren aufrichtigen Dank aussprechen müssen. Nachdem er vom Minister zunächst das Jugendschutzgesetz erlangt hatte, daß die Forstarbeiter sich in christlichen Gewerkschaften organisieren dürfen, daß dagegen der Zusammenschluß in freien Verbänden ihnen verboten sei, dankte er der Regierung für ihr Entgegenkommen gegen die christlichen Gewerkschaften und beglückwünschte es als ganz selbstverständlich, daß freiorganisierte Arbeiter in Staatsbetrieben nicht geduldet werden. Genosse Ströbel gab ihm die gebührende Antwort. Leider konnte unser Redner die Abrechnung mit dem Zentrum nicht vollenden, denn unmittelbar nach einer Erwiderung des Abg. Busch, durch die er sich noch mehr in die Kesseln setzte, kam der obligate Schlussantrag, für den das Zentrum stimmte, um seinem Vertreter eine neue Niederlage zu ersparen. Jedenfalls ist das, was Herr Busch gesagt hat, völlig genug, um aller Welt zu betweisen, wie arbeiterfeindlich das Zentrum ist.

Was der übrigen Rede Ströbels sei hervorgehoben sein warmes Eintreten für die Erhaltung der Wälder um Berlin, seine Verantwortung der Verpachtung der Jagden in den Staatsforsten und seine Forderung auf Vesserstellung der Forstarbeiter. In Bezug auf die Waldverkäufe um Berlin erklärte der Minister, daß die Regierung zwar ihren Besten nicht zu besonders billigen Preisen abgeben könne, daß sie aber andererseits darauf Rücksicht nehmen müsse, daß die Wertsteigerung durch die Zunahme der städtischen Bevölkerung herbeigeführt sei und daß er deshalb den Städten entgegenkommen und nicht die ärmsten Preise fordern werde.

Dunkel ist der Rede Sinn. Warten wir ab, was die Regierung fordert! Wir fürchten, daß auf ein Entgegenkommen von ihrer Seite nicht zu rechnen ist.

Dienstag: Etat der Domänenverwaltung und kleinere Vorlagen.

## Erledigt.

Herr v. Jagow, der Polizeigewaltige Berlins, wird selbst von einem Teil seiner einstigen Freunde als ein politisch toter

Mann betrachtet. Das „Meine Journal“, das mancherlei Beziehungen zu Berliner Hoffreisen hat, schreibt ihm bereits eine Art Nekrolog.

Vor einem Jahre, so meint das Blatt, habe zwar die in so früher Form zum Ausdruck gebrachte Energie (Jagow: „Ich warne Neugierige!“) bei vielen Freunden des Bürgerfriedens Verständnis und Anerkennung gefunden; aber nach dem Fiasko von Treptow hätten die Berliner begonnen, an ihrem neuen Polizeipräsidenten irre zu werden. Nach dieser verheißungsvollen Einleitung heißt es weiter:

„Heute blicken wir auf eine einjährige Tätigkeit des Herrn v. Jagow am Alexanderplatz zurück und müssen erkennen, daß wir uns in seiner Persönlichkeit getäuscht haben. Als Mann von wenigen Worten führte er sich ein, nur um in der Folge durch eine ununterbrochene Reihe von Warnungen, Reden und Zuschriften an die Presse diesen guten Ruf wieder völlig zu untergraben. Man hatte von dem Bekänder des Bürgerrechts auf die Straße zwar Laitschi erwartet, wie sie ein tüchtiger Polizeipräsident unbedingt besitzen muß, aber gleichzeitig eine gerechte Objektivität in der Beurteilung aller Fragen, die die Stellung der Polizei zum Publikum betreffen. Diese Hoffnung ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Bei den Vorträgen im Tiergarten wie jüngst während der Noabit-Krawalle hat Herr v. Jagow kein Verständnis für den Standpunkt und die Wünsche der Bürgerschaft gezeigt. Das schlimmste aber ist, daß er zu jenen gehört, die begangene Fehler nicht eingestehen können, und auch jetzt noch, nachdem drei Gerichtshöfe das Urteil über Noabit und Wedding gesprochen, in seiner Voreingenommenheit gegen das Publikum und für seine Untergebenen verharrt.“

Ueber den guten Geschmack der Kaisergeburtstagsrede des Herrn v. Jagow, die eine Verherrlichung der Polizei als kaiserliche Leibgarde bedeute, lasse sich streiten. Aber dem Kaiser sei jedenfalls damit kein Dienst erwiesen:

„Die Redenbung erscheint auch deshalb besonders unglücklich, weil durch sie der Anschein erweckt wird, als wenn die Ereignisse von Noabit sich indirekt gegen die Person des Monarchen gerichtet hätten, was selbst diejenigen, die in ihnen eine feimende Revolution witterten, sich niemals zu behaupten erlaubten. Ebenso bedenklich ist das Lob, das Herr v. Jagow der Berliner Schuhmannschaft in ihrer Gesamtheit in seiner Rede ausstieß. Er folgt dabei zwar nur dem Beispiele des Reichskanzlers, aber das peinliche Auffehen, das die Worte Herrn v. Weismann-Hollwegs in der Oeffentlichkeit hervorriefen, hätte ihn darüber belehren sollen, daß er eine ebenso aufreizende wie unhaltbare These aufstellt, wenn er behauptet, daß die Schuhmannschaft ohne Ausnahme „adelose Mannesguth“ hielt; sich also auch nicht in Einzelsällen Uebergriffe zuschulden kommen ließ. Wenigstens einer der Richter, die über Noabit zu Gericht sahen, und zwar derjenige, der als der „schnelldigste“ im preussischen Sinne galt — Landgerichtsdirektor Dieber — hat gar in seiner Urteilsbegründung so zahlreiche von der Polizei verübte Mißhandlungen konstatiert, daß man nicht mehr von vereinzelten Fällen sprechen könne. Trotzdem braucht es nicht unympathisch zu berühren, wenn Herr v. Jagow sich mit seiner vollen Autorität für seine Untergebenen einsetzt, wenn er nur gleichzeitig als Vorgesetzter auch sein Mißfallen über die vorgekommenen Mißgriffe ausdrückt und eine ernste Mahnung an alle die unentbehrlich gebliebenen Beamten gerichtet hätte, deren Vergehen einwandfrei vor Gericht festgestellt worden sind. Er hat es nicht getan, sondern die Feststellungen der Gerichte in diesem Punkte als entzerrungen aus Phantasie, Suggestion, System von dem „Ehrenschild der Schuhmannschaft“ fortzuwischen versucht. Ein Beginnen, das schon deshalb verfehlt ist, weil es kaum gelingen dürfte.“

Ein objektives Urteil über die Befähigung des Herrn v. Jagow als Berliner Polizeipräsident könne nur die Form erhalten:

„Es muß gesagt werden, daß er sich seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat... Die Aufgabe bleibt bestehen, daß er diese Schwierigkeiten, die vielleicht auch seine Vorgänger nicht einwandfrei überwunden hätten, fortgesetzt durch provozierendes persönliches Eingreifen verschärft und erhöht hat. Selbst in weniger sensationellen Angelegenheiten, als die Unterdrückung von Streikunmütigen und Unruhen, hat der Polizeipräsident keine glückliche Hand gehabt. Wo immer er in das öffentliche Leben der Reichshauptstadt mit Polizeiverordnungen eingriff, entstand Verärgerung und Verwirrung. Mochte es sich um das Verbot volkstümlicher Theaterveranstaltungen oder auch nur von Wokämpfen handeln, stets erschien sein Eingreifen, auch dann, wenn das Recht auf seiner Seite war, brüsk und von reaktionärem Geist diktiert. Es würde zu weit führen, alle die Fälle zu rekapitulieren, in denen sich Herr v. Jagow während seines ersten Amtsjahres im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung in Berlin befunden hat... Aber die Frage drängt sich auf, ob es der ruhigen und gesunden Entwicklung der Stadt Berlin und ihrer Bevölkerung dienlich ist, wenn dauernd zwischen ihr und dem mit so großen Machtbefugnissen ausgestatteten Polizeipräsidenten ein gespanntes und verbittertes Verhältnis herrscht.“

Schon vor längerer Zeit wurde behauptet, Jagow habe sich „unmöglich“ gemacht und werde binnen kurzem lang- und klanglos in der Verbenkung verfaulen. Diese Meldung wurde entkräftet demontiert, und Herr v. Jagow desoriert. Auch jetzt, nach seiner neuesten seltsamen Leistung, seiner kuriosen Kaiserfeierrede, wird man ihn nicht sofort gehen lassen; denn das könnte als ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung betrachtet werden, und solche Zugeständnisse verstoßen gegen die Tradition des preussischen Kulturstaates. Dennoch ist sicher, daß Herr v. Jagow auch in den herrschenden Kreisen mehr und mehr als ein Mann betrachtet wird, der den Ansprüchen seiner Stellung nicht genügt; und die neu-liche kaiserliche Verherrlichung des Herrn Polizeipräsidenten, in der er die in den Augen des In- wie des Auslandes stark discreditierte Berliner Schuhmannschaft gewissermaßen als Spezial-Leibgarde des Kaisers aufmarschieren ließ, hat diese schwache Position des Herrn v. Jagow durchaus nicht gestärkt.

## Die preussische Regierung und der Vatikan.

Die preussische Regierung hat sich zu einer gewaltigen Kraftleistung aufgeschwungen. Sie hat den preussischen Gesandten beim Vatikan, Herrn v. Mühlberg, beauftragt, gegen den vom Papst an den Erzbischof Fischer von Köln gerichteten Brief in irgend einer Form Verwahrung einzulegen; und Herr v. Mühlberg hat sich dieser heissen Aufgabe dadurch erledigt, daß er am Kaisergeburtstag in seiner Festrede auf den Brief des Papstes Bezug genommen und an dieses Schreiben einige den Vatikan zur Friedfertigkeit mahnende Worte geknüpft hat.

Nach der offiziellen Meldung des „Wolffschen Teleg. Bureau“ spielte sich der Vorgang folgendermaßen ab:

Bei einer gestern zur Feier des Geburtstages des Deutschen Kaisers veranstalteten Tafel wies der preussische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, Dr. v. Mühlberg, in seiner Rede auf die Krisis im vergangenen Jahre hin und betonte, daß der konfessionelle Friede in Deutschland sowie die Beziehungen seiner Regierung zum Vatikan bedroht schienen. Man befand sich in Rom in einem Irrtum, wenn man behauptete, daß die katholische Religion in Deutschland verfolgt werde. Die Ansprache des Kaisers im Kloster Beuron enthalte eine so klare Anerkennung des Wertes des Glaubens für das deutsche Volk, daß darüber bei jedem Patrioten die iremenden Punkte in beiden Konfessionen verstanden und nur die Momente hervorgehoben, die die beiden christlichen Konfessionen einen und zusammenfassenden sollen zu einer gemeinsamen Arbeit für das Vaterland und zum Schutz der kulturellen Interessen.“

Allem Anschein nach nimmt Herr v. Weismann-Hollweg an, daß derartige halbversteckte Mahnungen auf die römische Kurie tiefen Eindruck machen. In Wirklichkeit beweist er nur damit, daß er sich über die Stärke des päpstlichen Stuhles und die Schwäche der preussischen Regierung in einer naiven Selbsttäuschung befindet. In Rom weiß man ganz genau, daß die preussische Regierung in ihrer verzwickten Lage notwendig die Hilfe des Zentrums braucht, und man nutzt dort diese Zwangslage zur Stärkung der eigenen Machtstellung rücksichtslos aus.

## Verurteilter Soldatenschänder.

Das Oberkriegsgericht der Ostpreussischen Provinz hat heute die Strafe gegen den Torpedo-Maschinen-Matrosen Borschke, welcher am 9. Dezember wegen Mißhandlung des Torpedoführers Brand zu 7 Jahren und 1 Monat Zuchthaus verurteilt wurde, auf 10 Jahre 1 Monat Zuchthaus erhöht. Borschke hatte den Brand vermehren mißhandelt, daß er an den Mißhandlungen starb.

## Zum Wahlrechtskampf im Kreise Gießen-Nidda.

Wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, sind die Einigungsversuche zwischen Nationalliberalen und fortschrittlicher Volkspartei für die Reichstagswahl in Gießen-Nidda gescheitert. Die Vertrauensmänner der fortschrittlichen Volkspartei beschloßen daher gestern, allein in den Wahlkampf einzutreten und ihren Kandidaten in einigen Tagen bekanntzugeben. Die Nationalliberalen halten an der Kandidatur des Professors Gisevius-Giegen fest; die Bündler und Antifemiten proklamirten gestern Oberlehrer Werner-Gudbach als Kandidaten.

## Bayerische Landtagswahl in Weissenburg.

Bei der Landtagswahl im bayerischen Wahlkreis Weissenburg siegte der vom Zentrum unterstützte konservativ-katholische Kandidat Walz-Heidenheim mit 2500 Stimmen. Auf den liberalen Kandidaten entfielen 1000, auf den Genossen Gausen-stein-Rürnberg 1000 Stimmen. In diesem fast rein ländlichen Wahlkreis ist die sozialdemokratische Stimmzahl seit den allgemeinen Wahlen im 1000 Stimmen gestiegen.

## Das Schicksal des Schiffahrtsabgabengesetzes.

Hg. Wasseremann erklärte in einer Versammlung der Partikularschiffer in Ruffort, daß der gegenwärtige Reichstag das Schiffahrtsabgabengesetz nicht mehr erledigen werde. Von der Regierung müßten neue Unterlagen gefordert werden, die dann erst der öffentlichen Kritik zu unterbreiten sind und dann werde der neue Reichstag hoffentlich zu einer Ablehnung des ganzen Gesetzes kommen.

## Moderne Religionskämpfe.

Aus Köln wird uns geschrieben: Der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin hat gegen den Pfarrer Jatho in Köln das Ermittlungsverfahren wegen „Irreligie“ eröffnet. Als im Herbst 1909 der Entwurf des sogenannten Irreligiegesetzes erschien, da wurde sofort von einer Pater Jatho-Traub gesprochen. Seit Jahresfrist haben die Blätter der evangelischen Orthodogie unablässig den Oberkirchenrat zu einem Vorgehen gegen den „Irreligie“ getrieben. Nun scheinen sie ihren Willen zu bekommen. Jedoch so glatt, wie sie es sich gedacht haben, wird die Sache nicht ablaufen. Das zeigten die großen Protestkundgebungen am letzten Sonntag.

Die Freunde Jathos, der seit zwei Jahrzehnten in Köln wirkt, beziehen eine Kundgebung in den Riesenaal des städtischen Bürgergotteshauses ein. Innerhalb einer halben Stunde waren sämtliche Zuschlässe vergriffen. Eine sofort arrangierte Parallelsammlung im Reichshallen-Theater war eine Stunde vor Beginn bereits überfüllt. Im Bürgergotteshaus redete Pfarrer Traub aus Dortmund, in den Reichshallen Professor Giffen von der Kölner Handelshochschule. In beiden Versammlungen wurde einstimmig eine von Giffen verfaßte Resolution angenommen, worin die Versammlungen als Vertretung einer „weitüberwiegenden Mehrheit der Kölner evangelischen Kirchengemeinde“ gegen das Verfahren Einspruch erheben.

## Mißbrauch der Dienstgewalt und Betrug.

Das Oberkriegsgericht in Posen verurteilte als Verurteilung, infolge des Unteroffizier Georg Dopke zu zehn Wochen Gefängnis. Dopke, der beim 37. Infanterie-Regiment in Skotoschin steht, hatte einen Gewehrschloß gefunden und veranlaßt nun einen Soldaten, sich bei ihm einen neuen zu kaufen, wofür er ihm für zwei Mark den gefundenen gab. Darauf pumpte er noch seine Untergebenen um zusammen 51 M. an, mit dem Versprechen, sie wiederzugeben — was er jedoch verweigerte. Das Gericht nahm Mißbrauch der Dienstgewalt und Betrug an.

## Oesterreich-Ungarn.

### Die auswärtige Politik.

Budapest, 30. Januar. In der ungarischen Delegation hielt der Minister des Aeußeren, Graf Khevenhul ein Rede, in der er sagte: Die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 11. Dezember 1910 hat berechtigtes Aufsehen hervorgerufen. Herr v. Weismann-Hollweg war nämlich in der Lage, die Beziehungen Deutschlands zu England und Rußland in einer Weise zu erklären, welche jeden Freund der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa mit Genugthuung erfüllen muß. Er sprach von der Geneigtheit Deutschlands, sich mit England durch eine offene und vertrauensvolle Aussprache über die gegenseitigen Interessen zu verständigen; dies sei das sicherste Mittel zur Beseitigung des Mißtrauens wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande.

Ueber die Beziehungen zu Rußland und insbesondere über die Potsdamer Entree war der deutsche Reichskanzler in der Lage zu konstatieren, daß der dort gepflegte Reinigungs-austausch zu einer Annäherung beider Völker geführt, ohne daß jedoch in der allgemeinen Orientierung ihrer Politik eine Veränderung eingetreten wäre. Diese Annäherung vollzog sich auf dem Gebiete allgemeiner Grundsätze, so unter anderem durch die neuerliche Verfestigung des Grundgesetzes der Erhaltung des Status quo im nahen Orient, ferner durch eine Verständigung über die beiderseitigen Interessen in Persien. Unsere eigenen Interessen in Persien sind keine bedeutenden. Ich glaube indes, daß die deutsch-russische Verständigung über persische Verhältnisse beitragen dürfte, das Prinzip der offenen Tür in diesem Lande, welches ja die beiden benachbarten Mächte, Rußland und England, vor drei Jahren feierlich verkündeten, dauernd zur Geltung zu bringen.

Es ist in unserem Interesse gelegen, die Selbständigkeit und friedliche Entwicklung der Türkei zu fördern, sowie auch die Unabhängigkeit und friedliche Entwicklung der übrigen Balkan-



**Noten.** Dortn stimmen die mit Russland überein und dies be-  
rechtigt mich zu der Erwartung, daß unsere Beziehungen zu  
Russland, welche heute gute sind, auch weiterhin eine be-  
friedigende Gestaltung annehmen werden.

In unserem Verhältnis mit Frankreich und England,  
welches ebenfalls ein gutes ist, hat sich keine Aenderung  
ergeben.

Der Minister schloß seine Ausführungen mit dem üblichen  
Appell, die Mehrforderungen Koloche zu bewilligen.

### Ein Universitätsstreik.

**Wien, 30. Januar.** Die österreichischen Merikalen suchen  
immer mehr die Universitäten in ihre Macht zu bekommen. In  
Wien haben sie den Theologieprofessor Dr. Zimmermann,  
einen Nichtstümer, der philosophischen Fakultät aufzuhängen ge-  
wünscht. Die freisinnige Studentenschaft protestierte in einer Ver-  
sammlung sehr energisch gegen die Vorlesungen dieses Herrn. Der  
Universitätsrat schritt nun zu Maßnahmen, relegierte  
zwei Studenten und erteilte 240 einen Verweis. Die Studenten  
sind deshalb in den Streik getreten. Heute fanden sich 200 Me-  
rikale Streikbrecher, die in die Vorlesungen kamen. Als  
die freisinnigen Studenten zur Universität kamen, fanden sie aber  
die Tore geschlossen. Sie verschafften sich gewaltsam Eingang,  
stürzten in die Hörsäle und erzwangen die Einstellung sämt-  
licher Vorlesungen.

### Frankreich.

#### Armee und Bourgeoisie.

**Paris, 30. Januar.** Der Führer der geeinigten Sozialisten,  
Julius Guesde, hielt gestern Abend in einer sozialistischen Ver-  
sammlung in Vorbeugung eine Rede, in welcher er sagte: „Wir werden  
in der Armee, welche die letzte Hoffnung der Bourgeoisie bildet,  
einen unschätzbaren Bestand finden. Es gibt Offiziere, die  
nicht mehr die Rolle von Verteidigern des Geldschranks spielen  
wollen. Zahlreiche Soldaten erinnern sich, daß sie Proletarier  
sind. Die Bourgeoisie kann nicht mehr auf die ganze Armee rechnen!“

### Gemeinbewahlen.

**Paris, 30. Jan.** Bei der gestrigen Gemeinderatsver-  
sammlung eroberten die Konserverativen das Sorbonneviertel, in  
welchem Rogaglia als Nachfolger des radikal-sozialistischen Unter-  
staatssekretärs Lafèvre mit 2177 Stimmen gewählt wurde; der  
Kandidat der geeinigten Sozialisten erhielt 1790 Stimmen.

In Poissy war von den Sozialisten der Gewerkschaftssekretär  
Durand als Kandidat aufgestellt worden, zum Protest gegen das  
Todesurteil der Geschworenen. Er erhielt aber nur 108 Stimmen.  
Gewählt wurde der radikale Kandidat mit 688 Stimmen.

### Portugal.

#### Das neue Wahlgesetz.

**Lissabon, 29. Januar.** Der Ministerrat hat die ersten  
sechs Artikel des Wahlgesetzesentwurfes durchberaten. Danach  
soll das Proportionalwahlsystem zur Anwendung kommen und die  
Stimmabgabe nicht obligatorisch sein. In den Provinzen Lissabon  
und Porto sollen alle lese- und schreibkundigen portugiesischen  
Bürger das Wahlrecht erhalten, wofür sie am 1. April 1911 21  
Jahre alt oder in die letzten Wahllisten ordentlich eingetragen  
sind. Nicht wahlberechtigt wären aktive Soldaten, Leute,  
die die Armementstüftung erhalten, Verurteilte, Entmündigte  
und Bankrotter. Wähler sollen alle lese- und schreibkundigen  
sein, ausgenommen aktive Militärs, Beamte, Mönche irgendeiner  
Religionsgemeinschaft, Personen, die durch Vertrag an den  
Staat gebunden sind, und Direktoren staatlich subventionierter  
Gesellschaften. Zahl und Ausdehnung der Wahlkreise sind  
noch nicht festgelegt, nur für Lissabon und Porto sind je zwei  
Wahlkreise in Aussicht genommen, deren jeder acht Abgeordnete  
entsenden soll. Jeder andere Wahlkreis soll vier Abgeordnete  
wählen, jede Kolonie einen. Dem Ministerrat bleiben nunmehr  
noch sieben Artikel zur Durchberatung.

### England.

#### Eine Majestätsbeleidigung.

**London, 29. Januar.** Mehrere Sonntagblätter bringen die  
Melbung, daß der Attorney General und der Solicitor General  
im Namen des Königs ein Prozeßverfahren gegen Edward  
N. Phillips eingeleitet haben. Der Fall wird vor dem Lord-  
Oberichter und einem Sondergericht am nächsten Mittwoch zur  
Behandlung kommen. Die Angelegenheit steht im Zusammen-  
hang mit einer Melbung, die in Paris von dem Blatt The Libe-  
rator veröffentlicht worden ist und sich, wie es heißt, auf die seit  
Jahren umlaufenden Gerüchte bezieht, daß der König als  
Prinz von Wales in Kairo mit der Tochter eines Admirals eine  
morganatische Ehe eingegangen sei. Gerüchte, denen schon nach der  
Thronbesteigung des Königs im bestimmter Weise entgegengetreten  
worden ist. Phillips ist am 26. Dezember vorigen Jahres ver-  
haftet und ins Gefängnis gebracht worden, da er die auf 20 000  
Pfund Sterling festgesetzte Kaution nicht aufbringen konnte.

### Türkei.

#### Neue Kämpfe.

**Konstantinopel, 30. Januar.** An der Sechshalbstation hat ein  
neues Gefecht stattgefunden, das mit einer Niederlage der  
Beduinen endigte. Die Beduinen verloren über 300 Tote,  
Verwundete und Gefangene, die Truppen hatten 18 Tote und  
35 Verwundete.

Die „Zdam“ erfährt, wird wegen des Ernstes der Lage im  
Nemen die Vorbereitung eines zweiten Expeditionskorps  
geplant. Außerdem sollen die Ersahreservisten im zweiten,  
dritten und vierten Korpsbereich einberufen werden.

### Amerika.

#### Der japanische Justizmord.

**New York, 30. Januar.** Gegen zweitausend Anarchisten mar-  
schierten gestern Abend unter Abführung der Marinekassa den  
Broadway entlang zu einer Versammlung, wo heftige Reden  
gegen die jüngsten Hinrichtungen in Japan gehalten  
wurden. Nach der Versammlung wurde der Versuch gemacht,  
das japanische Konsulat anzugreifen, die Demon-  
stranten wurden jedoch von der Polizei gestreut; mehrere Mädel-  
führer wurden verhaftet.

## Aus der Partei.

#### Die Krankheit des Genossen Singer.

Das Bestinden unseres Genossen Singer ist andauernd sehr  
ernst. Es sind häufig Anfälle von Herzschwäche zu ver-  
zeichnen. Auch das Bewußtsein ist zeitweise getrübt.

Ausgestaltung der literarischen Institutionen der Partei. Die  
literarischen Einrichtungen der sozialdemokratischen Partei erfahren  
zurzeit eine erhebliche Erweiterung. Am 1. Februar d. J. wird  
das in dem Parteivorstandesbericht an den Regdeburger

Parteitags angekündigte Sozialdemokratische Bureau  
für Rheinland-Westfalen in Düsseldorf, Kaiser-  
Wilhelm-Strasse 55, eröffnet. In das Düsseldorf Bureau  
treten die Genossen Heinrich Limberh, bisher leitender Redakteur  
unseres Essener Parteiorgans, und Franz Polony, bisher lei-  
tender Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, als Redakteure ein.  
Als Sekretär des Bureaus wird Genosse Peter Winnen, bisher  
im Kölner Parteisekretariat beschäftigt, fungieren.

Gleichzeitig werden die vorhandenen Berliner Einrichtungen  
zur Herausgabe von Agitationsmaterial besser ausgestattet. Die  
bisher mit der Redaktion der „Partei-Korrespondenz“ verbundene  
Registrierung wird erweitert und neorganisiert. Genosse Hugo  
Pochsch, zuletzt Redakteur des Jahrgangs der Gastwirtschaften,  
tritt Ende Februar in die Redaktion der „Sozialdemokratischen  
Partei-Korrespondenz“ ein, in der Genosse Schröder zuletzt allein  
tätig war.

Herner siedelt Genosse Konrad Hänisch, bisher leitender Re-  
dakteur unseres Dortmunder Organs, nach Berlin über, um die  
systematische Bearbeitung des gegenwärtigen Flugblatt- und  
Flugschriftenmaterials zu übernehmen.

Genosse Otto Heinrich, der Leiter unserer Straßburger  
Druckerei, der seit dem Münchener Parteitag im Nebenamt die  
Parteiorgane revidierte, die zu der Gesamtpartei finanzielle Be-  
ziehungen haben, wurde vom Parteivorstand zum technischen  
Gutachter für Druckerei- und Presseangelegen-  
heiten gewählt. Er wird von Mitte Februar ab seinen Sitz in  
Berlin haben.

## Aus Industrie und Handel.

### Beteiligung und Absatz beim Stahlwerksverband.

Der Stahlwerksverband hat in seiner Hauptversammlung vom  
25. d. M. sämtliche Anträge auf Veränderungen der Beteiligungs-  
ziffern abgelehnt. Nehmen wir die Beteiligungsziffern in A- und B-  
Produkten, wie sie beim Stahlwerksverband in der Denkschrift über  
das Kartellwesen als erstmalige Beteiligungen angegeben wurden,  
und stellen ihnen die Anteile, die vom 1. Januar 1911 ab gelten,  
gegenüber, so erhalten wir folgendes Bild der Entwicklung. Die  
Beteiligungsziffern betragen in Tonnen für sämtliche angeschlossenen  
Werke:

	1904	1911	Gegen 1904
Produkte A . . .	4 658 085	6 271 488	+ 34,6 Proz.
Produkte B . . .	3 587 285	6 197 157	+ 75,2
Gesamtbeteiligung	8 245 370	12 468 645	+ 52,2 Proz.

Die Gesamtbeteiligung hat also seit der Gründung des Stahl-  
werksverbandes um 52 Proz. zugenommen. Die Beteiligung in  
B-Produkten ist gar um 75 Proz. gewachsen und bleibt absolut nur  
noch ganz unweitlich hinter der Beteiligung in A-Produkten zurück.  
Unter den B-Produkten weisen wieder Stabeisen, Röhren  
und Guß- und Schmiedestücke eine auffallend starke Er-  
höhung der Beteiligungen auf, während die Beteiligung in Halb-  
zeug für Schienen zurückgegangen ist. Die Gesamtbeteiligung in  
A-Produkten ist nun zwar nicht derartig gestiegen, doch stellt sich  
die Zunahme immerhin auch noch auf 34,6 Proz. Befolgt man  
demgegenüber die Absatzziffern des Stahlwerksverbandes, die in  
seiner Versandtätigkeit sich wiederholen, so zeigt sich, daß  
der Absatz sich nicht entfernt so entfaltet hat wie die Beteiligungsziffern.  
Denn es betrug der Versand des Stahlwerksverbandes an  
Produkten A im Jahre 1905, für welches erstmalig Jahresziffern  
vorliegen, und im letztvergangenen Jahre in Tonnen

	1905	1910	Gegen 1905
Halbzeug . . . . .	1 910 834	1 854 118	- 13,7 Proz.
Eisenbahn-Oberbaumaterial	1 631 464	1 877 576	+ 15,0
Formeisen . . . . .	1 673 266	1 804 840	+ 7,9
zusammen	5 215 564	6 536 534	+ 25,1

Während also die Beteiligung in A-Produkten von 1904 auf  
1910 um 34,6 Proz. in die Höhe gegangen ist, ist der Versand von  
1905 auf 1910 nur um 0,4 Proz. gestiegen. Nun war der Versand  
weder im Jahre 1905 besonders hoch, noch ist er 1910 besonders  
niedrig gewesen, denn er lag 1910 sogar den Versand aus beiden  
Vorjahren noch hinter sich zurück. Im Jahre 1909 wurden 4 985 574,  
im Jahre 1908 wurden 4 768 898 Tonnen A-Produkte versandt. Be-  
merkenswert ist, daß auch die Beteiligung in Halbzeug wie der  
Halbzeugversand zurückgegangen ist, allerdings nur um rund  
6 Proz., während der Versand um 16,7 Proz. sank. Bei Träger-  
formeisen hat die Beteiligung um 65 Proz. zugenommen, während  
der Versand nur um 7,9 Proz. stieg. Für die B-Produkte läßt  
sich ein entsprechender Vergleich nicht durchführen, da die Ver-  
sandziffern erst für die beiden letzten Jahre veröffentlicht worden.  
Da sind denn die gesamten Beteiligungsziffern in B-Produkten von  
3 022 119 Tonnen am 1. Januar 1910 auf 6 197 157 Tonnen am  
1. Januar 1911 hinaufgegangen; sie nahmen also um 2,9 Proz. zu.  
Der Versand in B-Produkten ging von 4 589 197 Tonnen  
in den ersten 11 Monaten 1909 auf 5 267 488 Tonnen im gleichen  
Zeitraum 1910 hinauf; er stieg um 14,9 Proz.

### Der Schiffsbau der Welt im Jahre 1910.

Die alljährlich vom Lloyd Register of British and Foreign  
Shipping“ veröffentlichte Uebersicht über den Schiffsbau der Welt  
ergibt für die letzten Jahre folgende Entwicklung. (Die Zusammen-  
stellung erfolgt nach Bruttoregistertonnen.)

Jahr	England	Deutschland	Ver. Staaten	Japan	Total
1905	1628	255	308	32	2223
1906	1828	318	441	43	2630
1907	1808	276	475	66	2565
1908	930	208	305	60	1503
1909	991	129	210	52	1382
1910	1143	159	331	30	1663

Nach dem starken Rückgang der Jahre 1908 und 1909 hat sich  
der Weltschiffsbau im letzten Jahre wieder etwas erholt, wenn auch  
die im Jahre 1908 erzielte Rekordziffer noch längst nicht wieder  
erreicht ist. Das Verhältnis zwischen den schiffsbauenden Nationen  
hat sich in den letzten Jahren nicht unerheblich verschoben. Während  
England 1892/97 noch 77,4 Proz. aller Schiffe baute, waren es 1910  
nur noch 68 Proz. Dagegen ist der Anteil Deutschlands von 7,3  
auf 8,1 Proz. gestiegen. Relativ noch stärker wuchs der Anteil der  
Vereinigten Staaten, Hollands und Japans.  
Zu den hier gegebenen Ziffern treten noch die für Kriegsschiffe,  
die für den Schiffsbau der ganzen Welt 310 854 Tonnen betragen,  
wovon 124 645, also über 43 Proz. auf Großbritannien entfiel.

## Soziales.

Können Weihnachtsgeschenke an Arbeiter zurückgefordert werden?  
Diese Frage ist zu verneinen. So entschied mit Recht gestern  
die Kammer I des Gewerbegerichts in dem Prozeß des Baders H.  
gegen den Schneidermeister Gabbe. Der Kläger war beim Beklag-  
ten lange Zeit beschäftigt. Er hatte von diesem ein Weihnachtsges-  
chenk von 25 M. erhalten. Diese wurden ihm aber, als er am  
10. Januar die Stellung aufgab, vom Lohn wieder in Abzug ge-  
bracht. Der Beklagte hält die vom Kläger am dritten Weihnacht-  
festtag ausgegebene Kündigung für einen so großen Unbann,  
der ihn berechtigt, das Geschenk zurückzufordern.  
Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Les gab der  
Klage statt und verurteilte den Beklagten zur Zahlung der 25 M.,  
da das Weihnachtsgeschenk eine jener Schenkungen ist, auf die die  
Bestimmung des § 534 des Bürgerlichen Gesetzbuches anzuwenden  
ist. Diese lautet: „Schenkungen, durch die einer sittlichen Pflicht  
oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen

wird, unterliegen nicht der Rückforderung und dem Widerruf.“  
Die Frage, ob die Anrechnung nicht besonders dem § 534 B. G. B.  
widersteht, brauchte deshalb nicht geprüft zu werden. Sie wäre  
übrigens zu bejahen gewesen.

**Unzulässige Vorschrift der Ministerialverordnung über die Grund-  
bücherei.**

Nach § 88 der Gewerbeordnung sind die Zentralbehörden be-  
fugt, Vorschriften darüber zu erlassen, in welcher Weise die im  
§ 85 Absatz 2 und 3 bezeichneten Gewerbetreibenden ihre Bücher  
zu führen haben und welcher polizeilichen Kontrolle über den Um-  
satz und die Art ihres Geschäftsbetriebes sie sich zu unterwerfen  
haben. In diesen Gewerbetreibenden gehören die gewerbmäßigen  
Bermittlungsagenten für Immobilienverträge. — Die preussischen  
Ministerialvorschriften, die auf Grund dieser Befugnisse aus § 88  
erlassen sind, bestimmen nun unter Ziffer 8: „Die Ortspolizei-  
behörden und ihre Organe können von dem Geschäftsbetriebe  
Kenntnis nehmen und zu dem Zwecke die für den Betrieb bestimm-  
ten Räume jederzeit betreten und dort die Geschäftsbücher und  
Kontakten einsehen. Sie können auch verlangen, daß Geschäfts-  
bücher und Kontakten im Dienstraum der Ortspolizeibehörde vor-  
gelegt werden usw.“ Unter Bezugnahme auf diese Vorschriften ist  
dann unter Ziffer 9 bestimmt: „Diese Vorschriften finden auf Ver-  
sionen, die als Kaufleute zur Führung von Handelsbüchern ver-  
pflichtet sind, keine Anwendung, jedoch sind die Ortspolizei-  
behörden, auch diesen Versionen die Befolgung der Vorschriften ganz  
oder zum Teil zur Pflicht zu machen.“

Auf Grund der letzt wiedergegebenen Bestimmung hatte die  
Ortspolizeibehörde von Ostrow den Geschäftsführer Romick von  
der dort domicilierenden polnischen Immobilienbank, die auch den  
Erwerb von Grundstücken vermittelt, aufgefordert, ihr die Bücher  
dieser Genossenschaft mit beschränkter Haftung zur Kontrolle vor-  
zulegen. Da er der Aufforderung nicht nachkam, so wurde er wegen  
Verletzung des § 88 der Gewerbeordnung und der zitierten  
Ministerialvorschriften angeklagt und in zweiter Instanz von der  
Staatssammer auch verurteilt.

Romick legte Revision ein und machte geltend, die Bank als  
Kaufmann und als Genossenschaft falle überhaupt nicht unter die  
Bestimmungen, die im übrigen eine unzulässige Delegation von Be-  
fugnissen an die Ortspolizeibehörden enthalten.

Das Kammergericht hob die Verurteilung auf und sprach  
den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Während die  
übrigen Einwände des Angeklagten verfehlt seien, greife der Ein-  
wand durch, daß in den Vorschriften des Ministers eine unzulässige  
Subdelegation liege. Der § 88 der Gewerbeordnung gebe den  
Zentralbehörden nur die Berechtigung, Vorschriften in seinem  
Sinne zu erlassen. Eine solche Berechtigung schließt in sich, daß  
dabei auch in einem geringeren Maße Gebrauch gemacht werde;  
die Zentralbehörden seien nicht verpflichtet, es im ganzen Umfange  
zu tun. Wenn nun hier der preussische Minister als Zentralbehörde  
sage, die Vorschriften fänden auf Kaufleute (wogu die Bank gehört)  
keine Anwendung, die Ortspolizeibehörden könnten sie auf solche  
aber anwenden, dann habe er damit gesagt, er wolle nicht darüber  
befinden, aber er wolle den Ortspolizeibehörden die Möglichkeit  
geben, Ausnahmen zu machen. Damit habe er ein nach § 88 der  
Gewerbeordnung nur ihm zustehendes Recht in bezug auf die Kauf-  
leute an die Ortspolizeibehörden übertragen. Das sei unzulässig  
und die fragliche Vorschrift deshalb unwirksam. Daraus folge die  
Freisprechung des Angeklagten.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Frauen im Reichsland.

Bei den Reichstagsdebatten über den Elsaß-Lothringischen Ver-  
fassungsentwurf ist mit vollem Recht darauf hingewiesen worden,  
daß man bei dieser Reform die Frauen vollkommen übergangen hat.  
Wer die Pflanze unserer verkappten Regierungskreise kennt, wundert  
sich über diesen Umstand keineswegs. Wie der Kaiser über die Auf-  
gaben der Frau denkt, ist ja durch seine Königsberger Rede sattem  
bekannt geworden. Bei der Art, wie die oberen Kreise stets den  
Mantel nach dem „Odhenwind“ zu hängen gewohnt sind und sich jeder  
eigenen Willensmeinung enthalten, ist es ganz selbstverständlich, daß  
sie der Auffassung, die in den höchsten Regionen herrscht, sich auch  
dann unterordnen, wenn sie selbst schon von modernen Ideen an-  
gegriffen wären. Zum Glück bleiben unseren Ministern und Geheime-  
räten derartige Gewissenskonflikte erspart, da sie ihrem ganzen  
Wesen nach so wie so ein paar Meilen hinter der Entwicklung her-  
hinken.

Nützig aber ist es immerhin, zu betonen, daß in der Zeit des  
sessellosen Kapitalismus, dem rücksichtslosen Umwerter aller Werte,  
dem Beseitiger der starren Gewohnheiten und Traditionen, der  
vollkommen neue Begriffe geprägt und allein in Deutschland Millionen  
von Frauen und Mädchen in den Erwerbskampf gerufen, Haus und  
Familie revolutioniert hat, einem Lande eine Verfassung angedoten  
werden kann, in der jeder, aber auch jeder Hinweis auf die Rechte  
des weiblichen Geschlechts fehlt. Das Land hat nicht nur eine welt-  
bekannte glänzende Textilindustrie, sondern auch sonstige ausgedehnte  
Erwerbszweige, vor allem eine hochentwickelte Schwerindustrie, und  
die weibliche Bevölkerung ist hier in hohem Maße an Erwerbsleben  
beteiligt. Neben den Tausenden handarbeitenden Proletarierinnen  
sind viele Frauen auch dem Handel und Kunstgewerbe, stehen die  
Intellektuellen, Lehrerinnen usw., die alle ein brennendes Interesse  
haben, dort mitzuraten und taten, wo es sich um Lebensfragen,  
nicht nur ihres Geschlechts, sondern der Nation und Menschheit  
handelt. Wohl steht in der reichslandischen Bevölkerung ein aus  
der Eigenart des Landes sich ergebender konservativer  
Zug, der aber unter der kraftvoll stürmenden Wirtschaftsentwicklung  
zusehends verwindet. Rationale Strömungen, durch tüpliche Maß-  
nahmen preussischer Polizeigeistes immer wieder frisch geäußert, haben  
allmählich der Einsicht Platz gemacht, daß der Kampf um die Zukunft  
lohnender ist als unfruchtbares Grollen um eine vergangene Epoche.  
Besonders auffallend unter der arbeitenden Bevölkerung hat die welt-  
umfassende Lehre vom Sozialismus gewirkt, die jeder chaotischen  
Reinigung den Boden entzieht. So hat denn auch die Sozialdemo-  
kratie im Reichsland feste Wurzel geschlagen und den armen, ab-  
geraden Sklavinnen des Kapitals einen neuen Lebensinhalt ge-  
geben. Die Gewerkschaften haben ihre Werbearbeit mit zähem Fleiß  
unterstützt und die Agitatoren und Agitatorinnen der Partei fanden  
unter der Proletarierinnen des Reichslandes eine dankbare Zubere-  
itung. Doch sind auch die bürgerlichen Frauen nicht müßig geblieben  
und vorzugsweise die norddeutschen haben sich bemüht, Frauenvereine  
zu gründen oder die vorhandenen zu zentralisieren. Den Lehrerinnen  
war ja gnädigst erlaubt worden, sich in Vereinen zusammenzuschließen,  
da bei ihnen eine „Gefahr“ nicht zu befürchten war. Auch Bild-, Koch-  
und Fortbildungsschulen für Mädchen, sowie Vaterländische Frauenvereine  
werden gestattet. Im Jahre 1908 wurde der Verein für Frauen-  
bildung im Reichslande gegründet, der die Möglichkeit der Gymnasial-  
bildung für Mädchen erstrebte. Der Verein für Frauenbildung wollte  
vor allem verhindern, den „Mädchen aller Schichten“ eine gute Bildung  
zu sichern. Lesestimmer und Diskussionsabende wurden eingerichtet  
und Heimarbeiterrinnen-Vereine ins Leben gerufen. Schließlich er-  
folgte die Gründung eines Elsaß-Lothringischen Frauenverbandes,  
der den Zusammenhalt sämtlicher reichslandischer Frauenvereine  
auf interkonfessioneller Basis sich zum Ziele setzte. Seitdem haben  
diese Bestrebungen noch weiter um sich gegriffen, so daß man von  
einer bürgerlichen Frauenbewegung auch in Elsaß-Lothringen reden  
kann. Wie weit jedoch ein fortschrittlicher Geist in ihr gediehen ist,  
wird sich zeigen, wenn der Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte  
und geheime Wahl- und Stimmrecht für die Frauen ohne Unterschied  
entbrennt.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Einladungen zu  
dem Stiftungsfest am 5. Februar sind bei Frau Böbler,  
Schreinerstraße 68, zu haben, nicht „Schleifschraube“,  
wie in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ infolge eines  
Druckfehlers angezeigt worden ist.



# Gewerkchaftliches.

## Die „Morgenpost“ sucht nichtorganisierte Zeitungsetzer als Streikbrecher!

Es ist nicht das erste Mal, daß eins von den Berliner Blättern, die sich „unparteiisch“ oder gar „arbeiterfreundlich“ geben, den Arbeitern durch Streikbrechervermittlung in den Rücken fällt. Aber wenn wir auch dergleichen bis zu einem gewissen Grade schon gewohnt sind und uns und unsere Leser nicht gern mit solchen Alltäglichkeiten beschäftigen mögen, so zwingt ein Inserat in der „Morgenpost“ uns doch, die Praxis dieses „arbeiterfreundlichen“ Blattes einmal an die Öffentlichkeit zu ziehen.

Da lesen wir folgendes Inserat:

**10 Zeitungsetzer**  
(wöchentlich 40 Mark),  
ein Faktor  
(60 Mark),  
ein Linotypsetzer

(60—65 M.), nur Nicht-Verbändler, per 4. Februar für London gesucht. Hälfte der Reiseflohen vergütet. Offerten . . . . (Hier folgt die Adresse eines Londoner Blattes.)

Bekanntlich befinden sich die Londoner Setzer in einer Bewegung zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie haben Forderungen aufgestellt, die auch von der „Morgenpost“ bei Gelegenheit als berechtigt verfochten worden sind; sie verlangen den Achtstundentag. Da sucht nun die „Morgenpost“ Streikbrecher, welche die berechtigten Forderungen der englischen Buchdrucker abschlagen helfen sollen. Die „Morgenpost“ sucht „Nicht-Verbändler“, während sie per Gelegenheit in langen Artikeln die Organisation der Arbeiter als berechtigt und notwendig hinstellt. Nicht das allein: Der Verlag der „Morgenpost“ gehört der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker an, er befindet sich in einem Vertragsverhältnis, in dem als einer Kontrahent der Verband deutscher Buchdrucker gilt. Der Verlag der „Morgenpost“ befindet sich nicht gezwungen in diesem Verhältnis, er sieht das als eine erfreuliche Erscheinung im Wirtschaftsleben an. Wenigstens vertritt die Redaktion des Blattes nach außen hin diesen Standpunkt. Mit diesem Vertragsverhältnis zum Verband deutscher Buchdrucker hält es die „Morgenpost“ durchaus für vereinbar, wenn sie in ihren Spalten die „Nicht-Verbändler“ sucht, die aus dem Inseratenteil der tarifstreuen Fachpresse mit Rücksicht auf die Tarifgemeinschaft verschwinden müßte.

Der Zeitpunkt für die Streikbrecherfrage ist auch nicht unüblich gewählt. Die deutschen Buchdrucker befinden sich gegenwärtig ebenfalls vor einer Tarifrevision. Sie haben in der hinter ihnen liegenden schweren Zeit der Krise an eigenen Leibe und am Verbandssäckel erfahren müssen, wie notwendig auch ihnen eine Verkürzung der Arbeitszeit wäre. Und nun fordert man sie auf, als Streikbrecher nach London zu gehen, um dort eine Verkürzung der Arbeitszeit illusorisch machen zu helfen! Offensichtlich gelangt der Streich nicht. Die Spezies der „Nicht-Verbändler“ ist im deutschen, speziell im Berliner Buchdruckergewerbe, doch zu dünn gefäßt, als daß man darauf große Hoffnungen setzen dürfte. Die organisierten deutschen Buchdrucker haben aber doch zu viel Ehre im Leibe, um ausländischen Kollegen in den Rücken zu fallen, die sogar auf einem bestimmten Gebiete ihre Vorkämpfer sein wollen!

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Metallarbeiter!** Im Betrieb der Firma Siemens-Schuckert, Charlottenburg, ist ein Streik ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt und ersuchen wir dringend, denselben zu meiden. Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltung Berlin.)

### Eine Statistik der Maschinisten und Feizer.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Maschinisten und Feizer sowie Berufsgenossen hat über die Arbeits- und Organisationsverhältnisse im Beruf eine Statistik aufgenommen, deren Ergebnisse der Vorstehende Schmittau bekannt machte in einer Versammlung, die am Sonntagvormittag in den „Arminhallen“ stattfand. Die Statistik ist nur unvollständig, da es von vielen Seiten an der notwendigen Unterstützung fehlte, aber sie bietet vielfach interessante Aufschlüsse. Sie umfaßt etwa 1200 beschäftigte Personen (ohne das Personal in den Brauereien und den Berliner Elektrizitätswerken). In der Metallindustrie wurden 54 Betriebe gezählt. Beschäftigt waren 98 Maschinisten, davon waren 76 organisiert und 22 gehörten zum Zentralverband. Beschäftigt waren ferner 106 Feizer, davon waren 68 organisiert sämtlich im Zentralverband. Beschäftigt waren auch 73 Hilfsarbeiter, davon waren 19 organisiert, 11 gehörten zum Zentralverband. Der Lohn betrug pro Woche 32—41 Mark, die Arbeitszeit 8, 9, 13 und 13½ Stunden täglich.

In der Holzindustrie zählte man 35 Betriebe. Beschäftigt waren 35 Maschinisten, davon waren 32 organisiert, 31 im Zentralverband. Von 20 beschäftigten Feizern waren 14 organisiert sämtlich im Zentralverband. Von 9 Hilfsarbeitern waren 2 organisiert, die zum Transportarbeiterverband gehörten. Bearbeitet wurde 8½—13 Stunden täglich. Ueber die Löhne wurden keine genauen Angaben gemacht.

Im graphischen Gewerbe, Druckereien usw., zählte man 12 Betriebe. Beschäftigt waren 30 Maschinisten, organisiert 23, sämtlich im Zentralverband. Von 22 Feizern waren 19 organisiert, nur im Zentralverband. Von 16 Hilfsarbeitern waren 10 organisiert, alle im Zentralverband. Der Lohn betrug pro Woche 23, 30 und 33 M., die Arbeitszeit 8—12, auch 13½ und 14 Stunden.

In 17 städtischen und staatlichen Betrieben waren 88 Maschinisten beschäftigt, davon 18 organisiert, 13 im Zentralverband. Von 93 Feizern waren 84 organisiert, 92 im Zentralverband. Bei Tagelöhnen von 4 M., 4,25 M. und 5 M., muß 8—12 Stunden gearbeitet werden. Wochenlöhne betragen 31, 33 und auch 38 M., Monatslöhne 120, 140 M. und für leitende Stellen 162 und 180 M.

In 8 Blockstationen (Elektrizitätswerke) waren 26 Maschinisten beschäftigt, davon 10 organisiert, alle im Zentralverband. Von 69 Feizern waren nur 7 organisiert, die zum Zentralverband gehörten. Von 76 Hilfsarbeitern waren 5 organisiert, einer im Zentralverband. Die Löhne betragen 26, 28, 30, 31, 36 und 38 M. pro Woche bei 10—12 Stunden täglicher Arbeitszeit.

In 11 Waren- und Geschäftshäusern waren 18 Maschinisten beschäftigt, davon 13 organisiert, die alle zum Zentralverband gehörten. Von 20 Feizern waren 9 organisiert, alle im Zentralverband. Von 13 Hilfsarbeitern gehörten 10 organisiert zum Zentralverband. Die Arbeitszeit beträgt 7, 10—12 Stunden; Monatslöhne werden in Höhe von 115, 120, 135, 140 und 160 M. gezahlt; einzelne Wochenlöhne betragen 38 M.

In 8 Waagegeschäften waren 26 Feizer und Maschinisten beschäftigt, davon waren 18 organisiert, 12 im Zentralverband. Die Arbeitszeit beträgt 10—12 Stunden. Lohnhöhe wurde nicht angegeben.

In der Textilindustrie wurden 4 Betriebe gezählt mit 5 Maschinisten, 3 Feizern und 4 Hilfsarbeitern. Organisiert und zwar im Zentralverband, waren 4 Maschinisten, 1 Feizer und ein Hilfsarbeiter. Die Wochenlöhne betragen 33—36 M., bei 10 bis 12 Stunden täglicher Arbeitszeit.

In diversen Branchen: Gemische Industrie, Schokoladenfabriken usw., wurden 60 Betriebe gezählt. Beschäftigt

waren 124 Maschinisten, davon 78 organisiert, 69 im Zentralverband. Beschäftigt waren ferner 112 Feizer, von 64 organisierten gehörten 61 zum Zentralverband. Von 78 beschäftigten Hilfsarbeitern waren 17 organisiert, 10 im Zentralverband. Die Arbeitszeit betrug 9, 12 und 13 Stunden täglich. Wochenlöhne von 22, 25, 27, 28—38 Mark, und Monatslöhne von 120—165 M. und 180 M. werden bezahlt. — Die Verhältnisse liegen überall verschieden, häufig sind große Mängel zu beklagen. In zwei Betrieben gibt es Wechselshiften von je 24 Stunden, in zwei anderen Wechselshiften von je 18 Stunden.

### Deutsches Reich.

#### Lohnbewegung bei der Glashütte Stralau A.-G.

In einer Versammlung der Glasarbeiter am Sonntag, die sehr stark besucht war, wurde einstimmig beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Vorsitzende begründete die beabsichtigte Lohnbewegung mit den enorm gestiegenen Lebensverhältnissen, die sich unter anderem schon aus dem Umstand ergeben, daß in den Betriebskantinen die Portion in den letzten 3 Jahren von 30 auf 50 Pf. im Preise gestiegen ist, auch ist seit 1906 keine Lohnzulage mehr erfolgt.

In dem neuen Tarifentwurf besteht die wesentliche Forderung in einer anderen Regelung der bisherigen Staffeln, so daß, statt wie jetzt, wo die Sorten von 100 zu 100 Gramm berechnet werden, in Zukunft von 50 zu 50 Gramm gestaffelt werden sollen. Die geforderte Aenderung ist für die Arbeiter von großer Wichtigkeit, da sie hierdurch zu einer gerechteren Entlohnung gelangen. Für die Lohnbewegung kommen circa 400 Personen in Betracht.

Eine Kommission soll mit dem Vorstände zusammen den Tarif noch einmal durchberaten und am Sonntag in einer weiteren Versammlung Bericht erstatten.

Zum Schluß stimmte die Versammlung noch einem Antrage der Schürer zu, die ebenfalls Forderungen einreichen wollen, die sich auf einen Ruhetag in der Woche beziehen, den sie früher schon einmal hatten. Für diese Kategorie kommt nur alle 14 Tage ein freier Sonntag in Betracht, der bloß 24 Stunden umfaßt.

**Achtung, Schiffszimmerer!** Auf der Werft von G. Mählefeld in Ruzharen sind Differenzen ausgebrochen. Dieser Unternehmer hatte mit den Arbeitern vereinbart, die Stundenlöhne um 2 Pf. aufzubessern. Sämtliche Schiffszimmerer sollten die Zulage erhalten. Am Sonnabend wurde einem Schiffszimmerer der erhöhte Lohn nicht ausgezahlt. Dieser forderte sich nun am Montag das zu wenig erhaltene Geld. Der Unternehmer verweigerte die Rückzahlung. Die Schiffszimmerer legten daraufhin die Arbeit sofort nieder und Mißfeld vollzog die Aussperrung sämtlicher Schiffszimmerer. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Mißfeld Schiffszimmerer von auswärts sucht, um seine Arbeit fertig zu bekommen. Er meinte, er könnte Schiffszimmerer genügend bekommen, mehr als er brauche. Darum ist es Pflicht eines jeden Schiffszimmerer bei Mißfeld nicht eher Arbeit zu nehmen, bis die Sache dort geregelt ist.

#### Lohnforderungen wegen „fallender Lebensmittelpreise“ abgelehnt.

Die Firma Krey u. Sommerlad, Kunststoff für graphische Erzeugnisse in Riederfeld bei Dresden, lehnte eine Lohnforderung eines Teiles in ihrem Betriebe beschäftigter Arbeiter mit der Begründung ab:

... und weiter ist auch festgestellt worden, daß die Preise für Lebensmittel in der letzten Zeit sich eher auf absteigender Linie bewegen, so daß von einer sorgfältigen Preissteigerung der Lebens- und sonstigen Bedarfsmittel nicht gesprochen werden kann.

Leider wird nicht berraten, wer diese überraschende Feststellung der absteigenden Tendenz der Lebensmittelpreise gemacht hat. Sie entspringt vermutlich der Partei der Geschäftsleitung, die dabei ganz übersehen hat, daß die Lohnzulage des preußischen Königs ebenfalls vorwiegend mit der Steigerung der Preise aller Bedarfsmittel begründet wurde. Nach der Ansicht dieser Firma müssen alle die, die diese Millionenzulage vertreten, — geschwindelt haben.

### Ausland.

#### Streik und Aussperrung im Londoner Buchdrucker-gewerbe.

London, 28. Januar 1911. (Eig. Ber.)

Wie schon berichtet wurde, sollte die Konferenz zwischen den Vertretern der Gewerkschaften der Buchdrucker und verwandten Gewerbe und den Vertretern der Arbeitgeber am 10. Januar die Forderung der Arbeiter über die Einführung einer allgemeinen 48stündigen Arbeitswoche endgültig erledigen. Die Verhandlungen über diesen Punkt hatten schon 20 Monate gedauert, und die Arbeiter waren schließlich ungeduldig geworden. Sie drohten damit, unverzüglich die Kündigungen einzureichen, sollten sich die Arbeitgeber nicht dazu verstehen, die modifizierten Forderungen der Gewerkschaften auf eine 50stündige Arbeitswoche in diesem Jahre und eine 48stündige im nächsten Jahre anzunehmen. Die Konferenz kam zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgeber stellten sich auf den Standpunkt, daß die Forderungen der Arbeiter unberechtigt seien; den Arbeitern im Buchdruckergewerbe gehe es heute schon weit besser als den meisten anderen Arbeiterkategorien. Auch würde die Neuerung, so sagten sie, zu viel Geld kosten; die Arbeit würde ins Ausland getrieben werden; übrigens hätten die Gewerkschaften auch nur einen Bruchteil der in dem Gewerbe beschäftigten Personen hinter sich und hätten kein Recht, im Namen der Gesamtheit der Buchdrucker zu reden. Alle diese Argumente mit dem nötigen statistischen Material, das sehr ansehbar ist, wurde von der bürgerlichen Presse Londons jeder Richtung in langen Spalten veröffentlicht. Von dem aber, was die Gewerkschaftsführer gegen die Behauptungen der Arbeitgeber vorzubringen hatten, erschien in dieser „demokratischen“ Presse kein Wort. Dieser Anfang des Kampfes beweist wieder einmal recht deutlich, wie wenig sich die Arbeiterschaft auf die Hilfe der bürgerlichen „Demokratie“ verlassen kann, selbst wenn sie sich, wie in England, zeitweilig so radikal gebärdet.

Die Arbeitgeber hatten darauf gerechnet, daß ein großer Teil der Buchdrucker bei der angebotenen Arbeitseinstellung nicht mitmachen würde. Ihre Hoffnung erfüllte sich bis zu einem gewissen Grade; denn nach dem Scheitern der Konferenz erklärte die Provinzialabteilung des Verbandes der Buchdrucker-Gewerkschaften, daß sie die Einreichung der Kündigungen noch aufschieben möchten. Die Londoner beschlossen jedoch, bei ihrer Absicht zu bleiben und reichten am 23. Januar die Kündigung ein. Zwei Tage nachdem fand wiederum die Konferenz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern statt. Auf dieser Konferenz erklärten die Arbeitgeber, sie seien bereit, die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten, wenn die Kündigungen zurückgezogen würden. Darauf ließen sich die Arbeiter aber nicht ein. Sie wußten, daß sich die Arbeitgeber nicht einig waren, und daß unter diesen Umständen ein Kampf nicht von langer Dauer sein würde. 73 Geschäfte hatten schon die 48stündige und 89 die fünfzigstündige Arbeitszeit gewährt. Die beste Taktik der Gewerkschaften war deshalb, still zu sitzen, bis die Schwäche und Uneinigkeit der Arbeitgeber das unvermeidliche Resultat herbeiführten.

Wenn die Weisheit der Arbeitgeber inzwischen nicht nachgibt, so wird der Streik in ihren Betrieben in der ersten Woche des Monats Februar ausbrechen. Die Arbeiter, die gekündigt haben, weigern sich, Überstunden zu machen. Diese Weigerung führte letzten Donnerstag zur Aussperrung der Hilfsarbeiter in

einem großen Londoner Betrieb. Dies ist ein Zeichen der Erbitterung unter den Arbeitgebern, die sich auch in den Worten ihrer Führer bemerkbar macht. So erklärte einer von ihnen: „Dies ist nicht nur eine Frage betreffend die Arbeitszeit. Die Zeit ist gekommen, wo die Arbeitgeber zeigen müssen, daß sie Herren in ihrem eigenen Hause sein wollen.“ Wenn dieser „Herr“ nicht einen echten englischen Namen trüge, so könnte man glauben, daß er aus einer gewissen Gegend des europäischen Festlandes stamme.

Ein bemerkenswertes Ereignis in diesem Kampfe ist auch das Erscheinen einer täglichen Streikzeitung, die von den Buchdruckern herausgegeben wird, solange der Streik dauert. Diese einfache Tatsache wirkt wohl ein helleres Licht auf die misslichen Verhältnisse der Arbeiterpresse in diesem Lande, als alle langen Auseinandersetzungen. In ganz Großbritannien besteht keine einzige Tageszeitung, auf die sich die Arbeiter verlassen können, von der sie annehmen könnten, daß sie nicht falsche oder irreführende Berichte über einen Streik oder eine Aussperrung verbreitet! Man hat es den englischen Gewerkschaftlern in Kopenhagen sehr übel genommen, daß sie sich den schwedischen Arbeitern in ihrem großen Kampfe nicht hilfsbereiter gezeigt haben. Der Hauptgrund für dieses befremdende Verhalten der Briten ist wohl noch nirgends genügend gewürdigt worden. Er ist in der Tatsache zu suchen, daß während dieses Kampfes die gesamte Tagespresse Großbritanniens, die liberale wie die konservative, die Ereignisse in Schweden verschwiegen oder entstellte, so daß die Masse der englischen Gewerkschaftler kaum eine Ahnung davon hatte, was in Schweden vor sich ging. — Das Erscheinen dieser Streikzeitung der Buchdrucker wich dem Festländer manches erklären, was ihm bisher unbegreiflich schien.

## Letzte Nachrichten.

### Die Eingemeindung Treptows.

Die im Vordergrund des Interesses stehende Frage der Eingemeindung Treptows war gestern abend der Gegenstand einer großen öffentlichen Versammlung, die im Gesellschaftshaus in Treptow tagte und vom Grundbesitzerverein des Berliner und mittleren Ostteils einberufen war. Der Versammlung wohnten auch einige Berliner Stadtverordnete bei. Das Hauptreferat hielt Herr Janzen. Er beleuchtete die von Rixdorf gemachten Versprechungen und kam zu dem Schluß, daß die Stadt Berlin nach jeder Richtung hin mehr bieten könne als Rixdorf. Dann schilderte er den Empfang einer Deputation beim Oberbürgermeister Rischner. Bei dieser Unterredung habe Oberbürgermeister Rischner bestimmt erklärt, daß Berlin die Eingemeindung Treptows erstrebe und daß er persönlich der Meinung sei, die Regierung werde schließlich ihre Zustimmung zu dieser Eingemeindung nach Berlin geben. Er befürwortete die Fassung einer Resolution, in der den Gemeindevertretern anheimgegeben wird, die Eingemeindungsverhandlungen mit Rixdorf abzubrechen und einzuweilen zu prüfen, ob sich die Selbstständigkeit des Ortes nicht aufrechterhalten ließe. Wenn dies nicht der Fall wäre, so müßten Unterhandlungen mit Berlin gepflogen werden. In der Debatte sprachen sich die meisten Redner in derselben Richtung aus. Am Schluß der Versammlung wurde denn auch eine Resolution angenommen, die sich für eine Eingemeindung nach Berlin erklärt.

### Die Revision des Genossen Wesemeier verworfen.

Leipzig, 30. Januar. Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Genossen Redakteur August Wesemeier vom „Volksfreund“ in Braunschweig. Wesemeier war bekanntlich am 13. Mai v. J. von der berüchtigten Braunschweiger Rohmann-Kammer wegen angeblicher Beleidigung der Landesregierung in einem Fall und wegen Beleidigung der Braunschweiger Polizei in sechs Fällen zu der horrenden Strafe von neun Monaten Gefängnis verurteilt worden.

### Der Studentenstreik in Krafau.

Krafau, 30. Januar. (B. Z. V.) Die streikenden Studenten räumten, nachdem sie die Abhaltung von Vorlesungen verhindert hatten, eine große Zahl von Bänken weg und zertrümmerten mehrere Saalstühle. Das Universitätsgebäude ist durch einen Polizeikommando und zwei Kompagnien Infanterie abgesperrt worden. Der Rektor teilte den Streikenden auf telegraphische Anweisung die Schließung der Universität mit; die Studenten verließen das Universitätsgebäude erst am Abend, nachdem die Mitteilung von der Schließung in der Universität angeschlagen.

### Ein Sympathiestreik der Lemberger Studenten.

Lemberg, 30. Januar. (B. Z. V.) Die Hörer der Universität und des Polytechnikums sind in einen Sympathiestreik eingetreten.

### Eisenbahnkatastrophe in Rußland.

Moskau, 30. Januar. (B. Z. V.) Auf dem Bahnhof Nara der Eisenbahn Moskau—Uzo stieß ein Personenzug mit einem Güterzuge zusammen. Drei Schaffner wurden getötet, ein Maschinist und ein Feizer sowie dreizehn Passagiere wurden verwundet.

### Ein schauerlicher Mord.

Charleroi, 30. Januar. (B. Z. V.) Hier wurde die 70jährige Frau Renaux von ihrem früheren Geliebten mit einer Axt erschlagen. Der Mörder hat seinem Opfer 12 Axtstiche beigebracht. Der Kopf war grausam verstümmelt. Die älteste Tochter der Ermordeten entdeckte die Leiche der Mutter und alarmierte die Nachbarn. Das Drama hatte sich wenige Minuten vorher abgespielt. Der Mörder versuchte sich zu erhängen, wurde aber noch rechtzeitig abgehängt. Er erklärte, er werde später Rede stehen, was ihn zu der Tat veranlaßt habe.

### Reuterei in einem italienischen Genieregiment.

Rom, 30. Januar. Das Blatt „Vita“ berichtet aus Florenz, daß unter dem dortigen Genieregiment eine große Agitation ausbrach, die an Reuterei grenzt. Alle Offiziere und Soldaten einer Kompagnie sind mit Arrest bestraft worden. 7 Soldaten sind mit Gefängnis bestraft worden.

### Das Erdbeben auf den Philippinen.

Manila, 30. Januar. (B. Z. V.) Nach einer weiteren Meldung über den vulkanischen Ausbruch im Talbezirk sind fünf kleine Dörfer zerstört. In der Flutwelle sind mindestens dreihundert Menschen umgekommen, viele sind bei den Feuerbräunten verbrannt, die durch die geschmolzenen Lavamassen entstanden. (Siehe auch unter „Aus aller Welt“.)



Reichstag.

117. Sitzung. Montag, den 30. Januar 1911, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Visco, v. Heeringen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die bei einem obersten Landesgericht einzulegenden

Revisionen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

Staatssekretär Dr. Visco: Die Vorlage ist veranlaßt durch einen von Bayern beim Bundesrat gestellten Antrag, der durch den Nichtstand hervorgerufen ist, daß das bayerische Recht vor dem Reichsgericht nicht revidierbar ist.

Abg. Dr. Jund (natl.): Im Interesse der Rechtseinheit können wir nicht zugeben, daß es im Belieben bayerischer Gerichte steht, eine Sache vor das Reichsgericht zu bringen oder nicht.

Abg. Speck (Z.): Ich erkläre, daß meine politischen Freunde der Vorlage zustimmen werden und zwar ohne Kommissionsberatung.

Abg. Speck (Z.) erklärt, daß seine politischen Freunde der Vorlage zustimmen werden und zwar ohne Kommissionsberatung. Damit schließt die Debatte.

Petitionen.

Eine größere Zahl von Petitionen wird entsprechend den Anträgen der Petitionskommission debattelos dem Reichskanzler als Material überwiesen resp. wird über sie zur Tagesordnung übergegangen.

Der Wirkliche Geheimrat Uhlenbrock petitioniert: Der Reichstag möge 1. durch eine Kommission die Verhältnisse in der Militärverwaltung prüfen und Vorschläge machen, wie sie auf eine gesetzliche Grundlage zurückgeführt und gefehlwidrige Einwirkungen unverantwortlicher Offiziere unmöglich gemacht werden können; 2. möge der Reichstag darauf hinwirken, daß aus dem § 25 des Reichsbeamtengesetzes die Militärintendanten ausgeschieden werden; 3. möge der Reichstag beschließen, daß dem gefehlwidrig seines Amtes entsetzten Rentent Gerechtigkeit zuteil werde.

Die Kommission beantragt, die Punkte 1 und 2 dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen, über Punkt 3 zur Tagesordnung überzugehen.

Die Abgg. Ablas (Op.) und Genossen beantragen, die Punkte 1 und 2 der Budgetkommission zur Erledigung, Punkt 3 dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Abgg. Sommer (Op.), Dr. Doormann (Op.), Dr. Stengel (Op.) beantragen, die ganze Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Preussischer Kriegsminister v. Heeringen: Geheimrat Uhlenbrock behauptete, daß vor seiner zur Dispositionsstellung seine geschäftlichen Handlungen niemals bemängelt wurden; diese Behauptung ist unzutreffend. Bereits in den Jahren 1896 und 1897 und dann wieder 1899 ist ihm amtlich eröffnet worden, daß Klage darüber geführt werde, daß er bei Verträgen wenig orientiert sei und einen Mangel an selbständigem Urteil habe.

Abg. Sommer (Op.) begründet seinen (nicht fraktionellen) Antrag auf Ueberweisung der gesamten Petitionen zur Berücksichtigung. Sollte ein Kommissar des Kriegsministeriums in der Petitionskommission und das Material mitgeteilt, dann wären diese prinzipiellen Erörterungen, diese Auseinandersetzungen über die Persönlichkeiten des Geheimrats Uhlenbrock hier im Plenum und eripact geblieben.

Kleines feuilleton.

Wie Ludwig Uhland die Biermähe ausfas. Zur Zeit der Ordenssaison, wo die einsfarbigen und bunten Biermähe gleich in Hunderten und Tausenden von Exemplaren auf das angestammte Vaterland herniederhageln und neben den Polizeibergen auch die Knopflöcher liberaler Parlamentarier mit irgend einer schönen Medaille oder Bändchen geschmückt werden, dürfte eine Reminiscenz an Ludwig Uhland und seine Ordensgeschichte angebracht sein.

Uhland war Professor an der Tübinger Hochschule, als er 1838 von neuem als Abgeordneter in die Zweite württembergische Kammer gewählt wurde. Da der Regierung diese Kammer, ebenso wie heute der Reichstag der preussischen, ein Dorn im Auge war, verweigerte sie Uhland den Urlaub zur Ausübung seines Mandats und erteilte ihm stattdessen die von ihm erwünschte Entlassung aus dem Staatsdienst „leht gern“. Als dann nach der Bewegung der vierziger Jahre die Reaktion allenthalben wieder in voller Blüte stand, glaubte der Preußenkönig den schwäbischen Dichter damit zu ehren, daß er ihn zum Ritter des von Friedrich II. gestifteten Ordens „pour le mérite“ vorschlug.

Das war vor beinahe sechzig Jahren. Aber: „wenn heut ein Geist herniedersteige“

Theater.

Freie Volkshühne (im Gebrüder Herrnsfeld-Theater): An des Reiches Pforten. Von Knut Hamsun. Der Titel dieses Schauspiel hat symbolische Deutlichkeiten. Der Zuschauer könnte zunächst ein Thema mit politischen oder religiösen Hintergründen vermuten. Es handelt sich jedoch lediglich um das Problem einer Schriftstellerei, präziser ausgedrückt darum: inwiefern das häusliche Glück sich unter dem Kampf eines in freier Unabhängigkeit beharrenden Geistes mit seiner konservativ gearteten Umwelt behaupten kann oder nicht.

Kriegsminister v. Heeringen: Ich war im Interesse des Staates genötigt, hier auf die Persönlichkeit des Herrn Uhlenbrock einzugehen, was ich gern unterlassen hätte.

Abg. Kunert (Soz.):

Es scheint doch recht bedenklich zu sein, die Intendanten, als die Sachverständigen für militärische Verwaltungsangelegenheiten, derart bedingungslos Nichtfachmännern, den kommandierenden Generalen unterzuordnen. — Im Einklang mit Herrn Sommer bin ich der Meinung, daß rechtzeitige Mitteilungen in der Kommission hier diese Erörterungen im Plenum unnötig gemacht hätten. Der Antrag Ablas scheint uns aber in diesem Falle besser zu sein als der weitergehende Antrag Sommer, der die ganze Angelegenheit zur Berücksichtigung überweisen will. — Das Bedenkliche an der Sache ist schließlich nicht die Persönlichkeit des Geheimrats Uhlenbrock, sondern das Verlangen des Petenten, daß die Militärverwaltung auf eine verfassungsmäßige Grundlage gestellt wird.

Sächs. Bundesratsbevollmächtigter Generalmajor Feßl v. Salza: Unseres Wissens existieren in Sachsen keine ungeleglichen Fonds. Wenn der Abg. Kunert Material über solche Ungeleglichkeiten besitzt, so stelle er es uns zur Verfügung.

Inzwischen hat der Abg. Sommer (Op.) seinen Antrag dahin abgeändert, daß er statt Ueberweisung an den Reichskanzler zur Berücksichtigung zur Ueberweisung an die Kommission verlangt.

Abg. Erzberger (Z.): Die Sache ist vollkommen spruchreif und kann nach den Anträgen der Kommission entschieden werden.

Abg. v. Whern (L.): Den Kommissionsanträgen zu 2 und 3 stimmen wir zu, Punkt 1 halten wir für überflüssig.

Abg. Dr. Weber (natl.): Die persönliche Seite der Angelegenheit hätte in der Kommission erledigt werden können, wenn der Kriegsminister seine Ausführungen dort gemacht hätte. (Sehr wahr! links.) Die Resultate, zu welchen die vom Kriegsminister eingesetzte Kommission kommen wird, werden uns hoffentlich in einer Denkschrift zugänglich gemacht werden.

Abg. Werner (Antis.) schließt sich dem Abg. v. Whern an. Abg. Sommer (Op.): Wenn eine Denkschrift in der vom Abg. Weber angeregten Weise zugesagt wird, sind wir bereit, unsere Anträge zurückzuziehen.

Kriegsminister v. Heeringen: Ob eine Denkschrift dem Reichstag vorgelegt werden können, läßt sich heute noch nicht übersehen. Wenn es möglich ist, wird es geschehen.

Abg. Sommer (Op.) [zur Geschäftsordnung]: Ich ziehe unsere Anträge nach dieser Erklärung des Kriegsministers zurück.

Abg. Kunert (Soz.):

Dem sächsischen Bundesratsbevollmächtigten gegenüber und Herrn Erzberger gegenüber, der sich als freiwilliger Regierungs-Kommissar betätigt hat, holte ich an der Behauptung fest, daß im sächsischen Militärretschwarze Fonds vorhanden sind. Den Beweis werde ich beim Militärret erbringen. Das Vorhandensein solcher Fonds ist ein Zeichen außerordentlicher Unordnung und muß geradezu als ein Skandal bezeichnet werden. Herr Erzberger mag sich merken, daß sich zwischen Berlin und Dresden manche Dinge ereignen, von denen keine Schulweisheit nichts träumen läßt.

Abg. Erzberger (Z.): Gegen die Behauptung, daß schwarze Fonds im Militärret vorhanden sind, muß ich mich als Referent des Militärrets wenden, das heißt nicht, freiwilliger Regierungsk

Anschaung, daß für den schöpferischen Genies, ganz gleich, ob Mann oder Weib, eine ungleiwartige Ehegemeinschaft Hemmnisse, wo nicht gar eine völlige Erötung der Produktivität im Gefolge habe, beruht doch auf triftigen Erfahrungsgründen. So würde also dies Drama zuvörderst „allen, die es angeht“, verständlich sein — wäre Knut Hamsun nicht Dichter genug gewesen, das ernsthafte Problem auch auf die Daß allgemeiner verständlicher Menschlichkeit zu stellen. Freilich, aus der Tiefe sozialer und ökonomischer Ursachen hat er sein Drama nicht emporgehoben. Am schlimmsten von allen ist natürlich jeder Schriftsteller daran, der neben seinem Talent auch noch seine politischen Ideale gegen den Ansturm kapitalistischer Mächte behaupten will. Von diesem Boden aus baut nun Hamsun sein Drama abendings nicht auf.

Die Frau des Schriftstellers Ivar Kareno stammt aus einer wohlhabenden Familie vom Lande. Würde er weniger keifnachig sein, so drauchten sich die jungen Leuten weit weniger um die Existenz zu machen; und ihm verbliebe wohl Zeit und Gelegenheit, seiner Ueberzeugung zum Siege zu verhelfen. Kareno will jedoch keiner Menschenlecke materiell verpflichtet sein. Das liegt in seinem Charakter und in seiner Denkungsart. Seine Frau ist wieder aus völlig anderem Stoff geformt. Ihr geistiger Horizont gleicht nicht dem seinen. Sie hat weder ihre ländliche Kultur abgestreift, noch auch vermag sie ihre kleinbürgerlichen Anschauungen dauernd niederzulegen. Drei Jahre hat sie mitgedarbt, mitgehofft, mitgeglaubt. Aber sie ist nur Weib; und als solches empfindet sie je länger je mehr jedes Konzentrationbestreben des Mannes auf seine Arbeit als Vernachlässigung, als Raub an ihrer seelischen Eingabe. Sie zweifelt schließlich an ihres Mannes innerlicher Reigung. Man wird Elna schwerlich unrecht geben dürfen — auch selbst dann nicht, als sie sich einem gedankhaften Journalisten und Schürzenjäger an den Hals wirft und das Haus auf Rummertwiederte verläßt. Zweifellos hätte ihre Liebe zu Kareno standgehalten, wenn er seine Mission als Schriftsteller den gegebenen Verhältnissen angepaßt hätte. Aber das kann Kareno, der als einziger den Kampf gegen alle führt, nicht. Er gibt auch den Freund auf, als er gewahrt wird, daß dieser seine Ueberzeugung verkauft hat. Elna geht, weil Kareno unbehaglich ist. Das ist die schwerste Täuschung, der der beste Schlag für ihn. Dieser Verlust wird ihn vernichten. Hamsun läßt hier den Schleier fallen, aber wir ahnen es. Wenn wir sein Drama vom menschlichen und künstlerischen Standpunkte aus betrachten, so bleibt es eine der stärksten Wühnendichtungen gerade durch die Kraft der Ideen und seelischen Konflikte.

Eine in jeder Hinsicht ausgezeichnete Aufführung unterstützte den starken Eindruck des Dramas. Die beiden Hauptpersonen: Ivar Kareno und seine Frau, wurden durch Marie Wendi-Wellinger und Paul Paulsen mit geradezu elementarer künstlerischer Kraft und erschütternder Gemütswärme gegeben. Auch die übrigen Mitwirkenden boten ganz vorzügliche Charakterchargen. Direktor Witte-Wild hatte für das Zustandekommen einer würdigen Aufführung dieses schwierigen und interessanten Schauspiel alles aufgebracht.

kommissar sein. Beweise für seine Behauptung hat der Abg. Kunert nicht erbracht.

Abg. Kunert (Soz.):

Ich habe schon gesagt, daß ich die Beweise bei anderer Gelegenheit erbringen werde, heute bin ich natürlich nicht auf diese Sache vorbereitet. Herr Erzberger ist nicht als freiwilliger Regierungskommissar aufgetreten, sondern viel besser und schneidiger als ein Regierungskommissar. (Seiterkeit.) Damit schließt die Debatte.

Die Anträge der Kommission werden angenommen. Es folgt eine Reihe von Petitionen, welche über die Verunreinigung des Mains durch Fabrikabwässer Klage führen und um Abhilfe bitten.

Die Kommission beantragt, die Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Die Stadt Offenbach hat bis heute noch keine Kläranlage gebaut; es wäre an der Zeit, etwas Dampf dahinter zu machen.

Abg. Brühne (Soz.):

Bei dieser Forderung soll man nicht vergessen, daß die Errichtung der Kläranlage von der Stadt Offenbach ungeheure Summen erfordern wird. — Die Verunreinigung des Mains und das dadurch verursachte Absterben der Fische ist um so mehr zu bedauern, als die Fische bei den hohen Fleischpreisen als ein gutes Volksnahrungsmittel in Betracht kommen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen. Eine größere Reihe von Petitionen verlangt Änderungen des Impfgesetzes, resp.

Aufhebung des Impfwanges.

Die Kommission beantragt, über diese Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Die Abgg. Sahl (Soz.), Sebering (Soz.) und Genossen beantragen, soweit die Petitionen die Aufhebung des Impfwanges bezw. Einführung der Gewissensklause nach englischem Muster verlangen, wonach die Eltern, die vor der Behörde erklären, die Impfung ihrer Kinder nach ihrem Gewissen nicht verantworten zu können, davon befreit werden, sie dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, die übrigen Punkte als Material zu überweisen.

Die Abgg. v. Damm und Genossen (Wirtsch. Vg.) beantragen, in den Antrag Sahl und Genossen einzufügen: „und soweit sie bekräftigen, den durch die Impfung Geschädigten einen Anspruch auf Entschädigung gegen den Staat einzuräumen.“

Abg. Erzberger (Z.) und Genossen beantragen, eine Kommission aus Impffreunden und Impfgegnern einzuberufen, die erneut die Anträge und Anregungen zur Änderung des Impfgesetzes prüfen soll.

Die Abgg. Dr. Fahbender (Z.) und Dr. Pfeiffer (Z.) beantragen, die Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen und den Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Revision des Impfgesetzes zu ersuchen, wobei die Gewissensklause in das Gesetz aufgenommen wird.

Die Abgg. Dr. Müller-Meinigen (Op.) und Genossen beantragen, den Antrag Fahbender so zu fassen, daß die verlangte Revision des Impfgesetzes die bestehenden rechtlichen Unklarheiten des Impfgesetzes beseitigt, und daß die Einführung der sogenannten Gewissensklause von neuem wissenschaftlich geprüft und dem Reichstag darüber eine Denkschrift vorgelegt wird.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Für meine Person bin ich Anhänger der Impfung. Aber wir können die Ohren nicht verstopfen vor den Rotschreien von Tausenden von Eltern, deren Kinder durch das Impfen geschädigt sind. Impfschäden existieren trotz aller Verschönerungsversuche. Als ein absolutes Zwangsgesetz ist das Impfgesetz niemals gedacht gewesen. Bisher glaubte ich, die Polizei sei zum Schutze des Publikums da; aber der Impfdegenert beim Polizeipräsidium in Frankfurt a. M., Herr v. Witter, hat am 17. September 1910 erklärt,

er werde die Eltern in Ketten legen lassen, um das Impfen zu erzwingen.

Offentlich gibt es noch Richter in Deutschland, die einem solchen Polizei-Jupiter die Grenzen seiner Uebermenslichkeit klar machen. Ist es denn wirklich notwendig, daß ein Kind, welches gelund zur Welt kommt, erst durch die Pinzette des Impfarztes zu einem vollkommenen Menschen gemacht wird. In sozial besser gestellten Kreisen weiß man freilich nichts von Impfschäden. Aber auf dem Lande, wo die Mütter die Kinder meilenweit zum Impfsarz bringen, herrscht Massenbetrieb beim Impfen und da-

Humor und Satire.

Uniformierte Wissenschaft.

(Für die Senatoren der neuen kaiserlichen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft wurde eine Amtstracht eingeführt.)

Wie ging die Wissenschaft verdukert Im bloßen Hemd als Sandeulott, Die roten Waden ungeputzt, Fast nachig wie der liebe Gott!

Was hat die Menschheit Zeit verplempelt, Bis sie die Weisesten erkannt! Nun wird er staatlich abgestempelt Und man erkennt ihn am Gewand.

Auf allen Wieren kommt gekrochen Der preussisch-deutsche Argonaut, Ist löngstreu bis auf die Knochen Und von den Knochen bis zur Haut.

Die Haut aus seinem grünen Luche Berrät von fern das Forscheramt; Stolz trägt der denkende Eumache Des Kermelausschlages roten Samt.

Der Mann (beacht, was ich sage!), Der mit dem goldgestickten Kleid Gelöst die Toilettenfrage, Hat uns von schwerem Alp befreit.

Auch das verbummelte Studentken Erkennt — der Fortschritt ist enorm — Rummehr Genies und Leutenäntchen Loischer an der Uniform.

(Edgar Steiger im „Eimpliffimus“.)

Notizen.

Der Bildhauer Emil Gundrieser, einer der Künstler, die in unserem byzantinischen und denkmalergierigen Zeitalter große offizielle Aufträge auszuführen hatte, ist im Alter von 64 Jahren in Berlin gestorben. Bekannt ist seine Skulptur der „Berolina“ auf dem Alexanderplatz, die aber genau wie seine anderen Werke große Kunst nur im räumlichen Sinne ist.

Ein Großindustrieller des Verlagsbuchhandels ist mit Adolf Kröner in Stuttgart gestorben. Der Konzentrationstendenz, die die kapitalistische Wirtschaft kennzeichnet, hat er in großer Weise im deutschen Buchhandel zur Geltung verholfen. Mit seiner eigenen Firma (Gebrüder Kröner) vereinigte er nach und nach die Verlagsgesellschaft „Union“, den Verlag von Reil in Leipzig und die altbekannte Cotta'sche Buchhandlung und brachte damit eine Fülle buchhändlerischer Unternehmungen unter eine Kontrolle. Die „Gartenlaube“, die früher eine gute, bürgerliche Aufklärungsschrift gewesen, verlor unter ihm ihre Tendenz und begann den Abstieg, den sie unter den Fittichen des Kulturbringers Schell vollendete.



**Wald entziehen die Jmpfshäden.** Man soll doch so viel Achtung vor der persönlichen Freiheit haben, die Eltern nicht zum Impfen lassen der Kinder zu zwingen. Der Antrag Erzbischof wird nicht erreicht; ich bitte daher um Annahme des Antrages stehender.  
**Vizepräsident Schult:** Im Obergeschloß befindet sich eine Ausstellung von Wapppräparaten über Bodenkrankheiten aus der Gharität. Entree kostet es nicht! (Große Heiterkeit.)  
**Geheimrat Kirchner:** Schon jetzt will ich betonen, daß es in keiner Weise feststeht, daß Herr v. Bitter die Neuerung von dem Inkubations der Eltern gemacht hat.  
**Abg. Dr. Arning (natl.)** polemisiert gegen die Impfsgegner und tritt entschieden für Aufrechterhaltung des Impfwanges ein.  
Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.  
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Dritte Lesung der Reichssteuer- und Abgabensteuer.)  
Schluß 7 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom Montag, den 30. Januar, mittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des **Ents der Forstverwaltung.**

Bei den Einnahmen liegt

**Abg. Dr. Wendlandt (natl.)** über die Wirkung des Ausnahmestatu für Konnenholz und wünscht eine Aufstellung darüber, ob die einheimischen Forsten in der Lage sind, den Bedarf an Eisenbahnschwellen für Preußen zu decken.

**Oberlandforstmeister Wesener** bejaht diese Frage und teilt mit, daß die russische Zufuhr auf Grund des Ausnahmestatu für Konnenholz neuerdings gesperrt worden sei.

**Abg. Ströbel (Soz.):**

Der Forstetat ist einer der wichtigsten, es handelt sich dabei nicht nur um materielle Werte, sondern höher als diese steht der ideale Wert der Forsten für die Volkswirtschaft. Je mehr infolge der Industrialisierung Preußen die Bevölkerungsdichtigkeit zuzunimmt, je intensiver der Broterwerb der arbeitenden Bevölkerung wird, um so mehr wächst das Erholungsbedürfnis der Massen und um so notwendiger ist es, daß genügend

Erholungsstätten

in Gestalt unserer Wälder für diese industrielle Bevölkerung erhalten werden. Da ist es sehr bedauerlich, daß in Preußen der Staat, der doch der Repräsentant der Interessen der Allgemeinheit sein soll, diese Bedeutung der Forsten für die Gesundheit der Bevölkerung noch nicht genügend würdigt. Nur knapp 31 Proz. der preussischen Wälder befinden sich im Staatsbesitz, 16 Proz. sind Gemeindeeigentum, 53 Proz. aber Privateigentum, wobei der Großgrundbesitz hervorragend beteiligt ist. Die Sozialdemokraten stehen natürlich auf dem Standpunkt, daß die Wälder in erster Linie Eigentum des Staates sein müssen. In diesem Sinne hat bereits 1888 ein internationaler Kongreß beschlossen. Alle Volkswirtschaftler und Hygieniker sind sich darüber einig, daß der Wald ein außerordentlich wichtiger Faktor der nationalen Gesundung ist.

Die Hochwälder, die hierfür besonders in Betracht kommen, die hervorragend auf Gemüt und Nerven erfrischend einwirken, betragen nur 8 Proz. der Privatforsten, dagegen 40 Proz. bei den preussischen Staatsforsten. Auch der Laubwald wird von den Privatforsten zuviel vernachlässigt. Vor allem sollte der Staat auf die Erhaltung gemäßigter Waldflächen Wert legen, die nicht nur von hohem ästhetischen Wert sind, sondern in denen sich auch die Kommenplage und andere Insektenplagen nicht so verbreiten. Eine äußerst unsoziale Politik wird von dem Forstetat bei seinen Waldverkäufen in der Nähe der Großstädte betrieben. Er nimmt dabei sehr wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, sondern sucht nur recht viel Geld dabei herauszuschlagen. Davon kann gerade Berlin ein Lied singen.

Große Teile des Grunewalds hat der Staat verkauft, ebenso ist die Schönholzer Heide, die für die Arbeiterbevölkerung des Nordens besonders wichtig war, der Parzellierung preisgegeben und im Südosten ist die Wuhligheide verkauft worden und ein weiteres Stück an der Grlitzer Bahn zwischen Niederschöneweide und Adlershof ist für 21 000 000 Mark an eine Terrainspekulation verkauft worden. Gerade diese Gebiete waren wichtige Erholungsstätten für die Arbeiterbevölkerung der südöstlichen stark bevölkerten Stadtteile, speziell auch für die Arbeiterschaft Nigdorfs, das bereits 800 000 Einwohner zählt. Es ist durchaus unsozial, wenn der Forstetat in dieser Weise der Bevölkerung die notwendigen Erholungsstätten raubt. Man jammert immer über die zunehmende Miasmuntaglichkeit der heranwachsenden Bevölkerung, da sollte man um so weniger einen solchen forstpolitischen Wodentwucher treiben, durch den die Verkümmern und Verelendung des großstädtischen Proletariats geradezu gefördert wird. Die Bevölkerung von Berlin W. und WW. hat solche Erholungsstätten nicht so nötig, sie wohnt in feudalen Villenvororten, in Wohnungen mit Gärten, sie fährt sogar im Winter zu ihrer Erholung ins Gebirge. Aber die Millionen des Proletariats, die tagaus, tagein in dumpfen Gassowohnungen schmachten, diese schwerarbeitende Bevölkerung wird durch einen solchen forstpolitischen Wodentwucher ihrer sonntäglichen Erholungsstätten beraubt. Das ist keine vernünftige, weltkchauende Politik, sondern eine

Politik der brutalen Volkshausung.

Durch eine solche Politik bereitet der Staat auch die kommunale Fürsorge. Ich erinnere an das Vorgehen des Reiches beim Verkauf des Tempelhofer Feldes, und ebenso treibt es der preussische Staat. So verfährt man gegenüber einem Volksteil, der den größten Teil der Steuerlasten aufbringt. Von den 337 000 000 M. Einkommensteuer werden 237 000 000 M. von den Städten aufgebracht, von Berlin allein 51 000 000 M. Statt daß aber der Staat deshalb diesen Bevölkerungsteil besonders entgegenkommt, werden sie noch politisch entrechtet durch die Wahlkreisinteilung, die die ländliche Bevölkerung bevorzugt, und werden sozial geschädigt durch die Forstpolitik. So etwas ist nur möglich in dem Junkerstaate Preußen.

Auf einen ganz anderen Standpunkt stellt sich der Staat angesichts unserer Forderung auf

Verpachtung von Jagden.

Hier nimmt man Rücksicht auf das sogenannte ideale Moment zur Ausübung der Jagd durch die Forstbeamten. Auf ein paar Millionen mehr oder weniger kommt es da dem Staate nicht an. Gegenwärtig beträgt der Ertrag aus den Jagden nur etwas über eine halbe Million, eine geradezu lächerliche Summe. Nach der letzten existierenden Jagdstatistik aus dem Jahre 1885 ist damals in den preussischen Wäldern Wild im Werte von 12 000 000 M. erlegt worden. Inzwischen hat das Wild sicher nicht abgenommen, sondern zugenommen und der Wert dieses Wildes ist damals auch außerordentlich niedrig angeätzt worden. Haben sich zum Beispiel mit 2-2,50 M. bemerkt worden. Wir können also annehmen, daß sich der heutige Wert des in Preußen erlegten Wildes auf mindestens 15 000 000 M. beläuft. Es ist nun höchst eigenartig, daß in dieser Statistik der Wert des in den Staatsforsten erlegten Wildes ein außerordentlich niedriger ist, nicht etwa 3 200 000 M., entsprechend der Tatsache, daß 80 Proz. des Waldbestandes Staatsforsten sind, sondern nur 622 000 M. Auch wenn wir berücksichtigen, daß Reblühner und Hasen auf dem Felde geschossen werden, so bleibt doch das Wildverhältnis ein außerordentlich großes. In Ostpreußen z. B., wo die Staatsforsten 57 Proz. ausmachen, beträgt der Wert des in nichtforstlichen Teilen erlegten Wildes 478 000 M., des auf forstlichem Gebiet erlegten 48 507 M. (Hört! hört!) und dies verblühende Wildverhältnis zeigt sich überall. Die einzige Erklärung liegt darin, daß in Staatsforsten das Wild geschont wird, damit es in den näch-

staatlichen Gebieten abgeschossen wird. Eine solche Politik, durch die die Jagden der Privaten, vor allem der Großgrundbesitzer begünstigt werden, können wir nicht gutheißen. Die Staatsforsten bilden nicht das Wildreservoir für die Gemeindeforsten, wie ein konservativer Redner im vorigen Jahre sagte, sondern für die Privatforsten, die weit umfangreicher sind. Mit diesem System muß endlich einmal gebrochen werden, indem die Jagden der Staatsforsten verpachtet werden. Dabei könnten mindestens zwei bis drei Millionen Mark herausgeschlagen werden, die man zur Erhöhung der Löhne der Waldarbeiter benutzen könnte. An eine Ausrottung des Wildbestandes, die man bei der Verpachtung der Jagden befürchtet, denken natürlich auch wir nicht. Namentlich das Rehwild ist zweifellos eine Herde unserer Wälder. Aber der Abschlag läßt sich ja sehr leicht regeln. Jeder Forstbeamte kennt ungefähr den Wildbestand seines Reviers und kann jederzeit kontrollieren, wieviel abgeschossen wird. Eventuell könnte ein bestimmter Preis für den Abschlag des Stück Wildes erhoben werden. So wird es in Deutsch-Ostafrika gemacht, und wenn die Kontrolle in dieser Kolonie möglich ist, wird sie doch auch in Preußen durchgeführt werden können. Man kann ja begreifen, aus welchen Gründen die Herren Großgrundbesitzer dagegen sind, daß ihnen dies Wildreservoir der Staatsforsten genommen wird, wir haben aber auf die privaten Interessen der Großgrundbesitzer keine Rücksicht zu nehmen, und muß das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegen. Wenn man behauptet, die Forstbeamten würden das Interesse für die Waldpflege verlieren, wenn man sie des Vergnügens der Jagd beraubt, so ist das eine Beleidigung unserer Forstbeamten. Wir sind überzeugt, unsere Forstbeamten sind so tüchtig, daß sie auf jeden Fall die nötige Sorgfalt auf die Pflege des Wildes verwenden werden.

Ueber die

Verhältnisse der Waldarbeiter,

ihre Löhne, Beschäftigungszeit usw. haben wir leider keine genauen Mitteilungen erhalten. Der deutsche Forstwirtschaftsrat hat eine Umfrage über diese Verhältnisse veranstaltet, die aber einseitig von den Forstbesitzern ohne Beteiligung der Arbeiter ausgeht. Wir verlangen, daß uns eine zuverlässige Statistik über die Lage der Forstarbeiter vorgelegt wird, wie das in Oesterreich geschehen ist. Dort ist ein Forstarbeiterauschuß gewählt worden und bei Ausarbeitung der Statistik sind die Forstarbeiter und ihre Organisationen hinzugezogen worden. Daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der preussischen Arbeiter noch sehr verheerend bedürftig sind, dafür bedarf es bei und kaum eines Beweises. In der Oberförsterei Dassel z. B. beträgt der Tagelohn der Forstarbeiter 2,10 Mark, weniger als der ursprüngliche Tagelohn, der dort 2,80 Mark betrug. Hier wird auch, wie fast überall, Klage geführt über Lohnnachteile zugunsten der Vorarbeiter, der sogenannten Regimenter, die den Forstarbeitern gemacht werden. In Dassel betrug der Lohnabzug 3 Proz., in anderen Gegenden geht er bis 5 Proz. Aus Schleswig-Holstein wird Klage darüber geführt, daß Forstarbeiter wochenlang auf ihren Lohn haben warten müssen und ihn dann nicht einmal in voller Höhe bekamen. Ich hoffe, daß die Forstverwaltung sich nicht von dem Geiste beeinflussen läßt, der auf der 16. Tagung des Deutschen Forstwirtschaftsrates herrschte. Dort sagte zum Beispiel ein Herr v. Wodewitzing: Je mehr die Löhne der Forstarbeiter steigen, desto eher sind die Arbeiter geneigt auszuweichen, wenn man sie braucht. Man handele im Interesse der Arbeiter, wenn man sie darauf hinweise, daß fortgesetzte Lohnsteigerungen nicht zu ihrem Segen seien. Die Mehrheit des Forstwirtschaftsrates war übrigens auch der Meinung, daß zur Erzielung eines tüchtigen, leistungsfähigen Waldarbeiterstandes anständige Löhne gehörten. Besonders niedrig sind die Löhne natürlich in Ostelbien, dort betragen sie 1,00-1,50 M.

Man hat sich nun bemüht, sich dadurch tüchtige Arbeiter zu schaffen, daß man die Forstarbeiter sehaft macht, aber man hat dabei auch wieder die Furcht, man könnte auf diese Weise sozialdemokratische Arbeiter anziehen, die man dann nicht wieder los würde. Man macht daher die Anwesen so klein, daß die Besitzer von dem Ertrage ihres Landes unter keinen Umständen leben können. Diese ganze Anstehelungspolitik läuft schließlich auf nichts heraus, als auf Lohndrückerei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokr.) Weiter wird darüber gesagt, daß vielfach von Forstbeamten ein unzulässiger

Terroismus gegenüber den Forstarbeitern

ausgeübt wird, indem man eine politische Bestimmung, die dem Vorgelegten unangenehm ist, auf jede Weise unterdrückt. So sind nach einem Bericht der massurischen Zeitungen Forstarbeiter sogar deshalb gemahnt worden, weil sie den nationalliberalen Kandidaten Kochmann gewählt hätten. (Hört! hört! bei den Soz.) Sehr bedauerlich ist es auch, wenn man den Organisationsbestrebungen der Forstarbeiter entgegentritt und es wäre aus schärfste zu verurteilen, wenn die Regierung den Versuch machen wollte, dem Verbands der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Hindernisse in den Weg zu legen. Fast in allen übrigen Staaten Deutschlands machen die Regierungen diesem Verbands keinerlei Schwierigkeiten. Er ist anerkannt in Bayern, von der württembergischen und selbst von der sächsischen Regierung. Ich hoffe, daß die preussische Regierung an sozialer Einsicht nicht länger hinter diesen Staaten zurückbleiben wird. Der christliche Verband wird ja von der Regierung toleriert. Das spricht gewiß nicht zu seinen Gunsten, denn ein Verband, der heute bei den preussischen Behörden gut angezogen ist, liefert dadurch den Beweis, daß er nicht allzu ernsthaft für die Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiter eintritt. Die Herren der Rechten fürchten jedenfalls, daß durch die Entwicklung der Organisationen der Land- und Forstarbeiter auch sie gezwungen werden könnten, ihren Forstarbeitern höhere Löhne zu zahlen. Sollten die Herren Junker aus diesen Gründen etwas die Regierung gegen den genannten Verband scharf gemacht haben, so hoffe ich, daß die Forstverwaltung sich dadurch nicht einschüchtern lassen, sondern die Interessen der Arbeiter ebenfalls wahrnehmen wird. Dieser Verband ist kein politischer, sondern ein rein wirtschaftlicher Organisationsverband, das haben verschiedene Landgerichte anerkannt.

Wir fordern für die Forstarbeiter Erhöhung der Löhne, Regelung der Arbeitszeit, Einführung von Arbeiterauschüssen, Witwen- und Waisenernährung, Wünsche, wie sie vom Bayerischen Landtag vertreten worden sind. Auf die Herren der Rechten werden wir in Preußen dabei ja nicht zu rechnen haben. So lange das Dreiklassenwahlrecht, das Geld- und Wahlrecht besteht, werden in diesem Junkerparlament alle Anstrengungen gemacht werden, um eine vernünftige Sozialpolitik zugunsten der Forstarbeiter zu verhindern. Die Forstarbeiter werden daraus den Schluß ziehen, daß auch sie dafür kämpfen müssen, daß endlich auch in Preußen ein vernünftigeres Wahlrecht durchgeführt wird.

**Abg. Müller-Prüm (Z.)** bemängelt die jetzige Art des Wildschadensjahres durch die Gemeinden.

**Abg. Hammer (L.)** wendet sich gegen einen Verkauf der Wälder am nördlichen Ufer des Schlahtensees.

**Abg. von Balow-Homburg** wünscht, daß der Fiskus größere Waldverkäufe nicht ohne die vorherige Genehmigung des Landtages vornimmt.

**Minister von Schorlemer:** Wie ich bereits den Vertretern des Landtages zu gründlichen Zweifeln gegenüber gesagt habe, kann der Forstetat seinen Besitz in der Nähe der Großstädte nicht verkaufen, aber er bedenkt auch, daß die Annahme der städtischen Bevölkerung den Wert dieser Grundstücke gesteigert hat, und daß er von den Städten nicht die äußersten Preise fordern müsse. Auch der Staat hat ein Interesse daran, so großen Menschenansammlungen entsprechend Luft und Bewegung zu verschaffen. Die Arbeitszeit der Waldarbeiter beträgt durchschnittlich im Sommer ungefähr 9,9 Stunden und im Winter ungefähr 8,1 Stunden. Vierhundert der Waldarbeiter sind sog. Saisonarbeiter, die im Winter in den Städten arbeiten. Die Lage der Waldarbeiter ist wirklich nicht so trübsalig. Die Leute haben beinahe kostenlose Wohnung. Sie zahlen im Höchstenfalls 30 M. Miete und haben eine Reihe Nebeneinnahmen. Die Löhne sind nicht unerheblich aufgebessert

worden. Daß die Forstarbeiter selbst nicht ihre Lage so kümmerlich ansehen, ergibt die Tatsache, daß 1903, wo der große Schneeebruch in Ostelbien war, ein großer Teil der in die Industrie abgewanderten Waldarbeiter sofort zurückkehrte, um im Walde weiter zu arbeiten. (Hört! hört! rechts.)

Ein besonderes Bedürfnis für eine Organisation der Waldarbeiter kann ich nicht anerkennen.

(Sehr richtig! rechts.) Ich habe keine Absicht, von den Grundbesitzern des gewerblich-arbeiterfreundlichen Staatsministers Herrn v. Berlepsch abzuweichen, der gesagt hat: „An und für sich gehören Mitglieder einer Partei, deren Ziele auf Zerstörung des Staates gerichtet sind, in staatliche Betriebe nicht hinein. Man kann aber den im staatlichen Betriebe beschäftigten Arbeiter auf sein politisches Glaubensbekenntnis nicht untersuchen. Wenn er sich aber an sozialdemokratischer Agitation beteiligt, die darauf gerichtet ist, den Frieden zwischen der Verwaltung und den Arbeitern zu zerstören, dann wird er aus der Arbeit der staatlichen Betriebe entlassen.“ (Beibehalter Weisall rechts.) Wenn der einzelne Oberförster zu der Ansicht kommen sollte, daß es sich mit der Arbeit in seinem Betriebe und mit dem Frieden unter den Arbeitern und ihren Arbeitgebern nicht vertragen sollte, dort organisierte Arbeiter zu beschäftigen, so werde ich ihn keinesfalls hindern, die organisierten Arbeiter zu entlassen.

(Weisall rechts. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn uns Süddeutschland als Muster vorgehalten wird, so darf ich doch bei aller Bundesfreundlichkeit hier offen aussprechen, daß sich nicht eins für alle sieht, daß wir zunächst vor unserer eigenen Tür lehren haben, unsere sozialen Rezepte aus Süddeutschland zu holen. (Weisall rechts.)

**Abg. Frey v. Malsahn (L.):** Der Standpunkt des Ministers in der Organisationsfrage der Forstarbeiter findet durchaus unsere Billigung. (Weisall rechts.)

**Abg. Lüders (L.)** bittet, den kleinen Gewerbetreibenden den Bezug von Kuchholz aus den forstlichen Forsten zu erleichtern.

**Abg. Weisermel (L.), Abg. Geisler (Z.), Abg. Hammer (L.)** besprechen lokale Fragen.

**Abg. Busch (Z.):** Die Stellungnahme des Ministers in der Organisationsfrage hat uns einigermaßen überrascht. Wir hätten gewünscht, daß er zwischen christlichen Organisationen und den sozialdemokratischen unterschieden hätte. (Sehr richtig! im Zentrum.)

**Minister v. Schorlemer:** Wenn ich ein Bedürfnis für die Organisation der Waldarbeiter nicht anerkenne, so trifft das allerdings jede Organisation. Ich habe aber ausdrücklich hervor, daß Maßnahmen, die eventuell gegenüber einer staatsfeindlichen Agitation notwendig werden, natürlich auf die christlichen Verbände keine Anwendung finden sollen.

**Abg. Ströbel (Soz.):**

Die Erklärung des Ministers hat bewiesen, daß Preußen in Bezug auf Sozialpolitik im Reiche nicht vorangeht, sondern weit zurückbleibt. Ich protestiere gegen diese Erklärung in schärfster Weise. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Billigung der Rechten begreife ich. Wenn die Löhne der forstlichen Forstarbeiter erhöht werden, dann müssen die privaten Waldbesitzer folgen. Sie verlangen also in ihrem Interesse, daß der Staat verbündet, daß der Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter bei den Staatsvorbeurteilern Eingang findet.

Das Interesse der Junker ist, wie immer, auch dreimal für unsere Regierung maßgebend.

Daß die Organisation den Frieden zu untergraben suche, ist nur eine Ausrede. Es ist ein Skandal, daß die preussische Regierung den Arbeitern ein Recht verweigert, das ihnen die meisten deutschen Staaten zubilligen. Dadurch beweist die Regierung nur, daß die Regierungsvorsteher

ein Instrument des Unternehmertums und Handlanger der Junker

sind. Bedauerlich ist, daß der Vertreter des Zentrums nichts gegen diese Stellung des Ministers gesagt hat. Wir verlangen, daß alle Organisationen gleichberechtigt sind. Wenn man freilich alle Organisationen, die wirklich Arbeiterinteressen vertreten, sozialdemokratische nennt, dann stellt man der Sozialdemokratie ein glänzendes Zeugnis aus. (Sehr gut! b. d. Soz.) Jedenfalls hat keine der bestehenden Organisationen das Recht, eine besondere Begünstigung durch den Staat zu verlangen. Wenn das Zentrum wünscht: Die christlichen Organisationen sollen gebildet werden, die sozialdemokratischen können verfolgt werden, so ist das ein Standpunkt der brutalen Arbeiterfeindschaft. (Beibehalter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

**Minister v. Schorlemer:** Der Herr Vorredner hätte vielleicht recht, wenn das Wohl und das Glück der Arbeiter nur auf dem Wege der Erfüllung sozialdemokratischer Forderungen gefunden werden könnte. (Sehr wahr! rechts.) Die große Mehrheit dieses Hauses ist wohl mit mir der Meinung, daß man in der Fürsorge für die Arbeiter gewiß so leicht nicht zu weit gehen kann, daß es aber dazu sozialdemokratischer Hilfe absolut nicht bedarf. (Bravo! rechts.) Die Erfahrungen, die im vergangenen Jahre in Frankreich gemacht worden sind, können wahrhaftig den Staat als Arbeitgeber nicht veranlassen, für eine Organisation der Arbeiter in Staatsbetrieben irgendwie die Hand zu bieten. (Bravo! rechts.)

**Abg. Busch (Z.):** Die christlichen Gewerkschaften erkennen den heutigen Verfassungsstaat an, während die freien Gewerkschaften, die doch nur ein Bestandteil der Sozialdemokratie sind, den Staat umstürzen wollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Daher muß der Staat unterscheiden zwischen christlichen und freien Gewerkschaften.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Einnahmen werden bewilligt, ebenso nach unwesentlicher Debatte der Rest des Etats.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Domänenetat, kleinere Vorlagen, u. a. Landgemeindeförderung für Hannover, Justizetat.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Hus aller Welt.

**Die Bergwerkskatastrophe im Ruhrgebiet.**

Die Schlagwetterexplosion im Schacht 3 der Gewerkschaft Deutscher Kaiser bei Hamborn, über die wir in unserer Sonntagsnummer berichteten, hat nachträglich noch eine Reihe weiterer Todesopfer gekostet. Im Laufe des Sonntag und Montag sind von den in der Grube Verlegten im Hospital acht Mann gestorben. Die Zahl der infolge des Unglücks Getöteten beträgt somit elf. Acht Verlegte befinden sich noch im Krankenhaus; einer von ihnen liegt im Sterben.

Als Ursache der Katastrophe wurde festgestellt, daß kurz vor der Vesperpause ein Schuß im Nebengestein abgegeben worden ist, der wahrscheinlich einen kleinen Bläser freigelegt hat. Als dann nach der Pause der Schichtmeister vorläufigsmäßig eine Untersuchung auf Schlagwetter vornehmen wollte, haben sich nach Angabe des schwerverletzten Schichtmeisters die inzwischen angeammelten Gase auf bisher unaufgeklärte Weise an der Lampe entzündet.

**Mutter Erde bebt.**

Aus den verschiedensten Weltgegenden kommen telegraphische Meldungen über Bodenbewegungen, die für die nächsten Tage stärkere Erdbeben und vulkanische Ausbrüche befürchten lassen. In der schwedischen Stadt Karlstad wurde in der Nacht zum Montag ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt. Auf einem



Nähe in der Stadt entstand eine schmale Erdspalte, die sich quer über den Platz von Osten nach Westen zieht. Auch aus Smedjebaden in Dalarna wird ein um die gleiche Zeit aufgetretenes Erdbeben gemeldet.

Die Erdbeben in Zentralasien dauern immer noch an. Auch gestern früh 5 Uhr wieder wurde in der Stadt Bjerni ein starker Erdstoß mit einer etwa 10 Sekunden währenden Bodenschwankung verspürt.

Auf der zu den Philippinen gehörenden Insel Luzon ist bei Taal ein vulkanischer Ausbruch erfolgt. Die Städte leiden in einem Umkreis von zwanzig Meilen unter Schlamm- und Steinmassen, die von dem Vulkan ausgeworfen werden. Die Eingeborenen verlassen die Dörfer und fliehen in die Berge. Zwanzig Eingeborene sollen in einer Flutwelle umgekommen sein.

Auch auf der Insel Neuseeland ist ein Vulkan in Tätigkeit getreten. Seit Sonntag heißt zum ersten Mal seit Menschengedenken der Krater des Vulkans Ngauruhoe glühende Asche aus. Die Behörden sehen darin den Vorläufer eines sehr heftigen vulkanischen Ausbruchs.

**Ein Scheiterhaufen im 20. Jahrhundert.**

In dem kleinen Städtchen Ruppertsdorf in der sächsischen Oberlausitz scheint die Hals- oder peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. noch Geltung zu haben. In dem genannten Städtchen wurde vor einiger Zeit ein grauenhafter Doppelmord verübt. Der Mörder war in einen Krämerladen eingedrungen und hatte am besten Tage die Ladeninhaberin nebst Tochter erschlagen. Seine Beute betrug nur 40 M. Auf den Mörder wurde lange gefahndet, endlich wurde er in der Person des 27-jährigen Bauarbeiters Sühmann ermittelt. Der Doppelmörder legte auch alsbald ein umfassendes Geständnis ab und befindet sich augenblicklich im Untersuchungsgefängnis zu Dauen. Er behauptet, durch schlechte Lektüre auf die Bahn des Verbrechens gekommen zu sein. Der Raubmörder Sühmann war in seiner Heimat Ruppertsdorf Mitglied der freiwilligen Feuerwehr. Bei der am letzten Sonntag abgehaltenen Hauptversammlung der freiwilligen Feuerwehr wurde nun einstimmig beschlossen, des Doppelmörders Feuerwehrcrutzenfilien, bestehend in einer Bluse, zwei Joppen, Helm und dergleichen zu verbrennen, und dieser Akt, so geschah im Jahre des Heils 1911, fand am letzten Sonntag, nachmittags 4 Uhr, neben dem Steigerhause in Ruppertsdorf statt!

Das wohl einzigartige Vorkommnis dürfte bei den Schwarzen angenehme Hoffnungen erwecken, daß schließlich doch einmal wieder Folter und Scheiterhaufen aufzulesen, um unbehaglichen Begnern den Garaus zu machen.

**Schneestürme in Kaukasus.**

Aus verschiedenen Orten im Kaukasus werden Schneestürme gemeldet; mehrere Menschen sind umgekommen. Auf der Route Pori-Batum sind infolge Schneegestöber einige Züge in den kleinen Stationen oder auf freiem Felde stehen geblieben. Die ausgedienten Schneepflüge können nicht durch den Schnee dringen. Das Schicksal einiger mit Lebensmitteln ausgedienter Züge ist unbekannt.

**Ein Ueberlandflug.**

Der kanadische Flieger Mac Curdy unternahm gestern den Versuch, die 100 Meilen betragende Strecke Key West im Staate Florida bis Havana zu durchfliegen. Sein Flugzeug war für den Fall eines Absturzes in die See mit Pontons ausgerüstet. Mac Curdy ging 10 Meilen von Havana auf die See nieder und wurde gerettet.

**Nehmen ist feiliger denn geben.**

Die Säkularmenschen scheinen in der Abneigung gegen das plebejische Steuerzählen einander gleich sein. Wie es der „Reichschronist“ Bismarck gemacht hat, ist bekannt, und wir erleben eben wieder das begeisterte Schauspiel, wie die geborenen allerhöchsten Patrioten von Gottes Gnaden sich weigern, von ihren Grundstückspekulationen etwas in die Staatskasse fließen zu lassen. Eine Nachricht aus Amerika zeigt, daß Roosevelt, der beinahe den größten Mund unter allen Staatslenkern aufzuweisen hat, tatsächlich nicht mit Unrecht in Europa fürstliche Ehren gewiesen hat. Wie der „Soc. Dem. Herald“ mitteilt, ist dokumentarisch festgestellt, daß Roosevelt im Januar 1908 von Washington aus, um einer Besteuerung in Höhe von 50 000 Dollar zu entgehen, die eidesstattliche Erklärung abgab, daß er seit 1. Mai 1907 nicht mehr in New York gewohnt habe. Dabei hatte er aber in einem anderen „Affidavit“ vom 24. August 1907, um der Steuer in Dyster Van zu entgehen, dort schriftlich geschworen, daß er in New York wohnhaft sei. Diese Zweifeltätigkeit der Eidesstattklärung erinnert an unseren Herrn v. Wedell-Piesdorf, der, zum preussischen Hausminister befördert, im Reichstag erklärte, daß das kein Staatsamt sei, um sein Mandat zu behalten — nachher aber bei der Steuereinschätzung; daß es doch ein Staatsamt sei, um die halbe Steuer zu sparen. Die großen Männer sind einander allerorten sehr ähnlich. — Im Patriotismus und in der Religiosität.

**Kleine Notizen.**

Ein schwerer Eisenbahnunfall hat sich am Montagmorgen auf dem Bahnhof Belencin in der Provinz Posen zugetragen. Bei der Einfahrt eines Güterzuges entgleisten die Lokomotive und elf Wagen. Der Schaffner König aus Lissa wurde dabei getötet.

Wieder ein Bergwerkunglück. Auf der Beche Okerfeld im Ruhrgebiet wurden am Sonnabend vier Bergleute durch

herabfallendes Gestein verschüttet. Nach sechsstündiger Arbeit wurden zwei Bergleute tot, einer schwer und der vierte leicht verletzt geborgen.

Föhlischer Unfall eines Professors. Sonntagnachmittag gegen 2 1/2 Uhr wurde der Professor an der Bonner Universität Geheimrat Wilmanns von der Trambahn Bonn-Coblenz überfahren und getötet.

Räuberischer Ueberfall. In der Nacht zum Sonntag ist im Rathor der Assistent Broßig vom dortigen chemischen Institut für Nahrungsmitteluntersuchung von einem Unbekannten durch einen Messerstoß in den Rücken, der die Wirbelsäule traf, verletzt worden, daß er rechtsseitig völlig gelähmt ist und sein Zustand als hoffnungslos gilt.

Der schwarze Tod. Die Pestepidemie in Chardin dauert mit ungeschwächter Gewalt an. In den letzten 48 Stunden sind in der Stadt vierzig Personen, unter ihnen ein Europäer, an der Pest gestorben. Im Chinesenviertel Substadian starben während dieser Zeit 149 Chinesen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die rechtliche Sprechstunde Andre Lindenkrahe Nr. 69, vorn vier Treppen — 7 a h r a b l i —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags fort. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Anfragen trägt man in der Sprechstunde vor.

G. D. 107. Erkundigen Sie sich bei dem Transportarbeiterverband, Engländer 15. — N. 5. 1. Nur auf Antrag. 2. Sie können Auseinandersetzung fordern. 3. Die Hälfte des gesetzlichen Erbtells. 4. Herausgabe fordern, auch beim Nachlassgericht die Bestellung eines Nachlasspflegers beantragen. — St. 224. In den Vorstufen der Veranlagungskommission, Fiskus, 68/90. — N. W. 29. 1. Ja, soweit sie ohne Verjährung ihres eigenen Unterhalts dazu imstande ist. 2. Die Ritterden haben Anspruch auf Auseinandersetzung. — S. H. 100. Es bleibt nur die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft übrig. — S. 70. Welten entscheiden wir nicht. — W. S. 118. Ja. Entziehung kann nur auf Grund eines ärztlichen Attestes erfolgen. — G. R. D. 34. Sie müssen reklamieren innerhalb der vierwöchentlichen Frist. — W. S. 100. Anstellungen erfolgen nur durch Vermittlung der gewerkschaftlichen Organisation. — S. S. 282. 1. Berufung. 2. Innerhalb eines Monats. 3. Ja, und zwar einen beim Landgericht III Berlin zugelassenen. Die Berufung kann nur durch einen Anwalt eingelegt werden. Kosten: 40 bis 50 M. 4. Beschwerde findet nicht statt. 5. Auf die Berufung wird vor dem Landgericht III verhandelt. — S. 37. 1. Wenn das Statut nichts anderes befragt, halten wir die Kasse für zahlungspflichtig. 2. Klage beim Amtsgericht, wenn nicht etwa im Statut vorgegeben ist. — N. 100. Als Scheidungsgrund verfährt. — St. 5. 1. Verjährung liegt nicht vor. 2. Ja, falls die Zwangsvollstreckung fruchtlos ausfällt. 3. Zunächst muß der Austritt bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte angemeldet werden. Sie erhalten alsdann eine Vorladung. — S. W. 100. Die Gesellschaftsrichte gilt nur für weibliche Arbeitertinnen. — S. 2. 0088. Vom Lohn etwa 3 bis 4 M. wöchentlich. — N. S. 100. Ja, die Hauptforderung und die Zinsen für die letzten 4 Jahre. — S. St. 100. Wenn es sich um eine Warenlieferung für den Privatgebrauch handelt, so ist der Anspruch verjährt. — S. W. 1185. Fordern Sie den Schuldner unter Erhebung einer Frist zur Einlösung des Pfandes unter der Androhung auf, daß Sie den Gegenstand nach fruchtlosem Ablauf der Frist versteigern lassen werden. Nach Ablauf der Frist kann ein Gerichtsbescheid mit der Versteigerung beauftragt werden. Der Versteigerungstermin, von dem der Schuldner Kenntnis erhalten muß, darf aber nicht früher als ein Monat nach Empfang der Androhung stattfinden.

**Leisler**

**Heute Dienstag**  
nachmittags 4 Uhr  
**Eröffnung**  
unserer neuen 7. Verkaufsstelle  
**Tauentzienstr. 20**  
Ecke Passauer Straße.

Unsere 5 großen Schaufenster weisen die letzten Schöpfungen der Schuhmode auf, deren exklusiver Schick bei größter Preiswürdigkeit den höchsten Anforderungen entspricht.

**In teurerer Zeit**

leisten **MAGGI'S Suppen**

der sparsamen Hausfrau vorzüglichste Dienste. Nach wie vor kosten sie nur 10 Hg. (Ein Würfel für 2-3 Teller.) Sie schmecken, nur mit Wasser kurze Zeit gekocht, ebenso kräftig wie die beste mit Fleischbrühe hergestellte Suppe. Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen (Schuhmarke Kreuzstein). Mehr als 30 Sorten.

„MAGGI's gute, sparsame Küche“



Inserem allseitig verehrten Kollegen  
**Karl Mischke**  
 und seiner treuen Lebensgefährtin bringen wir zur  
**Feier ihrer Silberhochzeit**  
 unsere  
 herzlichsten Glückwünsche dar.  
 Verband der freien Gastwirte.  
 Verwaltungsstelle  
 Treptow-Bannschuldenweg.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Arbeiter  
**Ludwig Degner**  
 am Sonntag, den 28. Januar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden im 62. Lebensjahre an Herzschwäche gestorben ist.  
 Dies zeigen tiefbeträbt an  
**Die trauernde Gattin**  
 nebst Kindern.  
 Niddorf, Rogastr. 41.  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Februar, nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr, von der Halle des Neuen Niddorfer Gemeinde-Friedhofes, Gottlieb-Dunfelstraße aus statt. 29106

Sozialdemokratischer Wahlverein  
**Rixdorf.**  
 Am 28. Januar verstarb unser Mitglied, der Arbeiter  
**Ludwig Degner**  
 Rogastr. 41 (15. Bez.)  
 im Alter von 61 Jahren.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
 Regge Beteiligung erwartet  
**Der Vorstand.**  
**Nachruf!**  
 Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unsere Mitglieder, der Stukkateur  
**Eduard Boll**  
 (14. Bezirk)  
 und der Raumer  
**Karl Gorzitze**  
 (1. Bezirk)  
 verstorben sind.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
**Der Vorstand.**

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maler  
**Reinhold Müffke**  
 verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 31. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
 128/7 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Einseher  
**Albert Lyczyk**  
 am 21. Januar verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Februar, vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 78/6 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Zahlstelle Rixdorf.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Rudolf Uner**  
 am 28. Januar gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 31. Januar, nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 78/6 Die Ortsverwaltung.

Für die überaus rege Teilnahme an der Sitten, aber doch erhebenden Begräbnisse meines Sohnes sowie für die großen Krankspenden von Vereinen, Werkstättenkollegen und Freunden sage ich nebst Angehörigen meinen innigsten Dank.  
**A. Hannemann.**

Am Sonntag, den 28. Jan., abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter  
**Paul Lorenz**  
 im Alter von 41 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
 Das Personal der Königl. Hofbuchdruckerei E. S. Mittler & Sohn.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Februar, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, auf dem Treptower Kirchhof, Neue Krugallee, statt. 29226

Allen Bekannten und Genossen, die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter  
**Marie Schicke** geb. König  
 nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. 28542  
 Um Milde Bittet  
**Albert Schicke und Kinder,**  
 Kuglerstr. 43.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gethsemane-Friedhofes, Nordend aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, des Restaurateurs  
**J. Bieda**  
 sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.  
**Frau Anna Bieda,** Stallstr. 142.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Zeitungsträgerin  
**Marie Schicke**  
 am 28. d. Mts. im Alter von 40 Jahren verstorben ist. [85/19]  
**Ehre ihrem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am 1. Februar d. J., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Bezirksverwaltung.**

**Todes-Anzeige.**  
 Am Sonntag, den 29. Januar, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter  
**Anna Pahl**  
 geb. Sige.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Golgatha-Kirchhofes, Varusstraße, aus statt. 28572  
**Richard Pahl**  
 nebst Kindern.

**Verleih-Institut:**  
 Friedrichstr. 115/1, a. Orabg.  
 Tor. Eleg. Grad, Gehrod  
 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

# Sozialdemokratischer Wahlverein

des

## VI. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 31. Januar 1911, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:

### 13 Mitglieder-Versammlungen

- in folgenden Lokalen:
- |  |  |
|--|--|
| 1. Abteilung: Obiglos Festsäle, Schwerter Str. 23/24.      | 8. Abteilung: Moabiter Bürgersäle, Seuffertstr. 9.                 |
| 2. Abteilung: Berolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28.     | 9. Abteilung: Pharus-Säle, Mäckerstraße 142.                       |
| 3. Abteilung: Konzerthallen Söblich, Vornholmer Str. 7.    | 10. Abteilung: Pharus-Säle, Mäckerstraße 142.                      |
| 4. Abteilung: Borussia-Säle, Adlerstraße 6/7.              | 11. Abteilung: Cranz' Festsäle, Söblicher Straße 8.                |
| 5. Abteilung: Humboldt-Säle, Süssenerstraße 40.            | 12. Abteilung: Frankes Festsäle, Söblicher Straße 19.              |
| 6. Abteilung: Gesellschaftshaus H. Schölzel, Bouchstr. 12. | 13. Abteilung: Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42. |
| 7. Abteilung: Moabiter Gesellschaftshaus, Wielestr. 24.    |  |
- Tagesordnung:
1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
  2. Vortrag. 3. Diskussion.
- Referenten: Dr. Alfred Bernstein, Karl Bethke, Dr. Oskar Cohn, Adolf Domnick, Ferdinand Ewald, Theodor Fischer, Dr. Karl Liebknecht, Robert Leinert, Carl Leid, Gustav Nathow, Max Schütte, Albert Störmer, Dr. Hermann Weyl.
- Mitgliedsbuch legitimiert. 294/14\* Der Vorstand.

IWO PUNONY.

Ein interessantes Wachstum!

1903 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 1909

Dieses Bild zeigt - in genauen Maßen - die enorme Umsatzsteigerung von PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) in Deutschland innerhalb der letzten 7 Jahre. - Ein stärkerer Beweis für das Bedürfnis nach PALMIN und PALMONA und für die Beliebtheit unserer Produkte ist kaum denkbar.  
**H. SCHLINCK & CIE., A.-G.**

**Salem Gold**  
 Cigaretten  
**Etwas für Sie!**  
 № 4, 5, 6, 8, 10  
 Preis 4, 5, 6, 8, 10 Pfg. d. St.  
 Orient. Tab. u. Cigaretten-Fabz.  
 „Yenidze“  
 Inh. Hugo Zietz, Dresden

Erhältlich in den Cigaretten-Geschäften wo dieses Plakat sichtbar ist!

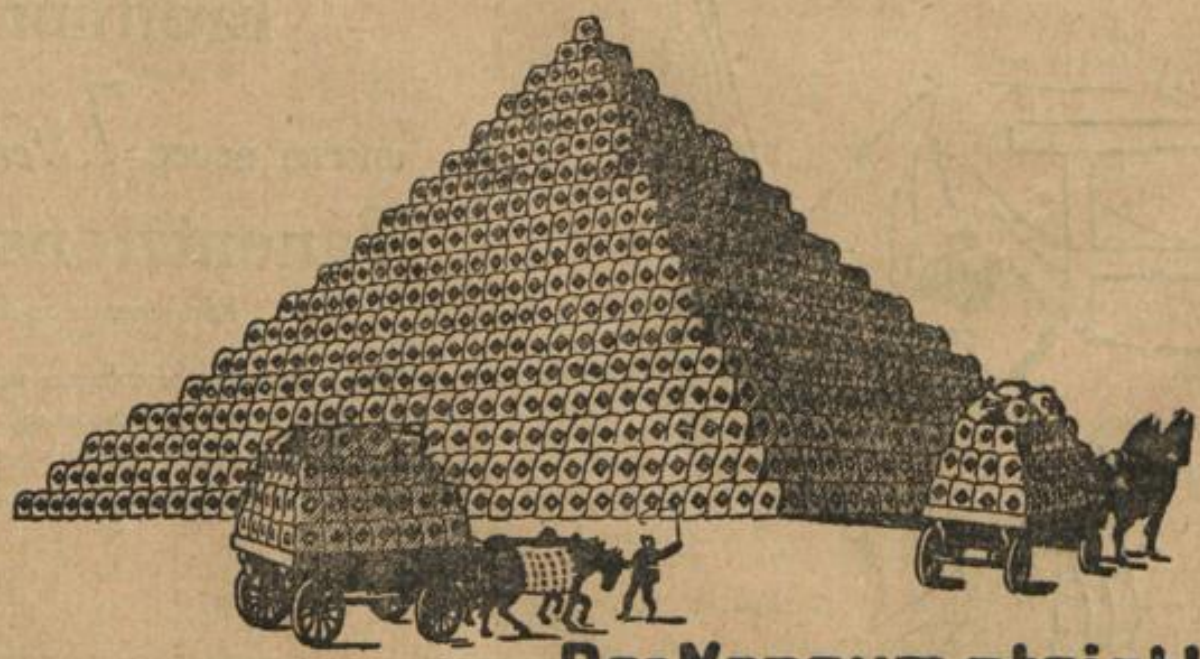
**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Princesstr. 41, Moritzplatz,  
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Lege-Hühner,**  
 garantiert junge, beste Lege, Std. 2<sup>1/2</sup> W., empfiehlt F. Wegner,  
 Berlin SO., Mariannenstr. 34.  
 Große heimische, delikate 270/5\*  
**Harzer Landkäse**  
 Kiste mit 55 Stk. für M. 3.50 fr. R.  
 G. Mackenrodt, Quedlinburg 10.

Nach langem schwerem Leiden starb am Sonntag meine liebe Frau, unsere Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante 29126  
**Berta Fischer**  
 geb. Schiffke.  
 Dies zeigt tiefbeträbt an im Namen der Hinterbliebenen  
**Wilhelm Fischer,**  
 Gesselnwinkel, Kastanienstr. 16a.  
 Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 1. Februar, von der Kapelle in Gesselnwinkel aus statt.

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Krankspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres Vaters 29065  
**Oskar Werra**  
 sagen wir allen Kollegen, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Grunwald für seine schlichten, herzlichen Worte am Sarge des Entschlafenen, sowie den Kollegen vom Gesangsverein „Lyopographia“ für den erhebenden Gesang, der Geschäftsleitung und dem Personal der Vormärts-Buchdruckerei, dem Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, dem Wahlverein des 2. Kreises unseren innigsten Dank.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Krankspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes  
**Albert Barmeister**  
 sage allen dankbar Beteiligten, insbesondere dem Vorstande und den Kollegen der Ortskrankenkasse der Kaufleute, dem Verbands der Bureauangestellten sowie dem Genossen Rannke für die trotzigen Worte am Grabe meinen innigsten Dank.  
 Die trauernde Witwe  
**Berta Barmeister.**



## Der Konsum steigt!

Die Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft, Bremen, bringt sechs verschiedene Qualitäten ihres coffeinfreien „Kaffee Hag“ in Paketen à 1/2 und 1/10 Kilo in den Handel. Zur Herstellung einer einzigen dieser sechs Nummern empfindet man kürzlich wieder durch den Segler „Antje“ 7500 Sack besten Kaffee alter Ernte. Wieviel das ist, davon gibt obige Abbildung einen ungefähren Begriff.  
 Der Konsum des coffeinfreien „Kaffee Hag“ (Schutzmarke Rettungsring) steigt fortgesetzt, weil ihn jeder, der ihn einmal versucht hat, wegen seines vorzüglichen reinen und feinen Geschmacks und Aromas sowie wegen seiner gesundheitslichen Eigenschaften schätzt.  
 Der einzige reine Tropenkaffee, den Herz-, Nieren-, Nerven- und Stoffwechseltränke sowie Kinder und stillende Mütter unbedenklich trinken dürfen. Das beste Abendgetränk, da er keine Schlaflosigkeit verursacht. Wird in allen besseren Hotels und Cafés auf Wunsch serviert. Überall zu haben.

**Schallplatten**  
**Verleih-Institut.**  
 Versand auch nach auswärt. Prospekt gratis und franko.  
**Karl Horbs, Berlin 50,**  
 Neue Königstraße 38.



Die Kreis-Generalversammlung von Niederbarnim.

Der sozialdemokratische Kreiswahlverein für Niederbarnim hielt am Sonntag im „Café Bellevue“ zu Nummelsburg seine Generalversammlung ab.

Lann gab Genosse Brühl den Tätigkeitsbericht.

der sich auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1910 erstreckt. Es sind in der Zeit wiederum große Fortschritte gemacht worden, nicht nur hinsichtlich der Mitgliederzahl, sondern auch im Ausbau der Organisation in den verschiedenen Orten.

Die Abrechnung für die Berichtszeit schließt mit 29 683,88 M. Einnahmen und 17 163,52 M. Ausgaben ab und mit einem Kasseebestand von 12 520,34 M. gegenüber 6407,75 M. am ersten Halbjahr 1910.

In der Diskussion gibt Genosse Schmidt-Rohlfedorf Auskunft über die Mitgliederbewegung an jenem Orte, um nachzuweisen, daß dort nichts veräußert worden und ein Rückgang nicht eingetreten ist.

Genossin Arendsee-Teigel: Unsere nächste Aufgabe muß vor allem auch die Schulung der Frauen sein. Die Besessenden haben in dieser Hinsicht schon viel geleistet.

Hierauf wurde das Ergebnis der Mandatsprüfung bekanntgegeben. Es sind 126 Vertreter anwesend, und zwar 86 Delegierte der Bezirksabteilungen, 34 Bezirksleiter und 16 Vorstandsmitglieder.

Sodann hielt Reichstagsabgeordneter Stadthagen einen Vortrag über: Die bevorstehende Reichstagswahl.

Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde Genosse Stadthagen einstimmig wiederum als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Niederbarnim aufgestellt.

Der darauf folgende Punkt der Tagesordnung waren Anträge der Bezirke

zur Ueberweisung an Groß-Berlin. Einstimmig wurde der Antrag Lichtenberg gutgeheißen: Die Gewerkschaftszugehörigkeit der Parteigenossen ist nachzuprüfen, um den Beschlüssen des Mannheimer Parteitags nachzukommen.

Ebenfalls auf Antrag von Lichtenberg erklärte die Versammlung sich gegen eine Stimme mit dem Antrag einverstanden: Die Zeitungskommissionen sollen auch für die Zukunft als Bescheidungskommissionen bestehen bleiben resp. wieder eingeführt werden.

Ein dritter Antrag Lichtenberg, das Material über den Moabit-Prozess als Agitationsbroschüre herauszugeben, war ebenfalls gutgeheißen, da der Zentralvorstand dies bereits beschlossen hat und die Broschüre schon in Arbeit ist.

Der Kreis möge auf das Erscheinen einer Montagsabendausgabe des „Vorwärts“ hinwirken, insbesondere während der Reichstagswahlbewegung, wurde einstimmig angenommen.

Genosse Sorauer-Waidmannsluß begründete den Antrag. Die Sozialdemokratie wird von den Haus- und Grundbesitzervereinen meist heftig bekämpft, und die Genossen, die dort Mitglied sind, kommen in Widerspruch mit dem Parteiprogramm.

Zur Begründung des Zusatzantrages führte Genosse Schönborg aus, daß die Genossen, die etwas Land besitzen, eine ganze Reihe Interessen preisgeben müßten, wenn man ihnen unter allen Umständen verbieten wollte, Mitglieder solcher Vereine zu sein.

Nachdem sich noch einige Redner zu dem Antrag geäußert hatten, trat auf Antrag von Genossen Mirus Debattenschluß ein. Der Antrag von Waidmannsluß wurde dann ohne den Zusatzantrag mit starker Mehrheit gutgeheißen.

Das Wiederaufnahmeverfahren des Essener Meineidsprozesses. (Unber. Nachdr. verb.) Essen, 30. Januar 1911. Telegraphischer Bericht.

Das Wiederaufnahmeverfahren des Meineidsprozesses (siehe auch den Leitartikel in der Sonntagnummer des „Vorwärts“) gegen das Vorstandsmitglied des Deutschen Bergarbeiterverbandes, den einstigen Kaiserdelegierten Ludwig Schröder-Vochem, und Genossen nimmt am heutigen Montag vor dem Essener Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors König seinen Anfang.

In demselben Saale, in dem vor 15 Jahren die Angeklagten wegen Meineids verurteilt wurden, begann heute das Wiederaufnahmeverfahren. Der Zuschauerraum ist fast ganz durch die Pressefülle ausgefüllt (in der vorigen Verhandlung waren die Plätze im Sitzungssaal selbst), deshalb sind nur noch wenige Karten für das Publikum ausgegeben worden.

Bei Beginn unserer gemeinsamen Arbeit begrüßte ich Sie, meine Herren Geschworenen. Es ist eine besonders schwere und verantwortungsvolle Aufgabe, welche Sie erwartet.

Der Beginn unserer gemeinsamen Arbeit begrüßte ich Sie, meine Herren Geschworenen. Es ist eine besonders schwere und verantwortungsvolle Aufgabe, welche Sie erwartet. Die erste Woche wird ausgefüllt werden von der durch das Oberlandesgericht angeordneten Wiederaufnahme und Erneuerung des Meineidsprozesses Schröder und Genossen vom Jahre 1895.

Genosse Schmidt-Rohlfedorf: Unsere nächste Aufgabe muß vor allem auch die Schulung der Frauen sein. Die Besessenden haben in dieser Hinsicht schon viel geleistet. Es gibt jedoch einige Orte, die noch nicht an eine solche Einrichtung herankommen.

Nach kurzen Schlussbemerkungen der Genossen Wühler und Brühl war die Diskussion beendet.

in weiteren Kreisen wurden Zweifel laut, obwohl der Schuldbeweis in weitestem Maße geführt worden sei. Diese Kritiken hier zu prüfen, ist nicht unsere Aufgabe. Sie, meine Herren Geschworenen, haben die Sachlage als solche zu prüfen und zu erwägen, ob bei der erneuten Prüfung der Sachlage die Angeklagten der Schuld wieder überführt werden können.

Ludwig Schröder ist 1848 geboren und bekleidet jetzt das Amt des zweiten Vorsitzenden im Deutschen Bergarbeiterverband. Er ist Vater von 10 Kindern, Inhaber der Kriegsdienstmedaille von 1870/71 und der Landwehrauszeichnung zweiter Klasse.

Der Angeklagte Thiel dagegen hat inzwischen bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft als Präfer Stellung genommen, während der Letzte Angeklagte Wisting wiederum noch heute Bergarbeiter ist.

Der heutige Verhandlung liegt der Eröffnungsbeschluss aus dem Jahre 1895 zugrunde. Durch den Beschluss des Oberlandesgerichts Hamm ist das Verfahren zurückverlegt worden in das Stadium vor Beginn der ersten Hauptverhandlung.

Der Angeklagte Thiel dagegen hat inzwischen bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft als Präfer Stellung genommen, während der Letzte Angeklagte Wisting wiederum noch heute Bergarbeiter ist.

Der Angeklagte Thiel dagegen hat inzwischen bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft als Präfer Stellung genommen, während der Letzte Angeklagte Wisting wiederum noch heute Bergarbeiter ist.

Der Angeklagte Thiel dagegen hat inzwischen bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft als Präfer Stellung genommen, während der Letzte Angeklagte Wisting wiederum noch heute Bergarbeiter ist.

Der Angeklagte Thiel dagegen hat inzwischen bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft als Präfer Stellung genommen, während der Letzte Angeklagte Wisting wiederum noch heute Bergarbeiter ist.

Der Angeklagte Thiel dagegen hat inzwischen bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft als Präfer Stellung genommen, während der Letzte Angeklagte Wisting wiederum noch heute Bergarbeiter ist.

Der Angeklagte Thiel dagegen hat inzwischen bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft als Präfer Stellung genommen, während der Letzte Angeklagte Wisting wiederum noch heute Bergarbeiter ist.



Münster gesehen? — Angekl.: Nein, aber gefühlt habe ich sie im Rücken. Es war niemand sonst da. Als ich den zweiten Stoß erhielt, lag ich noch an der Ecke des Podiums. — Verf.: Auch beim zweiten Stoß haben Sie Münster nicht gesehen oder seinen Arm? — Angekl.: Nein, nur gefühlt. Ich sprang dann schnell auf und lief hinaus. Draußen kam mir viel Volkes entgegen. — Verf.: Sie haben Sie, daß beim zweiten Stoß viele Leute herumstanden, die es mit ansahen. — Angekl.: Als ich aufsprang, waren schon viele Leute aufgestanden, die neugierig waren, was da passiert sei. — Verf.: Die allgemeine Aufforderung, hinauszugehen, haben Sie nicht gehört? — Angekl.: Nein, nur nachdem erfuhr ich, daß der Kommunist später gefügt habe, alle Sozialdemokraten sollen hinausgehen. — Verf.: Sie sagen, daß außer Ihnen am Rastentisch nur Münster war? — Angekl.: Jawohl. — Verf.: Wo war denn Polizeikommissar Brändemer? — Angekl.: Als ich mich zum zweiten Male aufstellte, sah ich, wie er zur Tür hereinkam. — Verf.: Also Sie meinen, daß kein anderer als Münster Ihnen den Stoß gegeben haben kann? — Angekl.: Nein, kein anderer. — Verf.: Hielten Sie es für ausgeschlossen, daß der Stoß nicht direkt erfolgt ist, sondern, wie Münster es in der ersten Verhandlung als möglich erklärte, durch die allgemeine Berührung seines Leibes entstanden sein könnte? — Angekl.: Nein, das ist ausgeschlossen. — Verf.: Sie haben sich dann mit Ihren Freunden getroffen und über die Vorgänge sich ausgesprochen. — Angekl.: Ich wollte gegen den Gendarmerie-Angekl. erkläre. — Verf.: Sie glauben, daß eine unberechtigte Ueberschreitung der Amtsgewalt vorliegt? — Angekl.: Ja, das wollte ich mir nicht gefallen lassen. — Verf.: Sie waren sich also nicht bewußt, sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht zu haben? — Angekl.: Nein, mir war es neu, daß mir mein Groschen nicht ausgehändigt werden sollte. Ich hatte nicht die Absicht, zu flüchten und wäre von selbst gleich gegangen. Sowie ich mich mit mir am meinem Groschen nicht gelegnet. Ich hatte schon in vielen Versammlungen früher gesprochen und man wird mir wohl soviel Anstandsgefühl guttauen. — Verf.: Sie mochten dann auch Mitteilung an die Presse? — Angekl.: Ja, der Redaktion der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ habe ich erzählt, wie es in der Versammlung zugegangen ist. Es ist dann ein Bericht erschienen, damals war mir noch alles in frischer Erinnerung. — Verf.: Haben Sie denn nun Schritte getan, um Münster zur Verantwortung zu ziehen? — Angekl.: Daraufhin wurde ich

ja schon in Dortmund vernommen,

weil die Gendarmerie sich durch den Artikel beleidigt fühlte. — Verf.: Das war aber doch wohl erst vier Wochen später. — Angekl.: Vorher hatte schon Meyer einen Anwalt gegen den Vorgang benannt zum Zweck der Befreiung der Münster beim Brigadier. — Verf.: Bei der ersten Strafkammerverhandlung waren nur Sie, Meyer und Graf als Zeugen, seitdem der Anklage Münster und Brodmeyer. Es ergaben sich Widersprüche, und es wurde die Verhandlung vertagt. Zur zweiten Verhandlung waren viele Zeugen da. Inzwischen hatten Sie sich ja wohl nach Zeugen umgesehen, in Ihrer Zeitung war aufgefordert worden, daß sich Augenzeugen melden sollten. Sie wußten ja auch, was Ihnen drohte. Der Staatsanwalt hatte schon in der ersten Verhandlung den Antrag gestellt, Sie wegen Verdachts falscher Aussage zu verhaften. — Angekl.: Schröder: Jawohl. — Verf.: Am Schluß der zweiten Verhandlung... Angekl.: Schröder (einstimmend): Sind wir alle verhaftet worden. — Verf.: Münster legte Ihnen die Hand auf die Schulter und sagte:

Sie sind mein Arrestant.

Sie haben das als neue Gefährlichkeit aufgefaßt und in dem Hand- auslegen auch eine Ueberschreitung der Amtsgewalt erblickt. Sie wußten aber nicht, daß es die vorgeschriebene Form der Verhaftung ist und daß Münster vom Staatsanwalt damit beauftragt worden war. — Verf.: Rechtsanw. Dr. Niemeier: Den Herren Geschworenen bitte ich zu bemerken, daß dies aber nichts mit der Sache selbst zu tun hat. — Angekl. Schröder: Ich halte mich darüber gewundert, daß gerade Münster die Verhaftung vornahm. — Verf.: Dann kam es zur Hauptverhandlung. Sie haben schon damals zugegeben, daß Ihre Aussage richtig protokolliert worden war, wie kommen nachher zu deren Verlesung. Eins möchte ich Ihnen nur noch als Widerspruch Ihrer Aussage vorhalten: Sie hatten seinerzeit gesagt, daß Sie den uniformierten Arm Münsters gesehen hätten. — Angekl.: Dann habe ich es damals noch in Erinnerung gehabt, jetzt weiß ich es nicht mehr. — Verf.: Erste Staatsanw. Eger: Ich bitte, den Angeklagten zu fragen, in welchem Umfange er an jenem Tage geistige Getränke zu sich genommen hat. — Angekl.: Ich war den ganzen Tag unterwegs, da trinkt man wohl einige Glas Bier. Es ist aber nicht wahr, daß ich angebetrunken war. Ich neige überhaupt nicht sehr zu geistigen Getränken. — Verf.: Einige Zeugen wollen aber aus dem unsicheren Gange, mit dem Sie nach vorn sich begaben, und auch aus der Art, wie Sie vorher schon dagelassen hatten, geschlossen haben, daß Sie angetrunken waren. — Angekl.: Das ist nicht der Fall. — Verf.: Dr. Niemeier: Ich bitte, den Angeklagten zu fragen, ob er nicht überhaupt einen etwas wiegenden Gang hat. — Angekl.: Ich glaube wohl, daß ich beim Gehen etwas mit dem Körper wippe. — Verf.: Wir werden Sie das einmal bei späterer Gelegenheit vormachen lassen. — Es wird darauf zur Vernehmung des Angekl. Meyer geschritten, der seine Aussage mit stark stotternder Stimme macht. Er erklärt, daß er auf seinem Platz stand, um hinauszugehen. Schröder sei an die Kasse gegangen. — Verf.: Was haben Sie nun gesehen, das mit Schröder vorgeht? — Angekl.: Daß er gestochen wurde, und daß Schröder, der sehr gelenkig war, aufspringen wollte. Aber da bekam er nochmals einen Stoß. — Verf.: Und das haben Sie gesehen und beschworen? — Angekl.: Jawohl (festig weinend): Das habe ich beideln müssen, und die Heiligkeit des Eides hat mir dreieinhalb Jahre Justizhaus eingebracht. — Der Angeklagte Meyer gibt dann weiter an, daß Schröder beim Hinausgehen noch ein paar Worte sagte, wie etwa: „Kerls, seid ruhig!“ oder so etwas Ähnliches. — Verf.: Konnten Sie denn das aus so weiter Entfernung hören? — Angekl.: So weit war ich gar nicht weg. — Verf.: Haben Sie bei Münster Armbewegungen gesehen oder nur geschlossen, wie er allein bei Schröder stand, daß er diesen gestochen hatte? — Angekl.: Ich habe

direkt gesehen,

wie er gestochen hat. Das zweitemal hat er mit der geballten Faust gestochen, das erstmal mit der Hand. Auf weiteres Bestehen erklärt der Angeklagte wiederum unter Weinen: Mein Gedächtnis hat unter der unschuldig erklommenen Justizhausstrafe schwer gelitten. Ich habe alles verloren, Kind, Frau und Eltern. — Der Angeklagte Beckmann erklärt, er habe genau gehört, daß Schröder das Geld an der Kasse zurückverlangte. In demselben Augenblick habe er

hintereinander zwei Stöße bekommen. Münster folgte dem Schröder dicht auf dem Fuße. — Verf.: Haben Sie gesehen, daß Münster dem Schröder, der hingefallen war, geholfen hat? — Angekl.: Nein. — Verf.: Hat sich Münster bücken müssen, als er Schröder stieß? — Angekl.: Das habe ich nicht gesehen. — Verf.: Münster war ein großer Mann, 1,92 Meter groß. — Angekl.: Er war erheblich größer als ich.

Der nächste Angekl. Thiel bekennt sich jetzt als Anhänger der Sozialdemokratie, erklärt aber, 1895 sich überhaupt noch nicht politisch betätigt zu haben. Er habe

deutlich gesehen, daß Münster zweimal ausstieß und den Schröder zweimal stieß. Verf.: Wie ist es gekommen, daß Sie damals als Zeuge vernommen wurden? — Angekl.: In der „Bergarbeiter-Zeitung“ war ein Aufsatz erschienen, es möchten sich Leute melden. Daraufhin habe ich mitgeteilt, daß ich die Stöße Münsters genau gesehen habe. — Der letzte Angeklagte, Wiking, der sich wegen seines schlechten Gedächtnisses entschuldigt, gehört dem alten Verbands nicht mehr an. — Verf.: Sie brauchen es nicht zu sagen, wenn Sie nicht wollen. — Wiking: Sie sozialdemokratisch? — Angekl.: Ich wählte natürlich sozialdemokratisch. — Verf.: Sie waren auch bei der Daulauer Versammlung? — Angekl.: Ja. Ich sah, wie Münster an Schröder herankam und ihn stieß. Schröder fiel zu Boden und bekam einen zweiten Stoß, als er sich aufrichten wollte. — Verf.: Na, Ihr Gedächtnis ist doch ganz gut. — Angekl.: Herr Vorsitzender, das ist ein Ereignis, das einem durch Marx und Knochen geht und seitdem vor Augen steht.

Nur die Einzelheiten weiß ich nicht mehr. — Verf.: 1895 haben Sie vor dem Untersuchungsrichter angegeben, in dem Prozeß Marggraf seien Sie so verwirrt gewesen, daß Sie gar nicht wußten, was Sie eigentlich ausgesagt hätten. — Angekl.: Ich weiß es auch heute nicht. — Verf.: Ihre Aussage ist aber doch protokolliert worden, und Sie haben Sie unterschrieben. — Angekl.: Das weiß ich auch nicht, ich war so verwirrt. — Verf.: Sie haben in Ihrer Aussage anscheinend etwas direkt aufgetragen. In der Verhandlung und vor dem Untersuchungsrichter haben Sie übereinstimmend gesagt, Schröder sei drei bis vier Meter weggegangen. Wenigstens steht es so in der „Dortmunder Zeitung“. — Verf.: Der Bericht ist direkt aufgetragen. — Verf.: Er hat dasselbe aber auch vor dem Untersuchungsrichter gesagt. — Angekl.: Auch da war ich verwirrt, weil der Untersuchungsrichter mit Verhaftung drohte. — Verf.: Dr. Niemeier: Der Angeklagte hat mir erst vorgestern einen außerordentlich drastischen Vortrag aus dem Prozeß Marggraf geschickt, der ihn verwirrt gemacht haben soll. — Angekl.: Das weiß ich nicht mehr. — Verf.: Das ist charakteristisch für seine mangelhafte Auffassung. Er hat mir gesagt, der Staatsanwalt hätte ihn angefahren, gleichsam als ob er ihn habe pressen wollen, und hätte gesagt: Das ist ja alles nicht wahr. — Angekl.: So war es.

Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet, und es gelangt zur Verlesung der intimierten Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“, wegen dessen im Interesse des Gendarmerie-Münster Anklage wegen Beleidigung gegen den Redakteur Marggraf erhoben worden war. Der Artikel ist überschrieben: „Die Väter des togebornen Kindes an der Arbeit.“ Mit dem togebornen Kinde wird die christliche Bergarbeiterorganisation gemeint. — Verf.: Die Gegenfuge waren wohl damals überhaupt etwas scharf und die Konart dementsprechend. — Angekl. Schröder: Na ja. — Verf.: Der erste große Bergarbeiterstreik wirkte noch nach und die Umsturzworlage stand bevor. Da wurde manches scharfe Wort gesprochen und gedruckt. — Angekl. Schröder: Ja. — Verf.: Haben Sie den Artikel geschrieben? — Angekl.: Nein, aber wenn ich den Artikel geschrieben hätte, hätte ich dieselbe Sachdarstellung gegeben. — Es folgt dann die Verlesung der Protokolle der einzelnen Aussagen, wegen deren die Angeklagten seinerzeit verurteilt wurden. — Verf.: Von diesen Aussagen habe ich Abschriften für die Geschworenen anfertigen lassen.

Nach einer kurzen Pause wird in die Zeugenvernehmung

eingetreten. Erster Zeuge ist der frühere Besitzer des Dreikaiser-Jaales in Daulau, der jehige Rentier Eichermann. In diesem Saale hatte die sozialistische Bergarbeiterversammlung stattgefunden. Zeuge schildert die Größe des Saales, die Stellung der Tische, die Art der Beleuchtung usw. Der Saal war für diese Versammlung durch den Bergmann Lutz für den christlichen Bergarbeiterverband gemietet worden. Für eine sozialdemokratische Versammlung hätte Zeuge den Saal nicht zur Verfügung gestellt. — Verf.: Konnten Sie den Gendarmerie-Münster? — Zeuge: Jawohl. — Verf.: Er erinnerte wohl ein bißchen? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen; er war ein lebhafter Mensch, über den ich weiter nichts sagen kann. Den Vorfall selbst hat Zeuge nicht gesehen. — Zeuge Reichstagsabgeordneter Hue: Im Jahre 1895 in der Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ tätig und hat den Bericht über die Daulauer Versammlung verfaßt. Schröder gab die Informationen; weiter wurde für den Bericht benutzt ein Bericht, der direkt von Daulau geschickt worden war. Der Bericht kam erst in die Zeitung, nachdem auch Meyer, der damals Verbandsführer war, die Richtigkeit der Sachdarstellung bestätigt hatte. Zeuge wurde dann an Stelle des inhaftierten Marggraf fester Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ und hat in dieser Eigenschaft der ersten Schwurgerichtsverhandlung beigewohnt. — Verf.: Ist Ihnen aufgefallen, daß der Angeklagte Wiking verwirrt war? — Zeuge: Ja, er sagte am Schluß beinahe das Gegenteil von dem, was er am Anfang gesagt hatte. Thiel und Wiking wurden auch dadurch verwirrt, daß die vernommenen Entlastungszeugen abtreten mußten, während die Belastungszeugen im Saale blieben.

Ich glaube auch, daß Thiel und Wiking unter der ständigen Furcht ausfragten, gleichfalls wie ihre Kameraden verhaftet zu werden. Dann traf wohl auch der Vorsitzende mit seinen feinen Unterscheidungen nicht die Ausdruckweise der Arbeiter. — Verf.: Und was können Sie uns über die Aussage Münsters sagen? — Zeuge Reichstagsabgeordneter Hue: Und wenn ich 100 Jahre alt werde, werde ich den Eindruck dieser Aussage nicht vergessen. Er gab von dem Vorgang

drei Versionen, die sich direkt widersprechen.

— Verf.: Von drei Versionen weiß ich nichts. — Zeuge: Die zweite und dritte Version deuten sich wohl ungefähr. — Verf.: Münster hat wohl erst nach Vorhaltungen des Vorsitzenden auch andere Möglichkeiten zugegeben. — Zeuge: Nein, er hatte zuerst jede, auch die geringste Berührung Schröders bestritten. — Verf.: Bei dem zweiten Stoß ist Münster aber dabei geblieben, jede Berührung zu bestritten. — Zeuge: Das mag sein, dafür brachte er hier die neue Version, Schröder sei aus Angst gefallen. — Verf.: Aus Angst oder Schreck ist doch auch unerheblich. — Zeuge: Ich würde auch darauf kein so großes Gewicht legen, wenn nicht bei den Entlastungszeugen eine ganz andere Praxis befolgt worden wäre. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Niemeier: Ist es richtig, daß ich die Protokollierung der Münsterschen Aussage im Prozeß Marggraf beantragte und daß sie

abgelehnt

wurde? — Zeuge: Ja. — Verf. Rechtsanwalt Dr. Niemeier: Ist es richtig, daß ich mich im zweiten Termin gegen Marggraf als Zeuge angeboten habe zur Feststellung der Münsterschen Widersprüche? — Zeuge: Jawohl; wir fürchteten schon, wir müßten uns einen neuen Verteidiger beschaffen. — Verf.: Worin sollen denn nun die eigentlichen Widersprüche Münsters bestehen? — Verf. Rechtsanwalt Dr. Niemeier: Ich möchte wirklich nicht wieder Gefahr laufen, als Zeuge geladen zu werden. Das Anklage ist mir schon in der ersten Schwurgerichtsverhandlung passiert. — Staatsanwalt Pfaff: Von wem stammt der Aufruf in der „Bergarbeiter-Zeitung“, es möchten sich Zeugen für den Vorfall Münster-Schröder melden? — Zeuge: Wohl vom Vorstand des Verbandes. — Verf. Rechtsanwalt Dr. Niemeier: Wird in diesem Aufruf nicht ausdrücklich hingewiesen auf die schwere Strafe, die auf Weisheit steht? — Zeuge: Jawohl. Ich muß weiter sagen: Schröder war damals Vorsitzender des Verbandes; wir hatten viele Konflikte mit den Gerichten gehabt und waren finanziell ziemlich geschwächt worden. Deshalb machte Schröder mit großem feinsten Bedacht darüber, daß nichts in die Zeitungen kam, was irgendwie Anstoß erregen könnte. — Verf.: In dem Artikel über die Daulauer Versammlung sind aber auch persönliche Verunglimpfungen der Gegner enthalten. — Zeuge: Das ging hin und her. — Verf. Rechtsanwalt Dr. Niemeier: In den Akten befindet sich ein Bericht Münsters, in dem gesagt wird: Was Schröder für ein Mann sei, ergebe sich schon daraus, daß er

seine Reichstagskandidatur für eine Lage Schnaps an Sachse habe verkaufen wollen.

Ist das überhaupt möglich? Hat das überhaupt einen Sinn? — Zeuge: Nein, Sachse kandidierte 1895 in Waldenburg, während Schröder hier in Essen kandidierte. Zeuge Dr. Franz Lütgenau hat über die erste Schwurgerichtsverhandlung eine Broschüre verfaßt „Geschichte und Glossen des ersten Weisheitsprozesses“. — Verf.: Reimen auch Sie, daß die Zeugen in dem Prozeß Marggraf verwirrt waren? — Zeuge: Offenbar glaubte der damalige Vorsitzende den Entlastungszeugen nicht und seine Vorhaltungen wurden immer scharfer. Es herrschte eine peinliche Stille im Saale und diese ängere Situation drückte auf die Zeugen. Das war jedenfalls mein Eindruck. — Verf.: Und welches ist Ihr Eindruck über die Münstersche Aussage? — Zeuge: Er hat mit seinen Aussagen häufig gewachelt. Erst hat er bestritten, Schröder überhaupt berührt zu haben. Er meinte, Schröder sei betrunken gewesen und deswegen gefallen. Das konnte er nicht aufrecht erhalten und sagte dann, Schröder sei wohl gefallen aus Angst vor seinem, Münsters, energischem Auftreten. Schließlich gab

er auf Vorhalt des Vorsitzenden die Möglichkeit zu, Schröder berührt zu haben, und zwar mit der Brust. Dadurch könne Schröder viel leicht gefallen sein. — Zeuge Redakteur Thiel: Dortmund war in den Vorprozeß als Berichterstatter für die „Dortmunder Zeitung“ tätig, kann sich aber auf Einzelheiten nicht besinnen. — Zeuge Redakteur Karl Schneider-Berlin ist von der Verteidigung als Zeuge darüber benannt worden, wie Schröder über den Begriff des politischen Weisheits denks, mit dem in der ersten Schwurgerichtsverhandlung operiert worden sei. — Zeuge Schneider: Ich traf 1890 in Halle mit Schröder gelegentlich des ersten Bergarbeiterkongresses zusammen. Damals sah der Anarchist Neve im Justizhaus, der die Verechtigung des politischen Weisheits bestritten hatte. Dafür hatte Schröder absolut kein Verständnis. Mit einem gewissen Fanatismus wandte er sich gegen Neve. Er begriff gar nicht, daß man auch aus idealen Motiven einen Weisheit leisten könne. Er sagte: Wer die Arbeiter auf eine höhere Stufe der Zivilisation heben will, müsse selbst das beste Beispiel geben und dürfe von der bürgerlichen Moral nicht abweichen. Als Schröder 1895 verurteilt worden war, war ich sehr von seiner Ansicht überzeugt. — Verf. R. A. Dr. Niemeier: Gehören Sie der sozialdemokratischen Partei an? — Zeuge: Nein, ich gehöre gar keiner Partei an, ich bin freier, unabhängiger Schriftsteller. — Zeuge Gewerkschaftssekretär Partels-Dortmund war Augen- und Ohrenzeuge, als Anfang der Vier Jahre sich Schröder mit größter Schärfe im internen Parteikreis gegen den dem Anarchismus zuneigenden Neve wandte, der den politischen Weisheit vertheidigte.

Den Schluß der Sitzung bildet die Verlesung der Aussage des im Mai 1910 im Krankenhaus Friedrichshain in Berlin nach einer Gallensteinoperation verstorbenen Gendarmerie-Münster. Er bekundet, Schröder sei lärmend zweimal an den Rastentisch herangetreten und habe sein Geld verlangt. — Angekl. Schröder: Das ist falsch. — Verf.: Und beim zweiten Herantreten hat Münster die Möglichkeit einer Berührung zugegeben, hat aber das Stöhnen bestritten. — Angekl. Schröder: Zuerst hat er alles bestritten, er hatte auch gesagt, ich sei betrunken gewesen. — Verf.: Er wußte wohl nicht, daß Sie von Natur aus einen etwas schwankenden Gang haben.

Darauf wird die Weiterverhandlung auf Dienstag vertagt.

### Eingegangene Druckschriften.

Dem „Wahren Jacob“ ist soeben die 3. Nummer des 28. Jahrgangs erschienen. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 9 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die proletarischen Frauen als politische Organisierte. Von Luise Hegel. — Ein Blick der sinnlichen Sozialdemokratinnen an ihre Schwestern in Deutschland. Von Hilja Berlin. — Ein Nachwort zu dem Prozeß der Reichstagsabgeordneter. — Zur Schulreform in Hamburg. Von o. g. — Folgen der Uebersiedlung. II. Von Ernst Eberharter. — Das Werk der Arbeiterklasse. Von Julius Borchardt. — Mehr Schutz der weiblichen Arbeitskraft. Von w. a. — Schauspielerebene. Von mg.

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2,60 R.

Amstlicher Marktbericht der Adhischen Marktbasen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktbasen. Wochenspiegel: Preis für Rind, Kalb, Schweinefleisch anziehend. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft schließend, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Getreide: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Wetterungsbericht vom 30. Januar 1911, morgens 8 Uhr.

Ort	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur	Ort	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur
Bremen	778 R	3 wolkl	—1	10	Wien	773 R	3 wolkl	—3	10
Darmstadt	780 DRD	3 wolkl	—2	10	Petersburg	—	—	—	—
Hamburg	778 R	3 wolkl	—3	10	Stettin	765 DRD	5 wolkl	—7	10
Köln	775 DR	2 wolkl	—3	10	Thüringen	773 DR	3 wolkl	—6	10
München	775 D	5 wolkl	—8	10	Wien	767 DRD	2 wolkl	—2	10
Paris	773 DR	3 wolkl	—3	10					

Wetterprognose für Dienstag, den 31. Januar 1911. Frostes, vorwiegend heiteres Frostwetter mit mäßigen nordöstlichen Winden.

### Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 29. 1. 1911	am 29. 1. 1911
Wemel, Elbe	301,1	-15
Regel, Ankerburg	57,7	—0
Reichel, Elbe	230,1	-32
Ober, Althor	279,1	+23
• Althor	279,1	+1
• Braunsf.	287,1	+17
Wartde, Schwinn	138	+8
• Landsberg	100	+5
Rege, Borsdorf	48	+7
Gilde, Lützenich	145	-66
• Dresden	-10	+40
• Borsd.	250	+12
• Magdeburg	194	-3
Wasserstand	am 29. 1. 1911	am 29. 1. 1911
Saale, Großh.	150	+16
• Ebnandau	115	-8
• Rademond	140	+1
• Borsd., Borsdorf	182	+12
• Borsd.	176	-1
• Borsd., Borsdorf	63	+25
• Borsd.	90	+24
• Borsd., Borsdorf	334	0
• Borsd.	184	+9
• Borsd.	312	+19
• Borsd.	108	-7
• Borsd.	—	—
• Borsd.	131	+10

\*) bedeutet Wind, — Nord, — \*) Untersee. — \*) Elbstand. — \*) Elbstand. — \*) Elbstand am 29. um 12 Uhr mittags: 204 cm. — \*) Vom 23. 6 Uhr nachmittags bis 29. 8 Uhr morgens: 220 cm. — Seit 2 Uhr nachts unverändert.

Der Blutwelle der oberen Oder folgt eine zweite, ebenfalls nicht bedeutende Welle, deren Scheitel geteilt am 1. Uhr nachmittags am Pegel Ratibor 255 cm (1/2 m unter Ausdehnungshöhe) erreicht. Heute morgen betrug der Wasserstand dort nur noch 314 cm. Der Scheitel der ersten Welle befand sich von geteilt um 4 Uhr nachmittags bis heute um 7 Uhr morgens mit 466 cm (1/2 m über Ausdehnungshöhe) am Pegel Drieg.

**Muster-Coupons-Resie.**  
wunderbare Fröhliche Neuhelms für  
Anzüge, Ullster, Kostüme etc., Meter  
3 — 4 — 5 — Strichmuster-Läden  
imprégniert für Wasser-Perfektur, Meter  
1,50, 2.—, Tuchlager Gartenstraße  
27-28, Koch & Seeland, Ge-  
schäfts- u. H. H. 20-20 und Petrikirche

**Neuheiten**  
und  
**Erfindungen**  
für die Vereinigten Staaten ver-  
langt. Finanzierung, Patentkosten  
bezahlt, wenn Artikel am Patent  
oder Gewinn gegeben wird. Schreibe  
zügliche Bedingungen. Probe er-  
wünscht, wenn Zeichnung nicht ge-  
nügt. Nur wirkliche Neuheiten.  
Offerten an 20065\*

**Karl Rabe,**  
229 Broadway,  
New York U. S. A.

**Gelogenheitskauf!**  
Wollene  
**Schlafdecken**  
St. 3<sup>50</sup> 4<sup>50</sup> 5<sup>00</sup> 6<sup>00</sup> M.  
**Pferdedecken!**  
St. 2<sup>50</sup> 3<sup>50</sup> 4<sup>50</sup> 5<sup>50</sup> M.  
**Fries für dicke**  
Portieren  
alle Farben  
Meter 1,75, 2,50 bis 4,50.  
Abgepaßte Friesmängel  
2,25-3 R.  
Versand unter Nachnahme.  
**Emil Lefevre,**  
Berlin, Oranienstraße 158.



# Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c:  
Vortrag von Fel. Dr. Wygodzinski: „Fürsorge für Mütter und Kinder.“  
Gäste willkommen. 55/8 Der Vorstand.

# Zentralverband der Zimmerer.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15 (Saal 1):

## Zahlstellen-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht und Neuwahl des Vorstandes. 2. Bericht und Neuwahl der Kommissionen. 3. Beratung des Regulative. 4. Vollständiges Erscheinen der Delegierten und Zahlstellenfunktionäre ist Pflicht.  
Der Vorstand.

# Achtung! Gr. öffentl. Tabakarbeiter-Versammlung

Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Sophienböden“, Sophienstraße 17-18.

Tages-Ordnung:  
1. Die stellen sich die Tabakarbeiter Berlin zu den Vorgelegungen in der Zigarrenfabrik Paul Juchli, Paulstr. Berlin? Referenten: Alwin Schulze, Paul Fritz. 2. Diskussion.  
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Tabakarbeiters, pünktlich zu erscheinen. 187/1  
Der Einberufer. (A. Schulze.)

Hygienische Bedarfsartikel  
Drogerie Zarenba, Weinbergsweg 1, dir. a. Kolonialwaren  
Billigste Bezugquelle! Versuch i. zur dauernden Kundsch.

Glumen- und Kranzbinderei  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.

# Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren auf Teilszahlung zu Kassenspreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie  
A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

Pollmanns Bandagen-Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc. Berlin N., Rothringstr. 60. Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

Syphilis-Nachweis in allen frisch u. veraltet zwölftelhaft Fall durch wissenschaftl. Untersuchung. Sofort; desgl. Darm (bes. auf Gonorrhoe-Böden) u. Spermum-Analysen. Dr. Hemmer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Kronen- u. Robrenthof, I. 8724. Berl. Südpr. biestr. u. toskan. geöffnet von 8-3 Sonntags von 12-1.

# Theater und Vergnügungen

Dienstag, 31. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Rigolotto.  
Königl. Schauspielhaus. Ein Schritt vom Tode.  
Deutsches Lumbagotheater.  
Kamerapalast. Vangelot. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Königl. Opern-Theater. Geschlossen.  
Festung. Die Ratten.  
Königl. Oper. Die Bohème.  
Kleines. Besten Brauereigebäude.  
1. Klasse. Varieté.  
Neues Operetten. Die blonde Melite.  
Neues Schauspielhaus. Meine Schokoladenmädchen.  
Berliner. Hummelstudenten.  
Wesens. Das Puppenmädchen.  
Neues. Der G. m. b. H.-Tenor.  
Trianon. Hippolyte's Abenteuer.  
Reichens. Pariser Menu.  
Thalia. Polnische Wirtschaft.  
Schiller u. Schumann-Theater.)  
Neue Jugend.  
Schiller u. Schumann-Theater. Nathan der Weise.  
Friedrich. Wilhelmshändel'sches. Die blaue Maus.  
Lustspielhaus. Der unbekannte Länger.  
Anfang 8 Uhr.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Lustspielhaus. Die Hofen des Herrn v. Sredon.  
Moderne. Doppelmenü.  
Kasse. Der Bildschmied.  
Herrfeld. Eine verlorene Nacht.  
Er, Sie und Er.  
Herrfeld. Die Doppelbräutigam.  
Soltes Caprice. Der Feldwebelhügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Metropol. Surra - Wir leben noch!  
Kallus. Julie Wippen.  
Hypok. Spezialitäten.  
Vorfuge. Spezialitäten.  
Reicht. Reif-Reiflingen.  
Reichens. Berliner Sänger.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Sensationel. So wird's gemacht.  
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Walhalla. Grand! Tacapo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Stadt-Theater Moabit. Das Bild im Winkel.  
Wedding. Vorfuge.  
Karl Oberland. Spezialitäten.  
Urania. Taudenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Was und der Fond erzählt.  
Vorfall abends 6 Uhr: Professor Dr. B. Donath: Heilmittel und Schall.  
Sternwarte, Innalidenstr. 57-62.

Urania. Wissenschaftliches Theater Taudenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Was uns der Mond erzählt.  
Hörmal 8 Uhr:  
Professor Dr. B. Donath: Wellenlehre und Schall.

Kaiser-Panorama. III. Wanderung im südlichen Schwarzwald. Letzte Woche: Mittelmeerreise. Insel Corfu. Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.  
Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Berliner Volksoper. Belle-Alliancestraße 7/8. - 1/2, 9 Uhr:  
Die Dollarprinzessin.  
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr:  
Der Feldherrnhügel

Residenz-Theater. Direktor: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr.  
Pariser Menu. Drei Gänge von Georges Feydeau und Heber-Abric.  
1. Gang: „52 Meter über Paris“. 1 Akt von Heber-Abric.  
2. Gang: „Eine Nachtkatze“. 1 Akt von Georges Feydeau.  
3. Gang: „Nach dem Menschenhaß“. 1 Akt von Georges Feydeau.  
Morgens und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Der Glückschmied. Volksstück in 5 Akten von Börner und Spannath-Bodenstedt.  
Mittwoch u. Freitag: Ton Carlos. Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Der Glückschmied.

Reutter. Metropol-Theater. Surra! Wir leben noch!  
Große Ausstattungsgesellschaft in 7 Bildern v. B. Freund. Ruff u. B. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz. Anfang 8 Uhr. Kaufman geladert.

Walhalla-Theater. Rosenthalstr. Weinbergsweg 20. Abends 8 1/2 Uhr:  
Bravo! Da Capo!  
Eine Allerswells-Renn. Sonntagsnachm. 8 1/2 Uhr: Unsere Don Juans. Kleine Preise.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr.  
Affe Consul. Menschendarsteller.  
P. Schneider-Duncker. Lina Loos. u. d. großartige Januar-Program.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr:  
Neue Jugend.  
Schauspiel in 5 Akten v. Tor Hedberg. Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Husarenreiter.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Das Urbild des Tartar.

Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr:  
Nathan der Weise.  
Ein dramatisches Gedicht in fünf Akten v. G. E. Lessing. Ende 11 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Die Nacht der Finsternis.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Bund der Jugend.

„CLOU“ BERLINER KONZERTHAUS. Hauptstr. 62. Zimmerstr. 90-91. Eintritt 50 Pf.  
Heute: Gastspiel von Johann Strauß aus Wien  
Morgens: Gastspiel von Johann Strauß.

Sport-Palast. Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a. Entree 1 M.  
Größter Eispalast der Welt. Feerie „Karneval am Nordpol“. 200 Eislaufkünstler. Prachtvolle Ausstattung. Unerreichbare Lichteffekte. 2 Musikkapellen. Raum für 10.000 Personen. Unterricht im Eislauf.  
Vormittags-Konzerte. Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Wie immer auch diese Woche (28. Januar bis 3. Februar einschließlich) das Neueste und Beste im  
Excelsior-Lichtspielhaus. Rixdori, Bergstr. 151/152. (Passage.)  
Anfang: Sonntags 3 Uhr, wochentags 6 Uhr.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 100-114  
Heute, Dienstag, den 31. Januar 1911: Bockbierfest!  
Prämierung der schwersten Leberwurst genießbaren Schweins- u. Fottendarm 8 bare Geldpreise: 50, 30, 20 Mark.  
Die prämiert Würste müssen gratis a. d. Publikum verteilt werd. Im neuen Lichtprunkaal: Großer Ball!  
Anfang 7 Uhr. 4 Kapellen. Entree 30 Pf.

WINTERGARTEN. Letzter Tag! Das lustige, glänzende Januar-Programm!  
La belle Leonora. Spanische Tänzerin. Mlle. Donarbers.  
Luftballonfahrt über den Köpfen des Publikums  
ETHEL LEVEY. Amerikanische Sängerin und weitere  
12 Star-Attraktionen 12

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum Schluss, neu! Kuhlisches Varieté-Theater. Vorleser von Weyfel.  
Anfang wochentags 8 Uhr  
Sonntags 7 Uhr

Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr:  
Nathan der Weise.  
Ein dramatisches Gedicht in fünf Akten v. G. E. Lessing. Ende 11 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Die Nacht der Finsternis.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Bund der Jugend.

„CLOU“ BERLINER KONZERTHAUS. Hauptstr. 62. Zimmerstr. 90-91. Eintritt 50 Pf.  
Heute: Gastspiel von Johann Strauß aus Wien  
Morgens: Gastspiel von Johann Strauß.

Sport-Palast. Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a. Entree 1 M.  
Größter Eispalast der Welt. Feerie „Karneval am Nordpol“. 200 Eislaufkünstler. Prachtvolle Ausstattung. Unerreichbare Lichteffekte. 2 Musikkapellen. Raum für 10.000 Personen. Unterricht im Eislauf.  
Vormittags-Konzerte. Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Wie immer auch diese Woche (28. Januar bis 3. Februar einschließlich) das Neueste und Beste im  
Excelsior-Lichtspielhaus. Rixdori, Bergstr. 151/152. (Passage.)  
Anfang: Sonntags 3 Uhr, wochentags 6 Uhr.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 100-114  
Heute, Dienstag, den 31. Januar 1911: Bockbierfest!  
Prämierung der schwersten Leberwurst genießbaren Schweins- u. Fottendarm 8 bare Geldpreise: 50, 30, 20 Mark.  
Die prämiert Würste müssen gratis a. d. Publikum verteilt werd. Im neuen Lichtprunkaal: Großer Ball!  
Anfang 7 Uhr. 4 Kapellen. Entree 30 Pf.

WINTERGARTEN. Letzter Tag! Das lustige, glänzende Januar-Programm!  
La belle Leonora. Spanische Tänzerin. Mlle. Donarbers.  
Luftballonfahrt über den Köpfen des Publikums  
ETHEL LEVEY. Amerikanische Sängerin und weitere  
12 Star-Attraktionen 12

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum Schluss, neu! Kuhlisches Varieté-Theater. Vorleser von Weyfel.  
Anfang wochentags 8 Uhr  
Sonntags 7 Uhr

Burgtheater. Festsäle und Kinematograph vom. Oratorjan. Anb. 1. Rud. Herz. Schöndauer Höhe 129. Tel. 3. 9353  
Lebende Photographien. Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte. Anf. 7 u. 8. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten, nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets wech. Programm.

Zipkus A. Schumann. Berlins größtes Vergnügungs-Etablissement.  
Dienstag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr:  
Briff-Briff-Briff.  
Arconis 4 Personen.  
Foot-Ball - Push-Ball  
Polo-Ball  
Kreisel-Globus,  
neuelle Areaktion des Direktors  
H. b. Schumann.  
Trotta, geritten von Herrn Karl Geh sowie die  
übrigen Attraktionen.  
Der große Coup  
9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.  
Schmuggler.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 2. Februar 1911:  
Der Störenfried.  
Lustspiel in 4 Akten von Bendtz.  
Reperitoirstück d. Igl. Schauspiel.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung:  
Tanz.

Die dieswöchentlichen Programme sind Kunst in der konzentriertesten Form  
Unter den Linden Alexanderplatz Moritzplatz Hasenheide Wedding, Reinickendorfer Straße 18.

Ernst und heiter unterhaltend und lehrreich sind die Vorstellungen im Theater des Weddings Lichtspiel-Palast Müllerstr. 182/183 - Seilerstr. 25.  
Voigt-Theater. Gesundbrunnen, Vobstraße 68.  
Dienstag, den 31. Jan., in Vahlmann-Theater:  
Reif-Reiflingen.  
Schwank in 5 Akten v. G. v. Moser. Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr:  
Die abgetretene Frau. Neuer bunter Zell.  
Feldwebelhügel.

LICHTSPIELE. MOZART-SAAL. Nollendorf-Platz. Beginn 6 Uhr.

Zirkus Busch. Dienstag, 31. Jan., abds. 7 1/2 Uhr:  
Großer Gala-Abend.  
Gastop. d. Herrn Direktor Pierre Althoff, Frau Direktor Adèle Althoff mit ihr. berühmten Freiheitsdresuren.  
Die Fredanis, 8 Personen, die besten Reitkünstler, ohne Konkurrenz.  
Die Aeron.  
Frl. Martha Mohrke, Schulleit.  
5 Cliftons 5.  
Um 9 Uhr ca. zum 40. Male:  
„Armin.“  
Vorher das große Galaprogramm

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr:  
Hippolyte's Abenteuer.  
Casino-Theater. Rothringstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
Das Original Berliner Volkstüd Julie Wippen.  
Urböliner Humor! Urböliner Typen! Im Stille der chem. Wallner-Bühne. Vorher erstklassiger bunter Zell. Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Hochmutstest.

Theater Sanssouci. Hochbahnstation Reichstr. Tor. 8 1/2 Uhr:  
7 Roller Skating girl.  
R. Neseemann Lotte Sebus  
So wird's gemacht.  
Varieté.

American-Theater. Dresdener Straße 97.  
Täglich:  
Heitere Künstler-Abende! Theater-Varieté-Cabaret mit Anna und Franz Verdler. Anfang 8 Uhr. - Sonntag 6 Uhr

Theater „Groß-Berlin“. Dienstag, den 31. Jan.: Gastspiel in Enders-Bräu, Weidensau: 8 1/2.  
Im Irrenhause.  
Sens.-Schauspiel in 3 Akten v. Duffe. Preise 50-100 Pf. Auf Vorzugs-karten billiger. Inverste gelten als Vorzugskarten.

Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 79. Ecke Alexanderstraße. Täglich: Edmannoff-Truppe, russ. Sänger, Franz Sobanski, Pulwara, Wulff-Hitt, Gebrüder Kühn, Tho Murnellas, Hofstranger usw.  
Die Erstante.  
Coffe mit Gelang von G. v. Sobanski. Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Karl Haverland. Anfang Theater. Kommandanten-präg. 7 1/2 u. Theater. Straße 77/79.  
Das sensationelle Januar-Programm. mit sein. neuesten Schlageren.  
Bosphorus  
30) Moritzplatz.  
Heute:  
Das Riesen-Varieté-Programm. Anfang 6 Uhr. Kassensöhn. 4 Uhr.  
Nach Schluß der Vorstellung:  
Großes Triumphatorfest 2 Kapellen, Festzug, Tanz.  
Voranzeige! Voranzeige!  
Donnerstag, den 2. Februar:  
Prämierung des kleinsten Damenfußes.



# Josefetti

# VERA

FEINSTE 3 Pfg. CIGARETTE

### 20 Säle und Vereinszimmer

mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.

**Sophien-Säle** Pracht-Säle Alt-Berlin  
C. 54, Sophienstr. 17-18 Blumenstr. 10  
Tel. III 2783 Tel. VII 3095  
Inhaber: Paul Baatz.

### Automobil-Fachschule.

Gebr. Windhoff, Motoren- und Fahrzeugfabrik, Rheine i. W.

Gründliche Ausbildung für Automobilführer. — Reichhaltiges Lehrmaterial. — Moderne Übungs-Automobile. — Vertragliche Garantie für Anstellung. — Prospekt B. 28 gratis u. franko.

## Engelhardt Caramel-Bier

Alkoholfreies Spezialbräu

Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc. etc.

Flasche 10 Pf.

Überall käuflich.

Größte Malzbräuerei Deutschlands.

## H. & P. Uder

Berlin NO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.

Achten Sie genau auf die Vornamen G. A. Hanewacker.

Amt IV, 3014.

### Zur 2. Klasse (Ziehung 10. und 11. Februar)

## Preuss. Lotterie

Original-Lose 14/3\*

1/2 1/4 1/8 (Porto 15 Pf.)

A. Moller, Kgl. Lott.-Einnahmer, Kottbuser Damm 70/71, nahe Berlin S. 50, Hermannpl.

### Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

### ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

#### Jubilarverkauf zu Spottpreisen.

Teppiche, Gardinen, sehr abgelassen billig. Kleiderfabrik, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabteilung; billiger als überall. Vormittags noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

#### Gardinen, Raffelstoffe, Fenster

1,65, 2,25, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 ufm.

#### Totalverkauf von angekauften Gardinen, Stores, Bettdecken

staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

#### Tuch- und Plüschdecken, Garnitur

3,85, 4,50, 5,25, 6,50, 8,25, 10,50. Raffelstoffe Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelabteilung.

#### Treppdecken billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

#### Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fleckern zu Spottpreisen.

Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelabteilung.

#### Sozialreform oder Revolution von Rosa Luxemburg.

Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

#### Norwärdler erhalten (im Großen) Gerarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen.

#### Teppich-Thomas, Drantenstraße 160, Drantenplatz; Reinholerstraße 54.

#### Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes.

Teppichfabrik Brunn, Fiedlerstr. 4, Dabnol Dörje. (Fest des Vormärts) erhalten 5 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

#### Wandronen, dreifach 4,50, Drahtgittern 7,50, Gaszuglampen 7,00, Gaslynen 1,40, Gasmanbarme 0,55.

Teppichfabrik Brunn, Fiedlerstr. 4, Dabnol Dörje. (Fest des Vormärts) erhalten 5 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

#### Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schmeichelhaften Verkauf.

Preise bedeutend herabgesetzt. Plüschteppiche, ganz schwere Qualität; Stubenteppiche, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmergröße, früher 22,75 jetzt 14,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Lange, Schönebergstr. 73/74.

#### Portieren, Plüsch und Filz, Restbestände 1-4 Fenster bedeutend unter Preis.

#### Erbsen-Stores, ein großer Vorrat mit Volant, volle Breite und Länge 6,75.

#### Treppdecken, eigene Anfertigung richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50.

Teppichhaus Georg Lange, Schönebergstr. 73/74.

#### Wortspiel 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kanarienvogel getragene Federkissen, Kodamänge, Valetots, größtenteils auf Seite 4-18 Karf. Großer Vorkauf Ende, Joppen, von 2 Karf an. Gelegenheitskäufe in Damenjacketts (auch in Plüsch), Kostümen, Kleidern, Beistühlen, früher bis 100 Karf, jetzt 10 bis 20 Karf (hoch elegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Plüsch, Betten, enorm billig, Kottbuserstr. 58a. 1985R\*

#### Teppiche (Gardinen) Gelegenheitsverkauf, Raffelstoffe, Rauerhoff, für Große Frankfurterstraße 9, Blumengang. Geöffnet 1874. Vormittags 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

#### Treppdecken billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Blumengang. 2412R\*

#### Geschäftsverkäufe.

#### Restaurant Franz Köhler ist nicht

Kottbuserstr. 15, D. Schenckstr. 9.

#### Silber kaufen Sie direkt Fabrik bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.

#### Schönhauser Allee 114 (Ringbahnhof), Großberliner Postfilialstelle (Einlaufstraße). Niedrigere Preise. Räumungsgeschäft. Händlervorteile. Taschen, Uhren, Freiwinger, Goldwaren, Silber, Porzellan, Valetots, Damenkleider, Gardinenverkauf, Ausverkauf, wägen, Portiermöbel, Steppdecken, Lager. 2042R\*

#### Billige Holenmöbel, Hochlegante Herrenkleider aus feinsten Stoffen 7-18 Karf, Verlanhaus Germania, Unter den Linden 21. 1285R\*

#### Vorjährige elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 30-40 Karf, Verlanhaus Germania, Unter den Linden 21. 1285R\*

#### Die Grundbegriffe der Wirtschaftskunde. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

#### Sauerndebett, Unterbett, zwei Kissen 27,00 nur in der billigen Handlung, Pringenstraße 34 I. Annoncenanzeiger vergütet. 2061R\*

#### Laubbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, weißlichgrün, 15,00, große Laten 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80, Steppdecken, Pringenstraße 34. 4,25 prachtvolles Bett, 10,00 ganzer Stand, rotbraun gestreift. Pringenstraße 34.

#### Buchdruck: Schnellpresse, Kugel- und Buchdruck, Buchdruck, Schneidemaschine, Schriften, Regale billig. Maschinenfabrik, Simonstraße 13. \*

#### 3,75 Portieren, Plüschdecken 5,00 Prachtvolle, Gardinen, Laten, Bezüge, Anzüge, Valetots nur Dranten-Handlung, Drantenstraße 23a. \*

#### 4,60 prachtvolle Betten, 7,00 damige Betten, 10,00 ganzer Stand, rotbraun gestreift. Pringenstraße 34. 1419\*

#### Juchendhaus, 187 Jahre, Lebenserinnerungen von Sepp Deiter. Hochinteressant. Preis 1 Karf. Zu beziehen Buchhandlung Vorwärts. \*

#### Jährlich nur einmal Inventur-Räumungsgeschäft im Leihhaus Emil Lejore, Drantenstraße 158. Extraliste gratis. 1992R\*

#### Sechste Plüschteppiche, prima Qualität, 180/200 14,25, 160/230 20,75, 200/300 33,00 Inventurpreis. Teppichhaus Emil Lejore, nur Drantenstraße 158. 1992R\*

#### Hermannplatz 6. Vandeliebhaus. Stammesbille Winterpaletts. Radetzky, Gedeon, Gedeon, Gedeon. Valetots, Ausverkauf, Brautkleider, Personalbetten, Bettstühle, Spottbilliger Wollverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Plüschdecken, Steppdecken, Kleider, auch Plüschdecken, Taschen, Uhren, Bandwaren. Großberliner Postfilialstelle "im Leihhaus" Hermannplatz 6. Auch Sonntags geöffnet. 157\*

#### Rinderwagen vor Saisonbeginn bedeutend herabgesetzt. Weihenburgerstraße 3, Kottbuserdamm 90. 20219\*

#### Grundstückparzelle Sadoma wegen Auswanderung sofort veräußert, 400,00 Anzahlung, Beh. Marktgrabenbaum 19, Gartenhaus. 2015b

#### Betten, fast neu, billig, Bettstelle, Kottbuserstr. 14,00. Frau Treptow, Landwehrstraße 19, Hof parterre.

#### Täglich frische Teinleiter. Hübnerhof, Nevalerstraße 15, D. Schenckstr. 9.

#### Geschäftsverkäufe.

#### Restaurant Franz Köhler ist nicht

Kottbuserstr. 15, D. Schenckstr. 9.

#### Seifengeschäft mit Rolle, 6 Jahre bestehend, gut gehend, billig zu verkaufen. Agenten werden. Nieder-Schöneberg, Daffelwerberstraße 8.

#### Mölkerei, 11 Rube, altes Geschäft, passend für Anfänger, ist sofort zu verkaufen. Reinchen, Drantenburgerstraße 5, am Hagedschen Markt.

### Möbel.

#### Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung; auch Waren aller Art. Der ganze Laden ist bei uns. Kretschmann u. Co., Kottbuserstraße 4, Schleißer Bahnhof. 1951R\*

#### Möbel: für Brautleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stühle und Küche. In jedem Stück bestmöglicher Preis. Ueberstellung dabei ausgeschlossen. Bei Krankeitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Mäßigkeit. Möbelgeschäft R. Goldschmid, Joffenerstraße 38. Gef. Zuschriften. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901R\*

#### Möbelstücker, Garnat, Hühnermeister, gegründet 1901, Stallgreiderstraße 57 (Kottbuserstr.), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertroffene Leistungsabgabe. Enorme Auswahl. Zahlungsanfertigung. Vorwärtsleiter 3 Prozent. Kein Laden, Verkauf Handlungsbüchse.

#### Gebräuchte und neue Möbel am billigsten bei Rejfeld, Suttmannstraße 20 (Gehandbrunnen). 1981R\*

#### Bettstellen mit Matratze 12,00, 15,00, 18,00, 21,00. — Englische, nagelein 25,00. Rejfeld, Suttmannstraße 20.

#### Kleiderchränke, Kuchenschrank, nachbauseigentlich 27,00, 12,00, 15,00, Rejfeld, Suttmannstraße 20.

#### Einrichtung, vollständige, für Stube, nagelein 120,00. Rejfeld, Suttmannstraße 20.

#### Kücheneinrichtung komplett 45,00. Rejfeld, Suttmannstraße 20.

#### Plüschsofa, nagelein, modern 39,00. Rejfeld, Suttmannstraße 20.

#### Billiger Inventurverkauf, trag enorme Preisermäßigung! Kleiderchränke, Vertikals, engl. Bettstellen, Trumeaus, früher 45,—, jetzt 35,—, Kommoden, Sofas, Spiegelständer, früher 30,—, jetzt 20,—, Küchen, früher 75,—, jetzt 58,—, Anbratschraube 30,—, grabelnder Rührkessel. Dminah. 1961R\*

#### Metallbetten 20 Proz. Rabatt, Kinderbetten. Weihenburgerstraße 3, Kottbuserdamm 90. 20219\*

#### Wohel, Boedel, Kottbuserstr. 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus stehen in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefern: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 194,—, 200,—, 422,—, modern 479,—, 2 Zimmer und Küche modern 501,—, 667,—, 721,—, Schlafzimmer, englisch 199,—, modern, acht Eide, 347,—, Wohnzimmer, modern, 297,—, Speisezimmer 355,—, Herrenzimmer 200,—, englische Bettstelle mit Matratze 44,—, Kleiderständer 30,—, Trumeau, gefüllten 34,—, Schlafsofa 36,—, Plüschsofa 55,—, Umbau 50,—, Teppiche, Kleiderlager, Befähigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Günstigste Zahlungsbedingungen. Geöffnet 8-8, Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Rusterdamm F. gratis und franko. 1905R\*

#### Möbel, Polsterwaren, komplette Wohnungseinrichtungen kaufen Brautleute, Möbelkäufer zu Spottpreisen im Fabriklager der Möbel, Polsterwarenfabrik Hirschowitz, Chausseestraße 49. 2045R\*

#### Achtung! Brautleute und Möbelkäufer! Jetzt bietet sich Ihnen nie wiederkehrende, günstige Kaufgelegenheit; während meines Inventurverkaufs sämtliche Möbel und Polsterwaren bis 30 Prozent im Preise ermäßigt. Besichtigung ohne Anzahlung gern gestattet. Möbel- und Polsterwarenfabrik R. Hirschowitz, Chausseestraße 49 an der Hochbahn. \*

#### Unwiderstehlich bis 15. Februar er. findet mein diesjähriger großer Möbel-Inventur-Verkauf statt. Brautleute und Möbelkäufer sind Gelegenheit geboten, nur reell gearbeitete komplette Wohnungseinrichtungen, Ergänzungsmöbel und Polsterwaren bis 30 Proz. unter regulärem Preis zu kaufen. Besichtigung meiner großen Ausstellungsgebäude gern gestattet. Möbelabteilung R. Hirschowitz, SO. Chausseestraße 49, an der Hochbahn. 11/15\*

#### Nachbaumöbel umfänglich, fast neu, zwei Zimmer, Küchenmöbel, hochwertige Plüschgarnitur, Teppich, Krone 190, nur Privatleuten. Weinmeisterstraße 2, Berlin. 16/5

#### Billige Möbel, Kleiderständer, Vertikals, Kuchenschrank 12,00, Bettstelle mit Federmatratze 15,00, Ausziehtisch 16,00, Chaiselongue mit Decke 17,00, Plüschgarnitur 26,00, Herrenschreibtisch 27,00, Ankleideschrank 28,00, Rahmenschreibtisch, Nachbaumöbel 75,00, Kommode 12,00, Federbetten 12,00, Uhren, Silber, Herrenzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen 55,00, gebe auch Möbel auf Teilzahlung. Sonntags geöffnet. Starogard, Kottbuserstr. 69. 20218\*

#### Unwiderstehlich für Brautleute Stube, Küche, Plüschgarnitur sofort veräußert. Bah. Kottbuserdamm 19, Gartenhaus. 2016b

#### Musik.

#### Pianos, einige wenig gebrauchte, sofort sehr billig abgegeben. Dolpmanufaktur Rantzen, Potsdamerstraße 27b. 2010R\*

#### Pianos 100,—, neue, Potsdamerstraße 74, I. 16/12\*

#### Klavierschüler. Erworbenen Schnellmethode. Monatspreis 3,00, Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie, Drantenstraße 147, Kottbuserstr. 15/20\*

#### Wohnungen.

#### 2 und 3 Zimmerwohnung mit Bad, Balkon usw. billig zu vermieten. Charlottenburger Ufer 11. 2047R

#### Balkonwohnungen, 2 Stuben, Küche, 32,—, sofort, Kleiner Kottbuserdamm 19, Gartenhaus. 13/15\*

#### Zimmer.

#### Sofort Balkonzimmer, kleine Gartenanlage, Vorderhandflächen, Kottbuserstr. 21. 16/8\*

#### Balkonzimmer, leer, zweifach, Parkanlage, Bäderanlage, 20 Karf für soliden einzelnen Herrn. Kottbuserstr. 21. 16/8\*

#### Flurzimmer, möbliert, 1 oder 2 Herren, vermietet Schmidt, Giesebachstraße 6, vorn II. 11/25\*

#### Kleines möbliertes Zimmer Willibald-Alexis-Str. 35, vorn IV, Raitwald. 11/27\*

#### Redakteur gesucht.

#### Zum möglichst baldigen Eintritt suchen wir für den provinziellen Teil des „Volkswillens“ einen geeigneten Redakteur.

Die Stellung wird frei, weil der jetzige Redakteur die Familienredaktion für unser neugegründetes Unterhaltungsblatt übernimmt. Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Vereins Arbeitspresse. Bewerbungen mit Gehaltsangabe und erkennlicher Aufschrift sind bis zum 12. Februar an den Unterzeichneten einzuenden.

Verlag des „Volkswillens“. E. A. H. Meister & Co., Hannover.

#### Lohnenden Nebenwerb bis zu 200 M. monatlich erreichen Damen, Herren und Beamte 16/9\*

jeden Standes durch Verkauf von erstklassiger Margarine. Versand in Postkörbchen und Gabenungen an Private und Beamtenkreise. Ausführliche Offerten unter N. G. 33 an das Annoncenbureau Adolf Rosenbergs, Berlin, erbeten.

### Verschiedenes.

#### Patentanwalt Müller, Gütshinerstraße 81. 1955R\*

#### Patentanwalt Wessel, Gütshinerstraße 91a.

#### Architektverein von Frau Kostoth Schlachtenher, Kurstraße 8 III.

#### Technikum, Berlin, Reanderstraße 3 (Schinkel-Akademie), Inhaber: Arthur Berner, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkunst, Lehrerbildung, Werkmeister, Monteur, Tischler, Anstaltmeister, Polsterkunst, Architektur, Tageskurse, Abendkurse. \*

#### Goldfäden, Jagdbüchse, Jodel bis 70 Pfennig, laßt Ankaufskontingentsgeschäft. Kottbuserstr. 14, Koabit. 16/8

#### Nähmaschinenreparaturen (auch gemäß schnell und billig, auch außer dem Hause). Dellmann, Giesebachstraße 26. 2006R\*

#### Handwäscherei. Wäsche wird schonend gewaschen, Freieintrag, Leinwand, vier Handtücher, vier Taschentücher, Laten 0,10. Kein Verschleiß. Abholung Donnerstags. Frau Kuback, Köpenick, Fienningstraße 9. 2004R

#### Wachschank Dreifach, Köpenick, Pariserstraße 18, liefert (schonend) im Rollen geleichte Wäsche, 4 Handtücher 0,10. Abholung Donnerstags.

### Vermietungen.

#### Preisreduzieren, sehr billig, passend für Familien, zu vermieten Kottbuserstr. 26. Näheres Reich Doleid.

### Wohnungen.

#### 2 und 3 Zimmerwohnung mit Bad, Balkon usw. billig zu vermieten. Charlottenburger Ufer 11. 2047R

#### Balkonwohnungen, 2 Stuben, Küche, 32,—, sofort, Kleiner Kottbuserdamm 19, Gartenhaus. 13/15\*

### Zimmer.

#### Sofort Balkonzimmer, kleine Gartenanlage, Vorderhandflächen, Kottbuserstr. 21. 16/8\*

#### Balkonzimmer, leer, zweifach, Parkanlage, Bäderanlage, 20 Karf für soliden einzelnen Herrn. Kottbuserstr. 21. 16/8\*

#### Flurzimmer, möbliert, 1 oder 2 Herren, vermietet Schmidt, Giesebachstraße 6, vorn II. 11/25\*

#### Kleines möbliertes Zimmer Willibald-Alexis-Str. 35, vorn IV, Raitwald. 11/27\*

### Schlafstellen.

#### Schlafstelle für zwei Herren. Kottbuserstr. 43 I. 11/27\*

#### Möblierte Schlafstelle, Herrn, Grüner Weg 63, Vorderhaus 1, Meißel. 11/24\*

#### Schlafstelle für Herrn. Wallertorstr. 63, Hof II rechts. 11/20\*

#### Zugleich, freundliche Schlafstelle (Herrn). Witte Dagen, Weidenweg 71. 29895\*

#### Möblierte Schlafstelle, allein, 17,00, inklusive Wagner, Kottbuserstr. 129. 2921b

#### Möblierte Schlafstelle, allein, Witte Fiedig, Neglitzstraße 35, II. 2921b

#### Freundliche Schlafstelle, leichtes Bett, Dragonerstraße 18, Quergebäude I, Stein. 2920b

#### Schlafstelle, Schmitt, Bernauerstraße 45. 11/24

#### Schlafstelle für 1 Herrn. Gerich, Kottbuserstr. 9. 11/28

#### Schlafstelle zu vermieten, Dantelmannstraße 16, bei Brandor, I. Seitenflügel, parterre. 11/28

#### Schlafstelle vermietbar, Dantelmannstraße 30, Vierecke. 16/11

### Arbeitsmarkt.

#### Stellenangebote.

#### Zeitungsfranch. sofort verlangt Pringenstraße 41, Keller. 16/14\*

#### Steindruck-Anlegerin und Bogensängerin verlangt Kottbuserstr. 18. 16/15\*

#### Schwarzschneider, Schwarz, im Hause Genzel, Kottbuserstr. 5. \*

#### Turkulaferinnen verlangt Dampfweberstr. 179. 16/6

#### Plättnerinnen auf Kottbuserstr. verlangt Dampfweberstr. 179. 16/15\*

#### Zeitungsfranch. sofort verlangt Schiffbauerdamm 1. 16/15\*

#### Wäscheaufw. auf gute Damenpaletts, im Hause, auch anlernen, kostenlos, Brunnenstraße 42. 2887b

### Silberpreffer,

der schon auf acht gearbeitet, wird gesucht. Offerten schriftlich einreichen.

## H. Meyen & Co., Kottbuserstr. 20.

### Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit und Lohnminderungen sind gesperrt: Tischlerei Böhmisch & Co., Kottbuserstr. 35. Knopffabrik Kaal & Thiemann, Kottbuserstr. 35. Pianofabrik Zelter & Winkelmann, Kottbuserstr. 35. für Maschinenarbeiter des Bau- und Berliner Arbeitervereins. Vermittlungsverein d. getrennt. Handwerkervereins. Die Erwerbslosenverein Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.



### Zu den Kaufmannsgerichtswahlen.

Am Sonntag, den 12. Februar 1911, 10—3 Uhr, finden die Wahlen der Handlungsgehilfenbeisitzer zum Berliner Kaufmannsgericht statt.

Zur Teilnahme an den Wahlen sind nur berechtigt solche Handlungsgehilfen, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben und in Berlin beschäftigt sind, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von 5000 M. nicht übersteigt.

Nicht wahlberechtigt sind: a) Personen weiblichen Geschlechts; b) Ausländer; c) Personen, welche die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben; d) Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann; e) Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Zur Ausübung des Wahlrechts ist eine Bescheinigung des Prinzipals oder der Polizeibehörde erforderlich.

Ämtliche Formulare für diese Bescheinigung sind zu haben beim Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Bezirk Berlin), Geschäftsstelle: NO. 43, Neue Königl. 36, geöffnet werktäglich 9—7 Uhr (Montags bis abends 1/2 10 Uhr) und in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, Laden.

Jeder Leser Sorge dafür, daß alle Handlungsgehilfen, welche obigen Bedingungen entsprechen, ihr Wahlrecht benutzen und ihre Stimme abgeben für die

#### Liste 3

des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands.

### Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht und gefälligen Beachtung.

Am Dienstag, den 7. Februar: Generalversammlung der sechs Berliner Kreise.

Am Mittwoch, den 8. Februar: Jahlabend in Groß-Berlin.

Am Donnerstag, den 9. Februar: Beginn des zweiten Frauen-Kurses.

Am Sonntag, den 12. Februar: Massensammlungen in Groß-Berlin.

Am Sonntag, den 26. Februar: Ordentliche Verbands-Generalversammlung.

Am Montag, den 27. Februar: Frauen-Abend.

Die Kreisvorstände bitten wir freundlichst, bei ihren Dispositionen die angeführten Veranstaltungen in Betracht zu ziehen. Das Verbandsbureau.

#### 6. Wahlkreis.

Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die heute stattfindenden Versammlungen der Abteilungen aufmerksam gemacht, in denen neben der Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung auch Vorträge auf der Tagesordnung stehen.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 31. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Rathhäusern, Reiningers Str. 8: Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins. Tagesordnung: Kommunalpolitik im Reichstag und Landtag. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse J. Kollnau. Diskussion. Massenbericht. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. Vereinstangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Schwarzendorf. Heute Dienstag, 31. Januar, abends 8 Uhr: Generalversammlung bei Gastwirt Bartel, Warnemünder Straße 6.

Jessen. Am Mittwoch, abends 1/2 7 Uhr, von Kurzer aus: Flugblattverbreitung.

Freitag, abends 8 Uhr, in demselben Lokale: Volksversammlung. Thema: Die Wahrheit über die Diener Gottes und der hiesige christliche Volksverein. Referent: Genosse E. Unger-Berlin.

Königs-Waltherhausen. Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale der Witwe Wedhorn, Altes Schützenhaus: Wahlvereinsversammlung. T.-D.: 1. Fortsetzung über die verschiedenen Parteiprogramme. Referent: Genosse G. R. R. 2. Massenbericht. 3. Wahl von zwei Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 4. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Reinickendorf-Or. Heute, abends 8 Uhr, in Ramlovs Kastanienwäldchen, Schönholz Nr. 14: Generalversammlung des Wahlvereins.

### Berliner Nachrichten.

#### Ein Frauenmord bei Stolpe

Beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei und die Vorortbehörden. Die 84 Jahre alte Ziegelei-Frauen Pauline Gorgolewski, geb. Fennig, deren Mann auf der Ziegelei Stolpe beschäftigt ist, wurde Sonntagmorgen an einem Feldwege ermordet aufgefunden. Wahrscheinlich liegt ein Aufbruch vor.

Die Ziegelei, die zu dem Gute Stolpe an der Nordbahn gehört, liegt etwa ein Kilometer von dem Dorfe und etwa drei Kilometer von der Nordbahnstation, zu der die Villenkolonien Stolpe und Hohen-Neuendorf gehören, entfernt. Die Frauen der Ziegeleiarbeiter pflegen Sonnabends in Stolpe-Hohen-Neuendorf einzulaufen. So auch Frau Gorgolewski. Als sie nicht zurückkehrte, wandte sich ihr Mann, nachdem er vergeblich selbst gesucht hatte, an den Amtsvorsteher Hauptmann Grabenstein. Dieser bot alsbald die Gendarmen und ebenso die Gutsknechte und Ziegeleiarbeiter auf, um das Gelände abzusuchen. Nachdem die Nachforschungen am Sonnabend erfolglos geblieben waren, wurden sie Sonntagmorgen wieder aufgenommen. Jetzt fand man die vermehrte Frau in der Nähe der Kleinbahn, die die Ziegelei mit den Tongruben und der Havel verbindet, in einer Schänke erdroffelt an. Nach den seitherigen Ermittlungen lauerte der Mörder der Frau auf dem Fußwege nach Hohen-Neuendorf auf, warf ihr eine Schürze um den Hals und zog sie mit einem Ruck zu Boden. Trotzdem setzte sie sich in dem Kieferngebüsch unmittelbar am Wege noch zur Wehr. Dem Mörder wurde dabei der Hut vom Kopfe gerissen, so daß ein Stück Futter, das lose darin lag, herausfiel. Der Hut ist ohne Zweifel mindestens einmal auf den weichen Lehmboden gefallen

und muß also besudelt worden sein. Von der Ueberfallstelle schleppte der Mörder sein Opfer, wie Schleißen deutlich zeigen, zunächst 30 Schritte in den Wald hinein. Dort kam es noch einmal zu einem Kampfe. Von dieser ersten Lagerstelle wurde die Frau dann noch 20 Schritte weiter in den Wald geschleift. Wahrscheinlich hat der Mörder es zunächst nur auf eine Verewaltung abgesehen gehabt. Als er dann sah, daß die Frau tot war, hat er ihr auch ihr altes schwarzes, abgegriffenes Klappportemonnaie mit etwas über 10 Mark abgenommen. Mit Kiefernästen, die er von dem niedrigen Gezeig abbrah, bedeckte er die Leiche zu, damit sie nicht so leicht gesehen werde. Dann ging er über das freie Feld nach Frohnau davon. Frau Gorgolewski ist gegen 1 Uhr von ihrer Wohnung auf der Ziegelei weggegangen. Vier Arbeiter der Ziegelei haben sie gesehen. Obwohl sie nur einige hundert Meter von der Unfallstelle entfernt arbeiteten, hörten oder sahen diese Männer nichts Verdächtiges. Der Polizeihund Volko nahm Bitterung und versagte eine Spur einige hundert Meter weit durch das Tannenholz. An einer Blöße, die einige Korzen groß ist und mit Raufreis bedeckt war, hörte sie auf. Bei ihren Nachforschungen nach dem Täter durchsuchte die Gendarmen besonders auch die sogenannten Schmitterläden in der Gegend von Stolpe, Hohen-Neuendorf und Frohnau, die anderwärts um diese Zeit leer zu stehen pflegen, hier aber von Wahn-, Kanal-, Terrain- und Ziegeleiarbeitern benutzt werden. Dort finden auch wohl Leute Unterschlupf, die Arbeit suchen oder umherkummeln. Wahrscheinlich ist in solchen Kreisen der Mörder zu suchen. Dieser mag wohl auch nach der Tat irgendwo eine Schenkwirtschaft aufgesucht haben, wo er wegen seines beschmutzten Hutes aufgefallen sein könnte.

Das Mitbringen von Schwären nach den städtischen Irrenanstalten — so wird uns geschrieben — bedarf der einheitlichen Regelung. Es wird von den Angehörigen der Patienten darüber geklagt, daß die Anstaltsdirektionen diese Frage nicht bloß aus ihrer Sachvollkommenheit heraus entscheiden, sondern zum Teil auch rigoros behandeln. Man kann volles Verständnis dafür haben, daß auf allen Stationen, wo zahlreiche Patienten ihrer Natur nach ständig unter Flußverdacht stehen, eine Kontrolle der mitgebrachten Schwären stattfindet, also besonders in den „festen Häusern“, wo ja das Einschmuggeln von Ausdruckswerkzeugen und Kassibern in Schwären früher gar nichts Seltenes war. Auf den Stationen für solche Leichtkranke, die strafrechtlich nicht oder wenig auf dem Sterbholz haben, könnte wohl die Kontrolle wesentlich einfacher gehandhabt werden. Hier ist der Einwand, daß diätetische Rücksichten geübt werden müßten, doch nicht so zu berücksichtigen wie in den Stenstationen. Wenn Angehörige sich erst zum Oberarzt bemühen müssen, um die Erlaubnis zur Uebergabe von ein paar gelochten Eiern oder eines Stückes Butter an einen körperlich völlig gesunden Patienten zu erwirken, so ist das eine übertriebene Vorsicht und geradezu eine Verharmung. Die Direktion in Herzberge ist der Ansicht, die Verpflegung sei so gut und ausreichend, daß für die Angehörigen keine Veranlassung vorläge, außer Obst und allenfalls Kuchen irgend etwas mitzubringen. Das kann nicht als richtig anerkannt werden. Patienten, die nicht arbeiten können oder wollen, erhalten zum zweiten Frühstück lediglich eine Margarinebutter ohne Belag und ohne Kaffee oder Milch. Das genügt also gerade, um den Hunger zu befriedigen. Zum Abendessen wird durchgängig, auch an arbeitende, kein Belag geliefert. Wer also wochen- oder monatelang nicht arbeiten kann, dem ist wohl eine bessere Pflege auf Kosten der Angehörigen zu gönnen. Die Anstalten Dalldorf und Wuch sind in dieser Beziehung bedeutend einsichtiger und duldsamer. Hier findet bei den Leichtkranken überhaupt keinerlei Kontrolle statt. Jeder Besucher bringt mit, was ihm beliebt, und kann das Mitgebrachte ohne jede Bekümmern dem Patienten übergeben. Wiederholt sind in Herzberge Pakete mit Schwären nach der Kontrolle durch den Oberpfleger beziehungsweise Stationsarzt nicht in die Hände der Patienten gelangt. Ferner sollen hier Verwechslungen häufiger vorkommen. Weisheit über alle diese Dinge keine einheitlichen Vorschriften, so müssen sie eben getroffen werden. Es darf nicht in das Versehen jedes Direktors gestellt sein, die Angehörigen im Mitbringen unschädlicher Schwären zu beschränken und damit die ungenügend verpflegten Patienten um einen harmlosen, aber für sie außerordentlich wertvollen Genuß zu bringen.

Rücksichtslosigkeit der Großen Berliner. Man schreibt uns: Am Sonnabend, den 28. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, bestieg ich an der Ecke der Stolpischen Straße einen Anhängewagen der Linie 49 (Niederhörsinghau—Friedrichstraße), um nach dem Engelufer zu fahren. Am Alexanderplatz wurden die Fahrgäste aufgefordert, in den vorderen (Motor-)Wagen Platz zu nehmen, da der Anhängewagen nur bis zum Alexanderplatz mitgeführt würde. Da der Motorwagen aber völlig besetzt war, erklärte der Schaffner mir und noch einem Fahrgast des Anhängers, er könne und nicht mitnehmen, der Wagen sei überfüllt. Ich mußte also, um nach dem Engelufer zu gelangen, noch einmal 10 Pf. aufwenden. In dem Anhängewagen war wieder ein Hinweis darauf angebracht, daß der Wagen nur bis zum Alexanderplatz mitfährt, noch machte der Schaffner mich darauf aufmerksam. Durch solche geschäftlichen Tricks werden dem einzelnen nicht nur unnötige Ausgaben verursacht, es erwachsen ihm unter Umständen auch andere Annehmlichkeiten. Vor allen Dingen entziehen aber dadurch Verkehrsunfähigkeiten, die sich eine Gesellschaft, der man die Straßen Berlins ausgeliefert hat, nicht zuschulden kommen lassen sollte.

Unseres Erachtens läuft die oben geschilderte Praxis der Großen auf eine Rücksichtslosigkeit und Verleerung des Publikums hinaus. Emil Voigt. Ein braver Parteigenosse ist in der Person des Genossen Emil Voigt gestorben. Genosse Voigt — der nur 51 Jahre alt geworden ist — ist den Genossen im Südosten des vierten Wahlkreises gut bekannt gewesen und war einer von den vielen, denen die Partei über alles ging, ihr zu jeder Zeit und Stunde zur Verfügung stand und ihr alle Kräfte weichte. Die Tätigkeit des Genossen Voigt lag im engeren Kreise. Die so mühevolle Kleinarbeit war sein Gebiet, auf dem er sich in der opferwilligsten Weise betätigte. Lange Jahre versah Emil Voigt das Amt eines Vertrauensmannes im vierten Wahlkreise, im Jahre 1901 wählten ihn die Genossen in die Stadtverordnetenversammlung, wo er in seiner Weise seine Pflicht erfüllte. Von Verus war Voigt Nordmacher, später Lagerhalter und betrieb zuletzt in der Raunhnsstraße eine Gastwirtschaft. Gänzlich ist es ihm nie gegangen. Von einfachen, schlichtem Wesen, erfüllte unseren Freund ein hoher Idealismus, der ihn zu den größten Opfern bereit fand. Er war einer von dem Schlage, die für ihre Ueberzeugung alles hingeben und auf die man sich in allen Fällen verlassen konnte. Die Partei wird dem Verstorbenen ein gutes Andenken bewahren.

Ueber die Regulierung der Greifswalder Straße brachten wir Ende Dezember eine längere Notiz, in der dargelegt wurde, daß ein wesentliches Hindernis bei der Regulierung das Verhalten der Gebrüder Bögow bildete, in deren Besitz sich das Gelände an der östlichen Seite befindet. Es wurde von den beiden Brüdern gesagt, daß der eine auf einem Rittergut in der Mark lebe und jede Verhandlung ablehne, weil er nicht wisse, was er mit dem „Dreißigtausend“ machen solle. Jedemal aber erscheine der andere Bruder Julius, um Einspruch zu erheben, damit das Gelände nicht „zu billig“ verkauft werde. So hätten sich die Verhandlungen hin-

gezogen, ohne zu einem Resultat zu gelangen. Die Bögowischen Erben sollten aber von der Tiefbaudeputation nochmals zu einer Aeußerung aufgefordert werden, erfolge wieder eine ablehnende Antwort, so solle der Magistrat ersucht werden, das Enteignungsverfahren wegen des notwendigen Straßensandes einzuleiten. Dieser Darstellung gegenüber erklärte uns Herr Kommerzienrat Julius Bögow, daß sie — die Bögowischen Erben — bereits im September 1897 in einem in Abschrift vorgelegten Schreiben an die Tiefbaudeputation sich zur unentgeltlichen Abtretung und Freilegung des Straßensandes der Greifswalder Straße bereit erklärt hätten, sobald die Pflasterung wirklich zur Ausführung gelange.

In ämtlichen Stellen, an denen wir in dieser Sache haben Rücksicht nehmen lassen, wird und bestätigt, daß die Behauptung des Herrn Julius Bögow zutrifft. Es wird uns aber mitgeteilt, daß man die obige Erklärung für unverbündlich gehalten habe, da eine grundsätzliche Eintragung von Herrn Hermann Bögow abgelehnt wurde. Können man hoffen, daß die Bögowischen Erben noch jetzt zur unentgeltlichen Abtretung des Geländes bereit seien, so würde von der Tiefbaudeputation das weitere veranlaßt werden.

Der Stadtverordnete Rentier Adolf Mertens ist am Sonntag nach längerer Krankheit im 68. Lebensjahre verstorben. Mertens, ein früherer Bädermeister und Mitglied der Fraktion der alten Linken, vertrat zuletzt den XV. Gemeindevahlbezirk in der I. Abteilung.

Die Sozialpatrioten in Moabit, wie Hausbesitzervereine, Bürgervereine, Handwerkervereine, Kriegervereine und andere Korporationen haben die 50 jährige Zugehörigkeit des Stadtteils Moabit zu Berlin mit einer großen Festlichkeit begangen, bei der verschiedene Reden gehalten wurden. Der Bürgermeister Meide befand sich gleichfalls unter den Festrednern.

Die Straße dient dem Verkehr, so diskutierte im vorigen Jahre Herr v. Jagow. Da verbot er den Wahlrechtskämpfern, in der Straße Berlins spazieren zu gehen. Jetzt scheint der Berliner Polizeipräsident anderer Meinung geworden zu sein, denn er erteilte dem Klub der Rheinländer die Erlaubnis, am Sonntag eine närrische Kappenfahrt durch Berlin zu veranstalten. Ein Bericht über die Kappenfahrt durch Berlin ist in der nächsten Nummer des „Vorwärts“ zu lesen. Am Bahnhof Alexanderplatz waren um 12 Uhr mittags etwa 50 Equipagen aufgeföhren, deren Kutscher und Diener teils in friderizianischer, teils in Landknechtsmühe gekleidet waren. Tausende von Neugierigen hatten sich eingefunden, welche die Ankunft der „Geden“ mit lautem Hoch begrüßten. Die Rheinländer trugen die dreispitzige Karrenmühe, deren Gläser bei jedem Schritt leise erklangen. Die Mitglieder des Kleinen Rats, sowohl vom Klauf wie vom Klub der Rheinländer, waren im vollen Ornat, mit Ketten und Orden geschmückt, erschienen. Punkt 12 Uhr wurden die Wagen bestiegen und unter Voranfuhr der Spielleute, Landknechte und Karren setzte sich der lange Zug in Bewegung. In der engen Königstraße entstand gar bald ein lebensgefährliches Gedränge. Autobusse, Straßenbahnen, Droschken und Autos schoben sich in drangvoller Enge zusammen, um die „Karren“ vorüberzulassen. Zwischen den Equipagen Männlein und Weiblein, die mit den Rheinländern lustige Scherzworte tauschten. Aus den Wagen flogen unausgeseht Blumenpendeln, um die auf der Straße mancher heiserer Schrei erklang. So ging es am Rathaus vorbei nach dem Schloßplatz, wo Schutzmannschaften vergeblich die zahllosen Laufende der Mitläufer abzuhalten versuchten. Die Musik intonierte das Reuhenlied, jedoch erschien der Kaiser, von dem man gehofft hatte, daß er den Zug vom Fenster aus besichtigen würde, nicht am Fenster. Im langsamem Schritt fuhr die Wagen durch die mit Menschen überfüllte Straße unter den Linden — selbst die aufziehende Wahe vermochte kein Interesse zu erregen — und nachdem man an der Friedrichstraße eine längere Verweilung überwinden hatte, ging es im schlanen Trab durch das Brandenburger Tor, die Charlottenburger Chaussee entlang durch den Westen bis zum Zoologischen Garten. Von hier aus traten dann die Rheinländer die Rückfahrt nach ihrem Klublokale an.

Man sieht aus der Veranstaltung und dem Verhalten des Herrn v. Jagow bei dieser Gelegenheit, daß der Berliner Polizeigewaltige auch anders kann, als Neugierige zu warnen. Nur darf es sich nicht um Sozialdemokraten handeln!

Drei Straßenbahnunfälle ereigneten sich am gestrigen Sonntag. In der Schönhauser Allee, nahe der Stolpischenstraße, stürzte gegen 11 Uhr mittags der Photograph Albert Houben aus der Schönbühner Str. 37 von einem Straßenbahnwagen der Linie 47, den er während der Fahrt bestiegen wollte. Houben geriet unter den Anhängen und erlitt eine starke Quetschung der linken Kopfseite. — In der Königgräber Straße schlug die Kontaktschwinge eines Straßenbahnwagens aus unbekannter Ursache in eine Seitenschwinge eines anderen Straßenbahnwagens der Linie 14. Die Schwinge ging in Trümmer, wobei das Ehepaar Rahmsdorf aus der Gneisenaustr. 101 leicht verletzt wurde. — Am Schönhauser Tor geriet ein noch unbekannter Mann unter den Vorderperron eines Straßenbahnwagens der Linie 1. Der Verunglückte erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und mußte in bewußtlosem Zustande nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Straßenbahnwagen ereignete sich gestern früh gegen 1/2 9 Uhr in der Nähe des Königsplatzes. Vor dem Hause Bismarckstraße 5 verfuhr der Chauffeur der Autodroschke L. A. 9713 vor einem ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie 23 E das Geleis zu kreuzen, nahm jedoch die Kurve zu kurz und stieß gegen den Vorderperron des Bahnwagens. Der Anprall erfolgte mit großer Wucht, so daß das Auto stark demoliert wurde. Der Insasse der Droschke, Direktor Bernke aus Posen, der sich zurzeit besuchsweise in Berlin aufhält, wurde bei dem Zusammenstoß gegen die Seitenwand des Autos geschleudert und erlitt innere Verletzungen und durch umherfliegende Glassplitter erhebliche Schnittwunden im Gesicht. Der Verunglückte wurde nach der Charité überführt. An dem Bahnwagen wurde die Schutzweiche beschädigt.

Das Opfer eines eigenartigen Unfalles ist der 19jährige Handlungsgehilfe Kälber aus Oranienburg geworden, der in einem Radrijegeschäft in Berlin beschäftigt ist und täglich den Hin- und Rückweg mit der Vorortbahn zurücklegt. Vor etwa 14 Tagen hatte der junge Mann zur Rückhausefuhr den um 8.40 Uhr abends von Berlin abgehenden Zug benützt. Kurz hinter der Station Pankow wurde von einem Passagier die Notbremse gezogen und bei dem plötzlichen Halten des Zuges wurde K. heftig mit dem Kopf gegen die Rückwand des Abteils geschleudert. Seitdem plagte er über heftige Kopfschmerzen. Aber erst nach einigen Tagen, als die Schmerzen immer heftiger wurden, zog man einen Arzt zu Rate, der eine schwere Gehirnerschütterung feststellte. Leider war nun ärztliche Hilfe zu spät. Noch an demselben Tage stellte sich tiefe Bewußtlosigkeit ein und nach viertägigem Krankenlager ist gestern der bedauernswerte junge Mann verstorben.

Der Gipfel der Spießbübenfreiheit. In der Nacht zum Montag wurde bei dem Uhrmacher Hermann Krenner, Frankfurter Allee 154, ein Einbruch verübt, bei welchem den Dieben für etwa 1200 M. Goldwaren in die Hände fielen. Der Einbruch, der gegen 4 Uhr morgens erfolgte, war unbemerkt geblieben, so daß die Spießbüben mit ihrer Beute ruhig abziehen konnten. Gegen 6 Uhr früh wurde an der Tür des partiere wohnenden Uhrmachers heftig geklopft. Der Verstoßene, der noch im tiefsten Schlafe lag, fuhr auf und fragte, was es gäbe. Darauf wurde ihm von draußen geantwortet, daß bei ihm eben eingebrochen worden sei, und der freudliche Warner sagte lachend hinzu: „Wenn Sie sich kämmel anziehen, können Sie die Beute noch laufen sehen“. Der Uhrmacher riß das Fenster auf und sah gerade noch zwei Männer in



der Dunkelheit verschwinden. Der Bestohlene sollte nun in den Baden und fand zu seinem Schrecken die Angaben der freundlichen Barner, die keine anderen als die Diebe selbst waren, bestätigt.

Auch an anderen Stellen der Stadt wurde eingebrochen. Schwer geschädigt wurden dabei verschiedene Arbeiter, denen so ziemlich die gesamte Wohnung ausgeräumt wurde und die nun vollkommen hilf- und mittellos dastehen. Was sich die Kerntisten in diesen Jahren mühevoll erworben haben, ist ihnen mit einem Male von Spitzbuben genommen worden. Gerade diese kleinen Leuten werden bei einem Wohnungsdiebstahl am schwersten getroffen, da sie nicht versichert sind.

Wer sind die Ertrunkenen? Am 26. dieses Monats abends gegen 8 1/2 Uhr sprang von der Weidendammer Brücke eine unbekannte Frau mit einem kleinen Kinde in die Spree. Beide ertranken. Die Frau war etwa 25—30 Jahre alt und trug Mantel und Hut; das Kind mochte etwa 3—4 Jahre alt sein und war mit einem Paletot bekleidet. Die Leichen sind noch nicht geborgen. Personen, die über die Persönlichkeiten dieser beiden Angaben machen können, wollen sich mündlich an ein Polizeirevier oder schriftlich an das Polizeipräsidium zu 415 IV. 55. 11 wenden.

Der Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein (Mitglied des Bundes „Solidarität“) hielt am 24. Januar cr. seine Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß 7 Generalversammlungen, 14 Pentakontadortbesuche und eine Mitgliederversammlung stattgefunden haben. An Unterstützungen wurden gezahlt: Unfallunterstützung 1471,50 M. für 902 Krankentage; Sterbeunterstützung in acht Fällen mit 438 M.; Unfallunterstützung 80 M. Also eine Gesamtunterstützungssumme von 1989,50 M. Einem Mitglied der Jugendabteilung wurde für sein gestohlenes Rad aus der Vereinskasse Ersatz geleistet. Agitation wurde in 21 Bewerkschafts- und 6 politischen Versammlungen getrieben und 7800 Flugblätter verbreitet. Grenzarten für zollfreie Ueberschreitung der Grenzen wurden neun aufgestellt. Aus dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß die Bilanz vom 4. Quartal in Einnahme und Ausgabe die Summe von 2517,20 M. aufweist. Der Bericht der Kommission des Fahrradhauses ergab, daß der Umsatz im Jahre 1910 circa 600 000 M. betragen hat. Bei Parteselligkeiten und Gewerkschaftsvergütungen wurden 40 Reigen der Zentralriege gefahren. Da sich die Reigenriege großer Beliebtheit erfreut, wurde beschlossen, vier weitere Reigenräder anzuschaffen, so daß eine Zwölfer-Mannschaft gebildet werden kann. Beschlossen wurde, der Partesellklasse 100 M. für die Reichstagswahlen zu überweisen.

Sämtliche für den Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein bestimmten Sendungen sind wie bisher an den Genossen Richard Karcas, S. 59, Schönleinstr. 11, vorn I, zu richten. Derselbe erteilt bereitwilligst Auskunft über alle Vereins- und Bundesangelegenheiten.

Feuer bei der Berliner Palettsfahrergesellschaft. Durch dreifachen Mann wurde in der Sonntagnacht die Berliner Feuerwehr nach dem Hauptdepot der Berliner Palettsfahrergesellschaft in der Ritterstraße 98/99 gerufen. Als die Löschzüge dort eintrafen, stand das Obergeschloß des Maschinenhauses und die Dachkonstruktion dieses Gebäudes in hellen Flammen. Der Brand war auf bisher unauferklärte Weise in einer Reparaturwerkstatt ausgebrochen und von dem Wächter erst bemerkt worden, als die Flammen schon an verschiedenen Stellen herausschlugen. Auch ein Wauerist, das wegen eines Umbaus errichtet ist, hatte bereits Feuer gefangen. Zum Glück war der Funkenflug sehr günstig, so daß der Lagerstuppen und ein angrenzendes Fabrikgebäude vom Feuer verschont blieben. Die Löscharbeiten zogen sich bis nach 8 Uhr früh hin. Die Reparaturwerkstatt ist ausgebrannt, ebenso wurde der Dachstuhl ein Raub der Flammen.

Auf einer Radtour des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Solidarität ist am letzten Sonntag im Birkenwäldchen ein Rad vertauscht worden. Der bei diesem Irrtum in Frage kommende wird gebeten, sich zwecks Umtausches an Albin Schubarth, Bergstraße 75, Hof parterre, zu wenden.

In einem Omnibus der Linie 7 (Oranienplatz—Stettiner Bahnhof) hat am Donnerstag eine Arbeiterfrau eine grünlederne Handtasche mit Inhalt verloren. Der Finder wird um Abgabe an Wilschnewski, Luisenauer 52, gebeten.

## Vorort-Nachrichten.

**Rixdorf.**  
Die Annahme von Kostenvorschüssen bei der Krankenhausaufnahme von Selbstkranke soll einem Beschluß der Krankenhausdeputation zufolge in Zukunft nach den Vorschlägen der Armendeputation vom 20. Dezember v. J. erfolgen. — Zu der Angelegenheit betreffend die Einführung einer unentgeltlichen poliklinischen Sprechstunde für Unbemittelte im städtischen Krankenhaus beschloß die Deputation, zunächst von anderen Krankenhäusern Auskunft über den Umfang, die Zweckmäßigkeit und die Kosten solcher Einrichtungen einzuholen. — Des Weiteren wurde die Beschaffung einer fahrbaren, mit abnehmbarer Bedachung versehenen Tragbare für den Transport nach den einzelnen Stationen beschlossen. Die von der Direktion beantragte Aufstellung von Holzgerüsten zur Lüftung von Betten und Matragen, wie solche in anderen Krankenhäusern üblich sind, wurde genehmigt. — Mit der Akkumulatorenfabrik A. G. soll nach dem Angebot vom 2. v. M. ein Revisionsabkommen bezüglich der elektrischen Lichtanlage auf ein Jahr abgeschlossen werden. — Das vom Hochbauamt vorgelegte Projekt für den im zweiten Bauabschnitt vorgesehenen zweigeschossigen Isolierpavillon wurde genehmigt.

**Lichtenberg.**  
Aus der Gewerkschaftsunterkommission. In der letzten Sitzung gab der Obmann Genosse Fr. J. über den Jahresbericht. Dem starren sind 15 Gewerkschaften angeschlossen mit insgesamt 90 Delegierten. Einzelne Verufe wie Bäcker, Barbierer, Schlächter usw. sind leider immer noch nicht im Kartell vertreten, trotzdem das hiesige Gewerkschaftsleben ein recht reges ist, und gerade diese Gewerkschaften bei Durchführung ihrer Forderungen am meisten auf die solidarische Haltung der übrigen Gewerkschaften angewiesen sind. Da durch die Angleichung der Orte Hohenknäusen, Rummelsburg und Stralau die Arbeit des Ausschusses eine größere geworden ist, wurde dieser vergrößert, er besteht nunmehr aus 10 Personen. Als Obmann des Kartells wurde der Genosse Kreising, O. 112, Niederbarnimstr. 25, gewählt. An demselben sind alle die Unterkommission betreffenden Zuschriften und Anfragen zu richten. Unentschuldig fehlten die Gastwirtsgehilfen und Bureauangestellten.

**Charlottenburg.**  
In der gut besuchten Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung und der Kommissionen vorgenommen. Da der langjährige Bevollmächtigte und der Kassierer eine Wiederwahl ablehnten, so wurden zum ersten Bevollmächtigten Kollege Otto Storch, Arummstr. 56, und zum Kassierer Kollege August Hammei, Charlottenburger Ufer 12 wohnhaft, gewählt. In die Vertikalkontrollkommission wurden die Kollegen Oegler, Waleusch, A. Neubert, Köcher, E. Scharnberg, E. Scholz, Wöhlert, Bengel und Winkler gewählt.

**Stralau.**  
In der Generalversammlung des Wahlvereins gab noch Aufnahme 29 neuer Mitglieder Genosse Sundlach den Kassierbericht. Danach war am 31. Dezember 1910 ein Bestand von 308,74 M. vorhanden. Wie hierauf Genosse Kaufsch in seinem Geschäftsbericht mitteilt, haben im letzten Halbjahr 8 Mitglieder- und 8 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Bei der letzten Hausagitation wurden 12 Abonnement für den „Vorwärts“ und 9 neue Mitglieder gewonnen, so daß der Mitgliederbestand jetzt 303 beträgt. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er für die kommende Reichstagswahl

zu reger Agitation auf. Die Bibliothek hat zurzeit einen Bestand von 104 Bänden. Als Delegierte wurden die Genossen Kaufsch, Schmidt und Wierenthal, als Ersatzwahl Genosse Fischer gewählt, ebenso wurde die Genossin Galtwas als Kassierin bestätigt. Der Ueberschuß vom Weihnachtsergebn beträgt 53,55 M.

**Karlshorst.**  
In der Mitgliederversammlung des hiesigen Bezirksvereins referierte Genosse Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt unter lebhaftem Beifall über: „Die politische Situation und die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Genosse Förster gab hierauf den Jahresbericht. Die Einnahmen betragen 375,51 M., die Ausgaben 207,82 M. Der Mitgliederbestand beträgt 240 gegen 217 am 1. Juli; davon sind 83 weibliche Mitglieder. 82 männliche und 5 weibliche Mitglieder entfallen auf Biesdorf. Den Vorstandsbericht vom ersten Halbjahr erstattete Genosse Richard Käter. Es haben stattgefunden vier Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Frauenversammlung. Eine stattgefundene Elternkonferenz kam zur Wahl eines Jugendausschusses. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser ist innerhalb der Berichtszeit von 229 auf 202 gestiegen. Redner erwähnte, obwohl erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen seien, zu unablässiger Mitarbeit; dieselbe sei besonders gegenwärtig notwendig. Es erfolgte noch der Hinweis zur Beteiligung an den für die Genossen Nieder-Barnims veranstalteten „Urania“-Vorträgen. Diskutiert wurde der Antrag Rankow betr. Herausgabe des „Vorwärts“ an Montagen während der Wahlzeit. Es soll dahin gewirkt werden, daß eine dauernde Montagsausgabe geschaffen wird. Die Kassierin, Genossin Kaiser, wies auf die Bedeutung des Frauentages am 19. März hin und ersucht um rege Propaganda dafür.

**Teltow.**  
Die sehr die Eröffnung einer Verkaufsstelle des Teltower Arbeiter-Konsumvereins in Teltow den hiesigen Geschäftsleuten wider den Strich geht, zeigen die marktschreierischen Inserate, die diese jetzt im hiesigen Blatt loslassen. Da werden mit einmal den Konsumenten 4 Prozent Rabatt auf Waren gewährt, und es wird besonders betont, daß die Lumbichst unter dieser Vergünstigung nicht erst eine „größere Summe baren Geldes als Geschäftseinlage“ zu entrichten hätte. Die hiesige Arbeiterkraft wird sicher den reklamehaften Lodungen der Geschäftsleute nicht folgen. Es ist klar, daß die von letzteren angebotene Dividende von 4 Prozent mit der Ware bezahlt werden muß und daß die Geschäftsleute nur die Konkurrenz des Konsumvereins fürchten. Die Arbeiterkraft wird daher nur um so eifriger für den Konsumverein Mitglieder werden.

**Rotowes.**  
Gewerkschaftskartell. In der letzten Sitzung erstattete der erste Vorsitzende, Genosse Engel, den Jahresbericht. Aus demselben ist u. a. folgendes zu entnehmen: Im verfloßenen Jahre wurde eine Agitationskommission für den Konsumverein ins Leben gerufen, die eine nührende Agitation für den letzteren geleistet hat. Neue Tarifabkommen erzielten die Schneider und die Tabakarbeiter. Ein schon lange gehegter Wunsch, die Errichtung eines Gewerbevereins, wurde zur Wirklichkeit. Dasselbe trat am 1. Oktober in Kraft. Von der Liste des Gewerkschaftskartells wurden von sechs Arbeitgebervereinen drei und von sechs Arbeitnehmervereinen fünf gewählt, so daß wir von zwölf Vereinen acht Mandate bekommen haben. Für die Bildung der hiesigen Arbeiterkraft sorgte in ausgiebigster Weise der rührige Bildungsausschuß, indem er mehrere Theater- und Vortragsabende, sowie einen Kunstabend veranstaltete. Auch die Jugend an Orte, sowie die Bibliothek wurden, soweit es möglich war, unterstützt. Bei dem Riesenkampf der Bauarbeiter wurden von Rotowes insgesamt 1700,25 M. aufgebracht. Auch ein erfreuliches Zeichen der Solidarität. Das Gewerkschaftsfest konnte in diesem Jahre zum ersten Male im Freien gefeiert werden; jedoch hatte dasselbe sehr unter der Ungunst des Wetters zu leiden. Auch eine Anregung zur Gründung einer Samarkitkolonne wurde gegeben; es standen die in einer kombinierten Sitzung anwesenden Gewerkschaftsvorstände derselben sehr sympathisch gegenüber. Am Anfang des Jahres waren dem Kartell 15 Gewerkschaften angeschlossen, wieder eingetreten 1, neu hinzugekommen 2, so daß am Schluß des Jahres 1910 21 Gewerkschaften dem hiesigen Kartell angeschlossen waren. Dieselben haben insgesamt 2589 Organisierte, davon 198 weibliche. In der darauffolgenden Ausschuhwahl wurde der alte Ausschuh einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme des Schriftführers. In dessen Stelle trat Genosse Grühl. Hoffen wir auch im neuen Jahre eine weitere gedeihliche Fortentwicklung des Gewerkschaftskartells.

**Spandau.**  
Die Bahnhofsanlagen in Spandau erfordern noch weitere 2 1/2 Millionen Mark für den gewaltigen Umbau, der sich bis zum Auswanderer-Bahnhof Kuhlleben erstreckt, sind bereits 15,6 Millionen Mark bereitgestellt worden. Radsträgig hat sich die Notwendigkeit ergeben, zur Herstellung zweckmäßiger Ersatzbauten für die durch den Umbau berührten Straßenzüge eine Wegeunterführung im Zuge des östlich von Kuhlleben gelegenen Erdgrabens herzustellen. Dies führt zu einer Umgestaltung der Abzweigung der Strecke Spandau-Charlottenburg von der Strecke Spandau-Berlin (Rebeter Bahnhof) und damit zu einer Ausdehnung der Umbauten über die östliche Grenze des früheren Planes hinaus. Weiter ist eine Aenderung auf dem Bestande des Bahnhofs Wassermarkt erforderlich. Hier kreuzen sich die Gleise in Schienenhöhe und soll deshalb eine schienenfreie Ueberschneidung hergestellt werden. Endlich soll die Strecke zwischen Spandau und der Abzweigung der Strecke Spandau-Charlottenburg vierspurig ausgebaut werden. Alle diese Umwandlungen verursachen einen Gesamtaufwand von 18 160 000 M.

Das Restaurant Stadtpark wurde gestern in gerichtlicher Zwangsversteigerung für 157 750 M. vom einem Herrn Niehde aus der Kolonie Oranienwald erstanden. Das Restaurant liegt dicht am Eingang zum Stadtwald. Der bisherige Besitzer, ein Herr Wehrendts, hat das Grundstück seinerzeit für einen erheblich billigeren Preis von der Stadt gekauft. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten hatten seinerzeit heftig gegen den Verkauf an Wehrendts protestiert. Für die organisierten Arbeiter Spandaus ist das Lokal bisher nie zu haben gewesen und wird auch wohl künftig nicht zu haben sein. Die jeweiligen Pächter haben allzu gute Geschäfte bisher nicht gemacht. Zu bedauern ist nur, daß wieder ein Stück vom Spandauer Stadtwald in Privathände übergegangen ist.

**Falkenhagen-Seegefeld.**  
Die Arbeiterturnsache in unserem Ort nimmt einen lebhaften Aufschwung. Seit kurzem finden jeden Dienstag und Freitag im neu gewonnenen Lokale von Nicolay in Seegefeld Turnstunden statt. Die Zahl der Mitglieder hat sich inzwischen bedeutend vermehrt. Beim ersten Vereinsübergang am vergangenen Sonnabend wurden die prächtigen Leistungen der Turnerschaft von dem sehr zahlreichen Publikum förmlich applaudiert. Der Festredner betonte, daß ungeachtet aller Schwierigkeiten (der Verein hatte u. a. födrelong Prozesse auf Herausgabe der ihm gehörigen und ihm vorenthaltenen Geräte zu führen) die Arbeiterturner fröhlich an der Heranbildung unserer Jugend arbeiten. Alle jungen Leute und alle der Turnsache sympathisch Gegenüberstehenden müßten sich dem Arbeiterturnverein anschließen.

**Potsdam.**  
Nachdem die Bauungspläne der Teltower und Brandenburger Vorstadt unter Dach gebracht worden sind, soll auch etwas für die Rauener Vorstadt getan werden. Im vorigen Jahre kaufte die Stadt die Schweinegruberschen Grundstücke an und machte damit den Anfang. Nunmehr hat sie einen Vertrag mit dem Herrn v. Mendelssohn geschlossen, der in der Rauener Vorstadt große Besitzungen hat, die gleichsam den Schlüssel zur Errichtung eines wertvollen Geländes bilden. Es soll ein Villenviertel errichtet werden. Herr v. Mendelssohn gibt der Stadt Besitz in der Höhenstraße, die bis zum Jahre 1918 anbaufähig hergestellt werden soll. Informativ veranw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Außerdem zahlt er über 30 000 M. Dafür gibt ihm die Stadt Besitz in der Vertinstraße und zieht die ganze Straße ein. Sollte die Aufsichtsbörde die Ueberschneidung des südlichen Bestandes an Herrn v. Mendelssohn nicht genehmigen, dann soll dasselbe auf 30 Jahre an ihn verpachtet werden. Anfangs sollte nach dem Vertrage die Einziehung der Vertinstraße am 1. April 1912 erfolgt sein, dabei waren an die Richtersfällung für die Stadt recht ungünstige Bedingungen geknüpft worden. Dieser Zeitpunkt ist jetzt um 1 Jahr verlängert worden.

## Gerichts-Zeitung.

### Schwindelbank.

Ein Betrugsprozeß gegen den Darlehensvermittler Karl Diekmann, der beschuldigt war, in zahlreichen Fällen Darlehens- und Kautionsgeschwindeln verübt zu haben, hat die 2. Strafkammer des Landgerichts I eine volle Woche beschäftigt und ist erst gestern zu Ende gegangen. Es handelte sich um den erfindungsreichen Angeklagten, der seinem schwindelhaften „Bank“-Unternehmen den tönenden Namen „Deutsche Bank, Verkehrsgesellschaft m. b. H.“ gegeben hatte. Auf Grund der sehr umfangreichen Beweisaufnahme beantragte Staatsanwalt Jacobi gegen den Angeklagten, gegen den auch mehrere Fälle der schweren Urkundenfälschung vorlagen, eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust. Der Gerichtshof hielt nicht für genügend dargetan, daß der Angeklagte bei den Darlehensgeschäften von vornherein die Absicht gehabt habe, Darlehen nicht zu gewähren, sondern nur die von ihm verlangten Vorschüsse einzubehalten. Der Gerichtshof kam daher fast in allen Fällen des behaupteten Darlehensschwindels zu einer Freisprechung, dagegen hielt er 12 Betrugsfälle, 5 Fälle des versuchten Betrugs und 3 Fälle der schweren Urkundenfälschung für erwiesen. Das Gericht hat es für richtig gehalten, dem Angeklagten trotz schwerer Bedenken noch mildernde Umstände zu gewähren. Andererseits hat das Gericht berücksichtigt, daß der Angeklagte doch sehr hinterlistige Kunstgriffe angewendet und sich als eine äußerst raffiniert vorgehende Persönlichkeit gezeigt und Jammer und Elend über viele Personen gebracht hat. Das Urteil lautete daher auf fünf Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

**Kassengeschichten, die in einer Gerichtsschreiberei entstanden waren,** bildeten den Gegenstand eines umfangreichen Prozesses, der vor der Strafkammer des Landgerichts Prenzlau zur Verhandlung kam.

Wegen verleumdender Beleidigung waren der Amtsgerichtsschreiber Wilhelm Strahlendorf und der Kanzlist Karl Bruse, beide aus Angermünde, angeklagt. Die beiden Angeklagten waren bei dem Amtsgericht Angermünde angeheiratet. Zwischen ihnen und dem Obersekretär Neß bestand schon seit langem ein sehr gespanntes Verhältnis, welches fast täglich zu Reibereien führte. Anlässlich einer Revision durch den Landgerichtspräsidenten trat der Angeklagte Strahlendorf an diesen heran und teilte mit, daß er von Neß in gehässiger Weise verfolgt und kontrolliert werde. Dies habe seinen Grund darin, daß er von Neß zu viel wisse. Auf eine Frage des Landgerichtspräsidenten, behauptete der Angeklagte dann, er habe entdeckt, daß Neß zu der Frau des in dem Gerichtsgebäude wohnhaften Kassiers Sörnel in intime Beziehungen getreten sei. Auf die Antwort des Präsidenten, er solle sich lieber um seine Grundbücher kümmern, erklärte Strahlendorf in der Hofe sittlicher und moralischer Entrüstung, daß die Räume des Dienstgebäudes doch rein bleiben müssen. Die hierauf eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß die beiden Angeklagten derartige Erzählungen, an denen, wie sich herausstellte, kein wahres Wort war, auch an anderen Stellen verbreitet hatten. — Die Folge war die jegliche Anklage wegen Verleumdung. Der Vertreter der Anklage beantragte mit Rücksicht darauf, daß gerade die Angeklagten als Gerichtsbeamte sich vor derartigen frivolen Verleumdungen doppelt in acht nehmen müßten, eine Gefängnisstrafe von je fünf Monaten. Das Gericht erkannte auf je zwei Monate Gefängnis wegen übler Nachrede.

### Wie man Aufsichtsrat und Generaldirektor wird!

Dresden hat schon von jeher auf Industrieritter und Betrüger eine große Anziehungskraft ausgeübt und mit Erfolg haben die Gauner schon manchen ehrbaren Bürger die Taschen geleert. Grelle Schlaglichter werfen die Verhandlungen in dem großen Bergwerkschwindelprozeß, der seit nunmehr acht Tagen das Dresdner Landgericht beschäftigt, auf die heutigen Zustände und die Reichgläubigkeit der Kapitalisten. Gelehrte und Studenten, vermögende alleinstehende Frauen und vielbeschäftigte Ärzte sind blindlings in das Garn jener Industrieritter gegangen, die jahrelang in Dresden und anderen Städten in wertlosen Minenaktien ihr Unwesen getrieben haben. Wie raffiniert die „Minenbesitzer“ Stern und Krauh vorgehen, die Aktienkäufer zu täuschen, geht aus einer Besichtigung des „Bergwerks“ hervor. Zwei Aktienkäufer, der Konsul Hölzel und der Kaufmann Tscherne, wollten sich von dem Vorhandensein des „Supferbergwerks“ überzeugen. Der Kaufmann Ripp schloß sich ihnen an. Er hatte das „Bergwerk“, die alte Hochzinnmine, schon ein Jahr zuvor gesehen. Für die Besichtigungen wurden Vorbereitungen getroffen. „Bankier“ Stern und der jegliche Angeklagte „Minenbesitzer“ Krauh führten die Besucher in die Grube. Es waren etwa zwölf Arbeiter da, und an der Mine standen gegen acht Ochsenkarren mit Erz beladen. Während des Besuchs saßen die „Bergwerksdirektoren“ auch Sprengungen vornehmen und Aktienkäufer Konsul Hölzel nahm Sprengstoffe mit nach Freiberg zur Untersuchung. Es wurden dann photographische Aufnahmen gemacht, in denen der Moment festgehalten worden war, wie alle zusammen die Mine verließen. In der Nähe waren Arbeiter und die Ochsenkarren zu sehen, auch sah man einen Eisenbahnzug vorüberfahren. Von dieser photographischen Aufnahme hatten die Betrogenen keine Ahnung. Der Eisenbahnzug ist auf der Photographie auf geschickte Weise nachträglich gefälscht worden, denn die Eisenbahnlinie fährt in Wirklichkeit in einer Entfernung von 73 Kilometer vorüber. Das Fälschungsmanöver wurde deshalb ausgeführt, weil den Geläuften vorgespiegelt worden war, die Bahnhöfehältnisse seien besonders günstig. — Um immer neue Opfer heranzulocken, erschienen regelmäßig Annoncen folgenden Inhalts: „Wir suchen einige vornehme deutsche Persönlichkeiten als Direktionsmitglieder für drei englische Gesellschaften“ oder „Kapitalist abzugeben“ oder „Wiederbeteiligung 2000 M.“ oder „Viele tausend Mark innerhalb vier Wochen zu verdienen mit voller Sicherheit. Jedes Risiko ausgeschlossen“. — Geradezu barbarisch wurde dem Arzt Dr. med. Gorch in Leipzig von den „Bergwerksdirektoren“ zugeführt. Man spiegelte ihm vor, daß er als Aufsichtsratsmitglied mit vorgeschlagen werden solle. Dabei wurden ihm die glänzendsten Schilderungen gemacht, so daß er schließlich seine ganzen Ersparnisse von 50 000 M. hergab. — Einem Dresdner Studenten wurde vorgespiegelt, er könne Generaldirektor für Deutschland mit dem Sitz in Dresden und bei einem Gehalt von 20 000 M. werden. Der Student veranlaßte daraufhin seinen Vater in Chemnitz, nur 20 000 Schares zu kaufen — Neuerdings liest man in einer erst vor kurzem in Dresden gegründeten Zeitschrift, die von dem in dem Bergwerkschwindelprozeß vielgenannten Zeugen und Agenten Neuer herausgegeben wird, folgendes Inserat: „Wollen Sie Geld verdienen und Ihre Kapital in einem reellen Unternehmen lohnend anlegen, so kaufen Sie Anteile eines Ton- und Chamottewerkes ersten Ranges, Preis pro Anteil 400 M. Ein Ein in Aufsichtsrat ist für eine Beteiligung mit 25 000 M. noch frei!“

**Tabakarbeiter!** In den Sophienalleen, Sophienstr. 17/18, findet Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, zu der wegen der besonderen Wichtigkeit der Sache die Tabakarbeiter nochmals an dieser Stelle eingeladen sind. Die Versammlung wird sich mit den letzten Vorgängen bei der Hagarzinnung Paul Dahl, Berlin-Gantow, beschäftigen.